



**Selbstbestimmt leben!
Aber wie?**



Inhalt

	3	Editorial	
Forum		Selbstbestimmt leben! Aber wie?	
	4	Positionen und Impulse für die Arbeit mit Menschen, die als geistig behindert gelten	<i>Georg Theunissen</i>
	11	Emanzipation konkret – Interviews mit jungen Erwachsenen mit Lernschwächen	<i>Kathrin Taube</i>
	20	Von der fürsorglichen Belagerung zur Partnerschaft zwischen Experten (mit Interviews von Kathrin Taube)	<i>Manfred Schmidt</i>
	29	Der Professionelle als Begleiter – eine neue Leitidee für Institutionen der Behindertenhilfe	<i>Ulrich Hähner</i>
Aktuell	38	Jugendliche beteiligen sich an kommunaler Planung	<i>Hans-Günter Schäfer</i> <i>Uta Güsewell</i>
Stellungnahme	44	Eltern- und Familienarbeit im Heim	<i>Wolfgang Tischner</i>
Ansätze	47	Auf dem Weg zu einem neuen Stadtteil	<i>Thomas Rau</i> <i>Gabriele Vierzigmann</i>
	56	Gemeinwesenarbeit	<i>Wolfgang Hinte</i>
	59	Mädchenarbeit im Wandel	<i>Monika Weber</i>
Portrait	64	Mein Kind ist im Heim – Petra Loderer berichtet über ihre Arbeit mit Eltern, deren Kinder fremduntergebracht sind	<i>Gabriele Vierzigmann</i>

Impressum

Herausgeber:
Sozialpädagogisches Institut (SPI)
im SOS-Kinderdorf e.V.

© Das Fachmagazin „SOS-Dialog“ und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung erfordert die Zustimmung des Herausgebers.

Bisher erschienen:
Elternarbeit, 1995
Ausbilden statt Ausgrenzen, 1995
Perspektiven von Beratung, 1996
Jungenarbeit, 1998
Kinderarmut in Deutschland, 1999
Hilfeplanung, 2000
Jung und chancenlos?, 2001

SPI-Redaktion:
Reinhard Rudeck (verantwortlich)
Dr. Gabriele Vierzigmann

Wir danken Reiner Romer für die fachliche Beratung zum Thema des Forums.

Gestaltung:
Büro SchwaigerWinschermann, München

Litho:
Repro Müller, Übersee am Chiemsee

Druck:
Frühmorgen & Holzmann
Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG
München

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.



Andreas Bohnenstengel, Jahrgang 1970, freier Fotograf in München, arbeitet für Die Zeit, Spiegel, Stern, Süddeutsche Zeitung sowie für gesellschaftliche Institutionen. 1995 „Medienpreis für Sozialfotografie“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, 1997 erster Preis bei der Ausstellung „Jung und Alt“, 2002 Ausstellung ALTerleben im Martin-Gropius-Bau, Berlin.

Menschen mit Behinderungen stehen oft im Hintergrund, werden absichtlich übersehen, manchmal sogar versteckt. Warum ist das so? Vielleicht weil bei ihnen Nonkonformität und Schwäche sichtbar sind, die Menschen ohne Behinderungen ebenfalls haben, die sie bei sich aber ablehnen und verbergen wollen. Menschen mit Behinderungen halten ihrem Gegenüber einen Spiegel vor, in den viele nicht gerne blicken, sie bieten eine Projektionsfläche für Verneintes und Verdrängtes.

In meinen Bildern wird Menschen mit Behinderungen eine Bühne geboten. Das weiße Tuch könnte auch die Projektionsfläche versinnbildlichen, übernimmt aber eine emanzipatorische Funktion: Es lässt die Person, um die es geht, hervortreten.

Um diese Personen kennen zu lernen und zu fotografieren, habe ich Menschen mit Behinderungen in ihrem Umfeld besucht, in den Isar-Würm-Lech IWL Werkstätten für Behinderte und in einer Wohngruppe in Landsberg am Lech.

Titelfoto: Georg Greif, 53 Jahre



Ich möchte wie jeder andere über mein Leben selbst bestimmen.

Ich kann es nicht ausstehen, wenn jemand an mir herumnörgelt.

Ich habe meine eigenen Vorstellungen darüber, was richtig und was falsch ist.

Ich möchte wissen, was andere über mich denken.

Ich mag es, wenn sich jemand um mich kümmert.

Ich weiß genau, was gut für mich ist.

Ich will nicht wie ein kleines Kind behandelt werden.

Ich umarme, wen ich will und wann ich will.

Ich entscheide selbst, wo ich mitmache und wo nicht.

Ich will, dass mir die Menschen mit Respekt begegnen.

Reinhard Rudeck



Positionen und Impulse für die Arbeit mit Menschen, die als geistig behindert gelten

Bis vor wenigen Jahren war es in der Behindertenhilfe westlicher Industrienationen üblich, das „Normalisierungsprinzip“ als Wegweiser für die Schaffung und Gestaltung von Lebensräumen behinderter Menschen zu betrachten. Der wichtigste Grund für diese handlungsbestimmende Richtschnur war die Erkenntnis, dass die bestehenden institutionellen Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen vielerorts menschenunwürdig und „krank machend“ waren. Die Kritik galt insbesondere großen Behindertenanstalten, psychiatrischen Krankenhäusern, Versorgungs- und Pflegeheimen, in denen Menschen mit so genannter geistiger Behinderung, nicht selten als „bildungsunfähige Pflegefälle“ abgestempelt, ein erbärmliches Dasein fristen mussten (Theunissen 1999). Diese Einrichtungen entsprachen nicht dem, was unter dem Normalisierungsprinzip als ein normales, menschenwürdiges Wohnen verstanden wurde. In einigen westlichen Ländern (zum Beispiel skandinavischen Ländern, USA, England) war die schrittweise Auflösung traditioneller Großeinrichtungen (Deinstitutionalisierung) zu Gunsten des Aufbaues gemeindeintegrierter Wohnformen für ein möglichst selbstbestimmtes Leben (geistig) behinderter Menschen Ziel des Normalisierungsprinzips. In der Bundesrepublik Deutschland wurde dieses Ziel nur begrenzt umgesetzt:

- Es wurde nicht konsequent deinstitutionalisiert, stattdessen zog man Normalisierung häufig nur als eine Humanisierung von Lebensbedingungen innerhalb bestehender Großeinrichtungen in Betracht, zum Beispiel durch Renovierung, Umbauten, Verkleinerung und Umwandlung ehemaliger (Pflege)stationen zu Wohngruppen.
- Gemeindenahe (Wohn)angebote für ein Leben „so normal wie möglich“ wurden fast ausschließlich nur in Form neuer Wohnheime geschaffen. Wohnheime zum Beispiel mit vierzig Plätzen und mit Zentralversorgung entsprechen aber nicht dem, was gemeinhin unter einem normalen, nämlich häuslichen Wohnen (Maßstab: vier- bis sechsköpfige Familie) verstanden wird.
- Im Zuge der Normalisierung wurde die Orientierung am traditionellen (heilpädagogischen) Behindertenbild – insbesondere die Betrachtung behinderter Menschen als beliefungs- und anweisungsbedürftige Defizitwesen – kaum hinterfragt.

- Betroffene wurden an der Normalisierung ihrer Lebensbedingungen nur selten beteiligt – waren es doch in der Regel ihre Betreuer oder die Leiter der Einrichtungen, die am besten wussten, was für sie gut und richtig war. Nicht selten wurde in dem Zusammenhang Normalisierung als Normierung der Lebenswelt sowie als ein „Normalmachen“ des behinderten Menschen missverstanden.

Diese Kritik soll nun aber nicht zu der Annahme verleiten, dass Normalisierung als Leitprinzip gänzlich gescheitert sei, weil es die Betroffenenperspektive vernachlässigt habe. Eher haben wir es hier mit hausgemachten Problemen zu tun, die weithin nur die (west)deutsche Behindertenhilfe betreffen. Repräsentiert durch traditionsreiche, mächtige Verbände, war die Behindertenhilfe letztlich nicht ernsthaft daran interessiert, das Normalisierungsprinzip voll auszuschöpfen. Denn Normalisierung – im ursprünglichen Sinne buchstabiert – „setzt die umfassende und verantwortliche Beteiligung der Adressaten in allen Bereichen und auf allen Ebenen des Hilfesystems voraus“ (Thimm 1993, S. 40).

Lebensweltbezogene Behindertenarbeit

Der Normalisierungsgedanke ist von daher nicht unredlich, wenn er im Rahmen einer lebensweltbezogenen Behindertenarbeit zum Tragen kommt, die den Einzelnen als kompetenten Akteur seiner Lebensverhältnisse begreift. Die Bedeutung der Lebenswelt im Hinblick auf menschliche Entwicklung hat Bronfenbrenner (1981) herausgearbeitet und für die handlungspraktische Ebene fruchtbar gemacht. Seinen Ausführungen zufolge kann Entwicklung (und damit auch psychische Gesundheit und subjektives Wohlbefinden) nicht losgelöst von Lebensbedingungen betrachtet werden. Bronfenbrenner unterscheidet in seinem Modell vier Lebensbereiche, die unterschiedlich intensiv und reziprok auf die Entwicklung des Menschen wirken und von ihm beeinflusst werden.

Das Mikrosystem

Der erste Lebensbereich ist das so genannte Mikrosystem, also der „unmittelbare Lebensraum, der die sich

entwickelnde Person umgibt“ (ebd., S. 19) und in dem sie sich zu bestimmten Zeiten aufhält (zum Beispiel Wohngruppe, Tagesförderstätte, Werkstatt für Behinderte, Familie, Schule). Für eine lebensweltbezogene Behindertenarbeit rückt damit die Frage nach der subjektiven Bedeutung und individuellen Aneignung der primären Lebenswelt in den Mittelpunkt der Betrachtung. Gelin- gende Entwicklung, psychisches Wohlbefinden und Lebenszufriedenheit sind hier in besonderem Maße abhängig von sinnstiftenden Handlungsmöglichkeiten und von der Qualität konkreter Beziehungsgefüge, in dem Personen miteinander kommunizieren, gemeinsam handeln, Rollen übernehmen und haushalten. Außerdem kommt es auf die Qualität der konkreten materiellen Umwelt an (zum Beispiel die Wohnraumgestaltung).

Das Mesosystem

Der zweite Lebensbereich, das Mesosystem, umfasst die institutionalisierten wie informellen Wechselbeziehungen zwischen den Mikrosystemen, an denen die sich entwickelnde Person partizipiert (zum Beispiel Interaktion zwischen Wohngruppe und Werkstatt für Behinderte, Nachbarschaft, kulturelle Orte). Da, wo Mesosysteme ausbleiben, oder ihre Vernetzungen unzureichend sind, können weniger neue Lebensräume erschlossen und weniger neue Mikrosysteme erlebt werden.

Das Exosystem

Zu diesem dritten Lebensbereich hat die sich entwickelnde Person zwar keinen unmittelbaren Kontakt, es finden jedoch Ereignisse darin statt, die für die Entwicklung, das Zusammenleben oder Zusammenarbeiten relevant sein können (zum Beispiel private Probleme von Gruppenmitarbeitern, die in die Wohngruppenarbeit hineingetragen werden). Um solche exosystemischen Momente zu durchschauen, sind zum Beispiel Angebote wie Praxisberatung oder Supervision für Gruppenteams hilfreich.

Das Makrosystem

Der vierte Lebensbereich stellt den kulturellen Überbau, die gesellschaftlichen Normen, Werte und Ideologien dar, die – über die herrschenden Instanzen vermittelt – auf die Entwicklung des Einzelnen wirken (zum Beispiel Trägerphilosophie, Heimrichtlinien, ökonomische Rahmenbedingungen und andere Systemzwänge, Gesetzeslage, Einstellung der nichtbehinderten Bevölkerung gegenüber behinderten Menschen). Alle bisher genannten Lebensbereiche sind im Makrosystem eingelagert, das wiederum deren Funktionen strukturiert. Das Makrosystem muss jeweils für einen bestimmten Zeitabschnitt gesellschaftlicher Entwicklung und für eine bestimmte Institution oder Reform (zum Beispiel Normalisierung, Enthospitalisierung, Deinstitutionalisierung) analysiert werden.

Bronfenbrenners Ansatz legt nahe, all jene Normalisierungsmaßnahmen als verfehlt oder unzureichend zu betrachten, die Menschen mit Behinderungen neue Lebensbereiche und Standards, nach denen dort gelebt werden soll, einfach vorsetzen und dabei die aktiven Aneignungsmöglichkeiten, also eine sinnerfüllte, selbstbestimmte Erschließung neuer Lebensräume, weithin außer Betracht lassen. Diese Einsicht gilt für jeden institutionalisierten Menschen – unabhängig von der Art oder Schwere der Behinderung. Daher sollte es der Behinder-

tenhilfe darauf ankommen sicherzustellen, dass alle behinderten Menschen auf ihr Leben Einfluss nehmen, über ihre Lebensverhältnisse verfügen und die Bedingungen kontrollieren können. Denn ein zu geringes Maß an Kontrolle und Verfügung über die eigenen Lebensumstände befördert die Gefahr, Auffälligkeiten oder gar psychische Störungen zu entwickeln, die sich als „beschädigte Identität“ in Form eines „verzweifelten“ Ausdruckes von Selbstbestimmung niederschlagen (Theunissen 2001). Gerade dies ist ein zentrales Symptom „totaler Institutionen“ (Irvin Goffman). Aber auch Einrichtungen wie Anstalten und Wohnheime, die sich der „Normalisierung“ verpflichtet fühlen, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, diese Erkenntnis allzu oft zu ignorieren.

Diese Problematik wurde in den vergangenen Jahren zunächst von (institutionalisierten) Menschen mit Behinderungen selbst aufgegriffen. Sie wandten sich gegen die Inszenierung einer Versorgungsbedürftigkeit, gegen Bevormundung, Verdinglichung und Kontrolle durch Organisationen der Wohlfahrtspflege, Träger von Behinderteneinrichtungen, Heilpädagogik und Medizin. Und sie forderten anstelle der nicht selten an Eigeninteressen ausgerichteten Behindertenhilfe mächtiger Verbände sowie eines damit verknüpften institutionsbezogenen Denkens, Planens und Handelns ein an der Betroffenen- und Rechtsperspektive orientiertes Dienstleistungssystem ein. Zunächst waren es vor allem Personen mit Körper- und Sinnesbehinderungen, später auch Menschen mit so genannter Lern- oder (leichter) geistiger Behinderung, die sich als „Experten in eigener Sache“ in Selbsthilfe- und Selbstvertretungsgruppen zusammenschlossen (Independent-Living-Bewegung, People-First-Bewegung) und durch politische Aktionen der Öffentlichkeit, der zuständigen Politik, Sozialadministration und Verbändewohlfahrt deutlich zu machen versuchten, was sich behinderte Menschen gemeinhin unter einem normalen Leben und Wohnen vorstellen: Keine Unterbringung in Wohnheimen, Pflege- oder großen Behinderteneinrichtungen, sondern ein Leben in kleinen, gemeindeintegrierten Wohnungen, die als Ort der Geborgenheit, Intimität, Kommunikation, Selbstbestimmung, Selbstgestaltung und Selbstverwirklichung zu fungieren haben. Mit diesen Initiativen und Forderungen an die Politik setzte eine Entwicklung ein, die mittlerweile zu einer fachlichen Neubestimmung der Behindertenarbeit geführt hat und unter dem Stichwort „Empowerment“ ihren prominenten konzeptionellen Ausdruck findet.

Empowerment

Der Begriff stammt ursprünglich aus den US-amerikanischen Bürgerrechts- und Emanzipationsbewegungen der Sechzigerjahre und wird in dem von uns vertretenen Sinne unter vier Zugängen konzeptionell aufbereitet (Herriger 2002; Theunissen und Plaute 2002):

- Empowerment verweist auf Selbstverfügungskräfte, die es dem Einzelnen ermöglichen, Probleme oder Belastungen im Alltag aus eigener Kraft zu bewältigen sowie ein selbstbestimmtes Leben zu realisieren.
- Empowerment bringt politisch ausgerichtete Macht zum Ausdruck, indem sich Gruppen von Menschen aus einer Position relativer Ohnmacht durch politische Einflussnahme zu emanzipieren versuchen (zum Beispiel

behinderte Menschen, Eltern behinderter Kinder).

– Empowerment steht im reflexiven Sinne für einen Prozess, in dem Randgruppen der Gesellschaft ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen, sich dabei ihrer eigenen Fähigkeiten bewusst werden, eigene Kräfte entwickeln und soziale Ressourcen nutzen (zum Beispiel die oben genannten Bewegungen).

– Empowerment kommt im transitiven Sinne zur Geltung, indem einzelne Empfänger sozialer Dienstleistungen oder auch Gruppen, die sich am Rande der Gesellschaft befinden (zum Beispiel Menschen mit so genannter geistiger Behinderung), angeregt, befähigt oder in die Lage versetzt werden sollen, Vertrauen in eigene Ressourcen zu entwickeln, eigene Angelegenheiten selbst zu regeln und sich gegenüber anderen zu behaupten. Diese Form der (pädagogischen) Unterstützung schließt im Einzelfalle (zum Beispiel in der Arbeit mit so genannten geistig schwer behinderten Personen) eine lebenslange Assistenz nicht aus (Theunissen 1999, 2000).

Nicht selten wird Empowerment mit der zurzeit in der Arbeit mit so genannten geistig behinderten Menschen hoch im Kurs stehenden Leitidee der Selbstbestimmung gleichgesetzt. Das aber ist unzulässig, da Empowerment über ein bloßes Postulat nach mehr Selbstbestimmung (Autonomie) hinausgeht. Die Wertebasis des Empowermentansatzes macht dies deutlich: Autonomie ist nämlich nur ein leitender normativer Bezugspunkt. Sie gehört wesentlich zum Menschsein und gilt als eine wesentliche Voraussetzung für psychische Gesundheit. Autonomie darf aber nicht als eine individualistisch-antisoziale Kategorie missverstanden werden, was in der postmodernen Selbstbestimmungsdebatte allzu leicht übersehen wird. Daher zählt die kollaborative und demokratische Partizipation (zum Beispiel Mitbestimmung, Bürgerbeteiligung) ebenfalls zur Wertebasis des Empowermentansatzes. Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten können jedoch nur dort in angemessener Weise zum Tragen kommen, wo es die Verhältnisse wirklich zulassen, wo zum Beispiel behinderten Menschen der Zugang zu den allgemeinen Erziehungs- und Bildungssystemen nicht verwehrt wird und wo eine „faire und gerechte Verteilung von Ressourcen und Lasten in der Gesellschaft“ (Prilleltensky 1994, S. 360) existiert. Dieser Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit kennzeichnet den dritten Grundwert des Empowermentkonzeptes. Insgesamt macht diese Wertebasis deutlich, dass Empowerment im ursprünglichen Sinne ein gesellschaftliches Korrektiv darstellt, dem es um die Gewinnung von mehr Menschlichkeit durch Gerechtigkeit zu tun ist.

Um die Empowermentphilosophie einzulösen, bedarf es einer neuen Kultur des Helfens, die sich mit Blick auf das Wohnen vom bisherigen Betreuer- oder Helfermodell klinisch-heilpädagogischer Provenienz dadurch unterscheidet, dass den betroffenen behinderten Menschen unmissverständlich eine Stimme verliehen wird und ihre Rechte, Bedürfnisse, Stärken, Ressourcen und Sichtweisen ernst genommen und respektiert werden (Theunissen und Plaute 2002). Eingefordert werden „assistierende Hilfen“ und Aufgaben, wie zum Beispiel enthierarchisierte Beziehungsverhältnisse zwischen Helfer und Bewohner herstellen, autonomiefördernde Lebensräume schaffen, Eigenaktivität freisetzen, Wahlmöglichkeiten anbieten, individuelle Entscheidungen

fördern und respektieren, soziale Handlungskompetenz und Selbsthilfefähigkeiten fördern und unterstützen, Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie Formen autonomer (erwachsenengemäßer) Lebensgestaltung zulassen, Individualität sowie persönliche Lebensstile und -ziele achten und unterstützen (Theunissen 1999). Zudem werden vier Handlungsebenen herausgestellt, durch die sich der Empowermentansatz als ein lebensweltbezogenes Konzept (in Korrespondenz zu Bronfenbrenners Modell) auszeichnet:

– *die subjektzentrierte Ebene*

zum Beispiel stärkenorientierte Einzelarbeit, insbesondere auch bedeutsam für Menschen mit schwerster geistiger Behinderung und Verhaltensauffälligkeiten beziehungsweise psychischen Störungen (hierzu Lingg und Theunissen 2000),

– *die Gruppenebene*

zum Beispiel Förderung und Unterstützung von Selbstvertretungsgruppen und sozialen Netzwerken, Arbeit mit Eltern und Mitarbeitern,

– *die institutionelle Ebene*

zum Beispiel Schaffung einer demokratischen Instanzstruktur; Förderung autonomer Wohngruppen,

– *die sozialpolitisch-gesellschaftliche Ebene*

Zum Beispiel Unterstützung Betroffener in politischen Gremien und Verbänden; Sensibilisierung und Mobilisierung der nichtbehinderten Bevölkerung für die Belange behinderter Menschen.

Reflexive Professionalität

Unzweifelhaft gehen von diesem sehr anspruchsvollen Programm wichtige Anstöße aus, die aber nur dann im Interesse der so genannten geistig behinderten Personen zum Erfolg reichen können, wenn sie von denjenigen gewollt sind, die auf handlungspraktischer Ebene (zum Beispiel Wohngruppendienst, Sonderdienste) und auf übergeordneter Ebene (Einrichtungsleitung, Verwaltung, Träger, Kostenträger) tätig sind. Um zu vermeiden, dass Empowerment im Bereich des Wohnens eher Rhetorik als Realität ist, sollten wir uns daher zunächst einmal die konkreten Erfahrungen und Sichtweisen sowie die Position der Praktiker (Betreuer) im „institutionellen Feld der Macht“ vor Augen führen. Rock (2001) gebührt das Verdienst, einige zentrale, berufstypische Orientierungs- und Deutungsmuster herausgearbeitet zu haben, an denen Praktiker ihr Handeln in der Arbeit mit so genannten geistig behinderten Menschen ausrichten.

Diese Muster stehen den Handlungsgrundsätzen des Empowermentansatzes antinomisch gegenüber und schränken insbesondere die Selbstbestimmungsmöglichkeiten institutionalisierter Menschen mit so genannter geistiger Behinderung zum Teil erheblich ein. So werden zum Beispiel Einschränkungen der Selbstbestimmung mit der Sorge um das Wohl der Betroffenen begründet und durch die Zuschreibung von Defiziten legitimiert (ebd., S. 151). Ferner werden Möglichkeiten der Autonomie mit dem Hinweis auf unzureichende Arbeits- und Rahmenbedingungen (zum Beispiel Personalknappheit,

Dienstplan, Zentralversorgung), aus Eigeninteresse heraus (zum Beispiel Gefahr der Überbelastung) oder auch aus Angst vor einer Auseinandersetzung mit Dritten (Eltern, Vorgesetzten) als begrenzt betrachtet (ebd., S. 153 ff.). Des Weiteren fand Rock die Auffassung vor, Menschen mit so genannter geistiger Behinderung sozial anpassen zu müssen, um ein gewisses Maß an Unauffälligkeit in der Öffentlichkeit zu erzielen (ebd., S. 158). Autonomie wird aber nicht nur aus den bisher genannten Gründen, sondern auch aus einer Förderabsicht heraus eingeschränkt: „Zum Zwecke der Kompetenzerweiterung, der Anregung von Entwicklungen und der Vermittlung von Erfahrungen erscheint den Fachkräften der Eingriff in die Autonomie der Bewohner bis hin zur Ausübung von Zwang gerechtfertigt, ja erforderlich“ (ebd., S. 162). Freilich bestimmen diese Sichtweisen und Überzeugungen „nicht ungebrochen den Umgang der Fachkräfte mit geistig behinderten Erwachsenen“ (ebd., S. 168), sondern es besteht ebenso ein Bestreben, sich im Sinne der „neuen Kultur des Helfens“ auf den Einzelnen einzulassen und einzustellen. Vor diesem Hintergrund konstatiert Rock für die Praktiker unauflösbare Handlungsdilemmata in Form von charakteristischen Spannungsfeldern (zum Beispiel Autonomie und Verantwortlichkeit), denen im Rahmen der neuen Leitgedanken (Selbstbestimmung, Empowerment) mehr Beachtung geschenkt werden müsse, um ein Scheitern der Reformbestrebungen in der Praxis zu vermeiden. Uns erscheint es wichtig, in dem Zusammenhang auch das institutionelle Feld der Macht zu beleuchten, in dem das professionelle Handeln stattfindet. Auf der einen Seite – nahe am Nullpunkt der Macht – befinden sich die institutionalisierten Personen, auf der anderen Seite – am „Steuer der Macht“ – die helfenden Berufe, die aber tatsächlich nur über eine begrenzte Macht verfügen, weil sie selbst eine beherrschte Gruppe (Angestellte) der herrschenden Mächte (Einrichtungs- und Kostenträger) sind.

Sollen Menschen mit Behinderungen subjekt- beziehungsweise bedürfniszentriert gefördert oder unterstützt werden, ist es notwendig, gerade diese Komplexität der Machtstrukturen und Beziehungsverhältnisse zu analysieren und herauszuarbeiten. Eine solche Analyse sollte gemeinsam mit den betroffenen behinderten Menschen geschehen. Allerdings dürfte dies viele Erwachsene mit so genannter geistiger Behinderung überfordern, weshalb den zuständigen Bezugspersonen ein hohes Maß an Verantwortung zukommt, wenn sie auch stellvertretend für die Betroffenen denken, advokatorisch argumentieren und parteinehmend für Veränderungen eintreten müssen. Das ist leichter gesagt als getan. Denn jeder professionelle Helfer unterliegt als Angestellter der herrschenden Mächte Einschränkungen, die in mehr oder weniger starkem Maße antinomisch auf sein Handeln wirken. Solche Widersprüche verschärfen sich zu einem Rollenkonflikt, wenn Ansprüche der Betroffenen oder Leitideen (zum Beispiel Selbstbestimmung, Empowerment) mit den Interessen der Institution kollidieren. Um diese Antinomien zu durchschauen, bedarf es der Fähigkeit und Bereitschaft zur reflexiven Auseinandersetzung mit dem eigenen professionellen Handeln im institutionellen Feld der Macht. Hierzu sollten durch Praxisberatung, Supervision oder auch „Empowerment-Zirkel“ (Herriger) entsprechende Möglichkeiten eröffnet werden. Dabei ist es einerseits wichtig, im Rahmen so genannter Bewohner-

besprechungen dem einzelnen Helfer anhand von Beobachtungsprotokollen oder Aufzeichnungen über Handlungssequenzen sein Handeln bewusst zu machen – und das am besten in „mäeutischer“ Form (Dewe 1999, S. 118), um dadurch zu neuen eigenen Sichtweisen und Handlungsmöglichkeiten anzustiften. Andererseits muss auch das institutionelle Feld der Macht transparent gemacht werden, um damit verknüpfte Widersprüche und Handlungsparadoxien zu erkennen, die womöglich unaufhebbar sind und daher nur ausbalanciert werden können. Eine solche Einsicht bedeutet keineswegs die Preisgabe der Empowermentidee. Vielmehr handelt es sich bei der reflexiven Rückschau und Situationsanalyse um einen Weg, das Wünschbare am Machbaren zu orientieren und aufzubereiten, und dazu gehört es, Kompromisse einzugehen und unaufhebbare Widersprüche auszuhalten, ohne das Ideal aus dem Auge zu verlieren.

Zur Absicherung eines selbstbestimmten Lebens: Enabling Niches

Wie schon zuvor erwähnt, bedarf es neben der Bereitschaft professioneller Helfer, sich auf den Empowermentansatz einzulassen, auch der entsprechenden Aufgeschlossenheit der Verantwortlichen auf übergeordneter Ebene. Diesbezüglich drängt sich der Eindruck auf, dass die Würdigung und das Aufgreifen der Betroffenenperspektive (zum Beispiel Deinstitutionalisierung und selbstbestimmtes Wohnen) in vielen westlichen Industrieländern größer zu sein scheint als bei uns in Deutschland. Die gesellschaftspolitischen Einflüsse beziehungsweise die Ideologie der konservativen (alten) Psychiatrie und Verbändewohlfahrt, nicht selten repräsentiert durch traditionsreiche große Einrichtungen, wiegen hier zu Lande schwer. Ein Vergleich des institutionellen Wohnens in Deutschland und in den USA ist ein deutlicher Beleg dafür: Nach Lakin, Prouty, Polister und Anderson (2000, S. 378 f.) lebten 1999 in den USA 22,9 Prozent aller institutionalisierten Menschen mit so genannter geistiger Behinderung in Einrichtungen mit mehr als fünfzehn Plätzen, 77,1 Prozent in Einrichtungen bis fünfzehn Wohnplätze, davon 62,4 Prozent in Häusern mit maximal sechs Plätzen; dagegen wohnen zurzeit in Deutschland zirka 78 Prozent aller institutionalisierten Menschen mit so genannter geistiger Behinderung in Einrichtungen mit mehr als vierzig Plätzen und nur zirka 22 Prozent in Einrichtungen, die weniger als vierzig Plätze aufweisen.

Das Recht auf gesellschaftliche Integration und Inklusion (Nichtaussonderung, unbedingte Zugehörigkeit) sollte aber nicht nur an der Größenordnung einer Wohnform beziehungsweise Einrichtung vermessen werden, sondern entscheidend ist, dass ein Wohnen in der Gemeinde dem Einzelnen mehr Lebensqualität ermöglicht. Diese lässt sich am besten in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen ermitteln, zum Beispiel über eine individuelle Zukunftsplanung anstelle eines traditionellen heilpädagogischen Förderkonzeptes, und über eine gemeinsame Qualitätsbeurteilung, was Träger und Einrichtungen nicht selten ignorieren. Die Beachtung und Überprüfung des Faktors der Lebensqualität ist bei einigen Reformen (Deinstitutionalisierung) nachweislich zu kurz gekommen. Ein Beispiel stellen folgende Vorgänge in San Francisco dar (Dalferth 1999). Zu Beginn der Neunzigerjahre

war es hier zu Aufsehen erregenden Berichten gekommen, die der weit verbreiteten Annahme widersprachen, dass kleine, gemeindeintegrierte Wohnformen schon per se mehr Lebensqualität gewährleisten würden (ebd., S. 92). Im Gegenteil: Es wurde festgestellt, dass bereits wenige Monate nach der Ausgliederung von Menschen mit so genannter geistiger Behinderung aus staatlichen Großeinrichtungen die Sterblichkeitsrate wesentlich höher war, mehr betroffene Personen körperliche Schäden davontrugen und unter psychischen Problemen litten, als dies zuvor der Fall gewesen war. Offensichtlich hatten die Reformen einerseits die Autonomie- und Selbsthilfefähigkeiten der betroffenen Menschen überschätzt, und andererseits wurde die herausragende Bedeutung sozialer Netze als haltgebendes und entwicklungsförderndes Unterstützungsangebot unterschätzt. Die zuständigen Behörden wollten durch die Deinstitutionalisierung aber auch Sozialausgaben (etwa 50 Prozent) einsparen. Zudem wurden nicht selten private Organisationen auf dem Gebiete der Deinstitutionalisierung aktiv, „die offenkundig eine Möglichkeit entdeckten, auf dem Rücken der behinderten Bewohner große Geschäfte zu machen, aber wenig Bereitschaft zeigten, angemessene Versorgungs- und Betreuungsbedingungen zu garantieren“ (ebd., S. 104).

Solche Machenschaften aus einem rein wirtschaftlichen Kalkül haben mit einer Reformbereitschaft, wie wir sie uns auf übergeordneter Ebene wünschen, nichts zu tun. Sie zeigen auf, wie wichtig es ist, den dritten Grundwert der Empowermentphilosophie, die Verteilungsgerechtigkeit, nicht aus dem Blick zu verlieren. Sie muss politisch erkämpft werden, und dieser Weg ist sehr steinig, wenn sich behinderte Menschen, ihre Freunde und Fürsprecher (Eltern, Professionals, Fachwissenschaftler) in der Minderheit befinden, wenn die politische Macht ungleich verteilt ist und das gesellschaftliche Interesse gering erscheint. Der Bezug auf Menschen- beziehungsweise Grundrechte, wie zum Beispiel die Achtung der individuellen Würde, die Unverletzlichkeit des individuellen menschlichen Körpers, das Recht auf freie Meinungsäußerungen und Urteilsbildungen, das Gebot der individuellen Gleichbehandlung und das Diskriminierungsverbot, kann hier als Orientierungshilfe ein Stück weiterhelfen. Dies gilt in gleichem Maße für die Frage nach der Umsetzung der Rechte- und der damit verknüpften Bedürfnisperspektive.

Vor diesem Hintergrund – skandalöse Zustände einerseits und Menschenrechtsfragen andererseits – sind seit einigen Jahren vorrangig im angloamerikanischen Sprachraum konzeptionelle Überprüfungen bereits bestehender sowie aus der Deinstitutionalisierung hervorgegangener Angebote eines gemeindeintegrierten (autonomen) Wohnens für Menschen mit (geistiger) Behinderung eingeleitet worden. Angestrebte Verbesserungen zielen auf eine Anreicherung und Verschaltung der Wohnformen mit „Enabling Niches“ (Taylor 1997). Dieser Begriff steht für Netzwerke mit schützendem, unterstützendem und zugleich persönlichkeitsförderndem Charakter. Im Sinne von „community care“ soll dieses Angebot der Garant dafür sein, dass alle Menschen mit so genannter geistiger Behinderung in ihrem Wohnalltag, in ihrer Freizeit und besonders in Krisensituationen auf soziale Ressourcen zurückgreifen können, um sich Hilfen zu beschaffen: auf

private Netze, professionelle Dienste für ein „unterstütztes Wohnen“ oder auf Krisenintervention.

Durch diese Hilfen lassen sich ein selbstbestimmtes Leben und Wohnen weithin absichern und Verwahrlosung, „neue“ soziale Isolation, psychische Dekompensation oder gar Reinstitutionalisierung verhindern (Lingg und Theunissen 2000). Die Bedeutsamkeit des Konzeptes der Enabling Niches wird daran sichtbar, dass Menschen mit so genannter geistiger Behinderung oftmals nur schwache, unzureichende und zu kleine soziale Netze zur Verfügung stehen, sodass soziale Schutzfaktoren großenteils entfallen. Zugleich spielt die Verfügbarkeit von Enabling Niches aber eine wichtige Rolle, denn diese binden – in präventiver Hinsicht – den Einzelnen als Akteur seiner Entwicklung und Interaktionspartner in soziale Konstrukte ein, geben ihm Halt und unterstützen ihn (Taylor 1997, S. 223 f.).

Denkbar sind die Schaffung und Pflege tragfähiger Beziehungen im direkten Wohnumfeld mit der Nachbarschaft, so zum Beispiel über konkrete Nachbarschaftshilfe, Gemeinde- beziehungsweise Stadtteilfeste oder über die gemeinsame Nutzung von kulturellen Orten, wie Kneipen, Cafés, Kinos und Sportvereinen, und durch Veranstaltungen. Dabei könnte die Gründung eines Hilfsvereins freiwillig engagierter Personen zur Organisation gemeinsamer Unternehmungen von nichtbehinderten und behinderten Menschen ein geeignetes Forum darstellen. Ferner zählen das Anstiften und Unterstützen von Selbstvertretungs- oder Selbsthilfegruppen (Theunissen und Plaute 2002) sowie der Aufbau von „professionellen“ Servicesystemen zu einer wichtigen Aufgabe der Netzwerkförderung. Dazu gehört zum Beispiel die Etablierung einer gemeindeintegrierten Anlauf- und Kontaktstelle, die ambulante und mobile Beratung anbieten sowie zu anderen speziellen Diensten (sozialen, medizinischen, heilpädagogischen, therapeutischen) weitervermitteln soll. Eine andere Möglichkeit besteht in der Vermittlung von „Patenschaften“ im Rahmen von Freiwilligenagenturen (zum Beispiel „Bürger helfen Bürgern“) oder auch Angehörigengruppen. Die Palette solcher Enabling Niches ist somit in vielschichtiger Weise erweiterbar, und es lohnt sich, sie systematisch zu erschließen. So kann zum Beispiel auch eine sozial stützende und unterstützende Verbindung dadurch geschaffen und angereichert werden, dass im Rahmen von Biografiearbeit nach Personen Ausschau gehalten wird, die früher einmal im Leben eines behinderten Menschen eine wichtige und positive Rolle gespielt haben (zum Beispiel ein früherer Freund, mit dem gemeinsam Fußballspiele angeschaut wurden). Diese Personen sollten zur Reaktivierung der alten Kontakte aufgesucht werden, und womöglich kann es gelingen, dass sie sich bereit erklären, als Unterstützer für eine ehrenamtliche Mitarbeit (zum Beispiel Besuche, Ausflüge, Freizeitgestaltung) zu fungieren. Kerngedanke eines so genannten institutionellen Netzwerkes sind gut funktionierende Formen einer Zusammenarbeit mit und zwischen Institutionen, die für einen Betroffenen bedeutsam sind und ihn in Lebensfragen oder bei Lebensproblemen Unterstützung anbieten können. Hierzu sollen innerhalb relevanter Institutionen (zum Beispiel Polizeistation, Außenstellen von Sozial-, Arbeitsamt und Krankenkassen, Sozialpsychiatrischer Dienst, Ärzte, Bezirksstelle des Roten Kreuzes, Gericht,



*Josef Ruile, 51 Jahre,
baut Pumpenteile für Großküchengeräte zusammen*

Handwerker, Geschäfte) einzelne Personen als freiwillige Netzwerkpartner angeworben werden, die dann in einem Konfliktfall Ansprechpartner, Vermittler oder auch Interessenvertreter eines behinderten Menschen sein können. Um eine gute Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten zu erreichen, sollten vom zuständigen Träger der Behindertenarbeit von Zeit zu Zeit so genannte Netzwerkkonferenzen durchgeführt werden, um Gelegenheiten zu einem Erfahrungs- und Informationsaustausch zu bieten.

Zu guter Letzt sei erwähnt, dass solche Netzwerkangebote nicht per se schützend, unterstützend und entwicklungsfördernd sind. Sie sind es als Enabling Niches nur dann, wenn die Betroffenen von ihren Umkreispersonen beziehungsweise den freiwilligen Helfern nicht stigmatisiert, bevormundet oder bloß (zum Beispiel mit Ratschlägen) beliefert werden, wenn die emotionale Unterstützung vom Einzelnen als psychisch entlastend erlebt wird und wenn das Gefühl entsteht und bestätigt wird, wirklich als Person mit Kompetenzen und dem Recht auf Autonomie ernst genommen und akzeptiert zu werden.

Georg Theunissen, Jahrgang 1951, Prof. Dr., Diplompädagoge, Studium der Erziehungswissenschaften, Heil- und Sonderpädagogik in Köln. Ordinarius für Geistigbehindertenpädagogik am Institut für Rehabilitationspädagogik des Fachbereiches Erziehungswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Literatur

Bronfenbrenner, Urie (1981). Die Ökologie der menschlichen Entwicklung. Natürliche und geplante Experimente. Stuttgart: Klett.

Dalferth, Matthias (1999). Enthospitalisierung in westlichen Industrienationen am Beispiel der USA/Kalifornien, Norwegen und Schweden. In G. Theunissen & A. Lingg (Hrsg.), Wohnen und Leben nach der Enthospitalisierung (S. 88–115). Bad Heilbrunn: Klinkhardt.

Dewe, Bernd (1999). Lernen zwischen Vergewisserung und Ungewissheit – Reflexives Handeln in der Erwachsenenbildung. Opladen: Leske + Budrich.

Herriger, Norbert (2002). Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Stuttgart: Kohlhammer.

Lakin, K. Charlie, Prouty, Robert, Polister, Barbara & Anderson, Lynda (2000). Over Three Quarters of All Residential Service Recipients in Community Settings as of June 1999. In K. Ch. Lakin, D. Braddock & G. Smith (Eds.), Trends and Milestones. Mental Retardation, 58, 578–579.

Lingg, Albert & Theunissen, Georg (2000). Psychische Störungen und geistige Behinderung. Ein Lehrbuch und Kompendium für die Praxis. Freiburg: Lambertus.

Prilleltensky, Isaac (1994). Empowerment in mainstream psychology. Legitimacy, obstacles and possibilities. Canadian Psychology, 4, 358–375.

Rock, Kerstin (2001). Sonderpädagogische Professionalität unter der Leitidee der Selbstbestimmung. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.

Taylor, James B. (1997). Niches and practise: Extending the ecological perspective. In D. Saleebey (Hrsg.), The Strengths Perspective in Social Work Practise (S. 217–259), New York: Longman.

Theunissen, Georg (1999). Wege aus der Hospitalisierung. Empowerment in der Arbeit mit schwerstbehinderten Menschen. Bonn: Psychiatrie.

Theunissen, Georg (2000). Pädagogik bei geistiger Behinderung und Verhaltensauffälligkeiten. Ein Kompendium für die Praxis. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.

Theunissen, Georg (Hrsg.) (2001). Verhaltensauffälligkeiten – Ausdruck von Selbstbestimmung? Wegweisende Impulse für die heilpädagogische, therapeutische und alltägliche Arbeit mit geistig behinderten Menschen. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.

Theunissen, Georg & Plaute, Wolfgang (2002). Handbuch Empowerment und Heilpädagogik. Freiburg: Lambertus.

Thimm, Walther (1991). Integration, oder: ein Versuch, etwas Diffuses auf den Begriff zu bringen. Sonderpädagogik, 1, 4–11.



Emanzipation konkret – Interviews mit jungen Erwachsenen mit Lernschwächen

Vier junge Menschen mit Lernschwächen erzählen im Rahmen der Interviews über ihre Herkunft, ihren Ausbildungsgang, ihre Erfahrungen mit Diskriminierung, Bevormundung und sogar Ausbeutung. Jetzt wohnen und arbeiten sie alle in der SOS-Kinderdorf-Einrichtung Hof Bockum, einer Dorfgemeinschaft für Menschen mit und ohne geistige Behinderung. Manche leben in Hausgemeinschaften im Dorf, die von Hauseltern geführt werden, manche in ambulant betreuten Außenwohngruppen innerhalb oder außerhalb der Dorfgemeinschaft. Sie berichten von ihrem Leben in der Einrichtung, von ihrer Arbeit und ihrer Freizeit, sie üben Kritik und äußern Zukunftspläne und Wünsche für ihr weiteres Leben. Zwei Interviewte haben mit dem EU-Projekt „WWW.WIN – Wir Wollen’s Wissen. Wissen und Information im Netzwerk“ zu tun.

Das EU-Projekt

Initiiert und finanziert durch die Europäische Union, haben Menschen mit Lernschwächen aus vier verschiedenen EU-Ländern nationale Selbstvertretungsgruppen gegründet, die miteinander im Austausch stehen. Sie haben bisher Forderungen erarbeitet gegen Diskriminierung und für die Durchsetzung der Menschenrechte auch für Menschen, die wegen einer geistigen Behinderung auf mehr Unterstützung angewiesen sind als andere. Diese Forderungen sind konkret auf die Lebenswelt der Betroffenen bezogen. Im Rahmen einer Studienreise nach London im Juni 2000 lernten die deutschen, italienischen und österreichischen Arbeitsgruppen die englischen People-first-Gruppen kennen, die sich schon seit einiger Zeit gegen Bevormundung wehren, ihre Emanzipation vorantreiben und ihre Anliegen gegenüber Behörden und Politikern selbst vertreten. Sie können daher viele Erfahrungen weitergeben, zum Beispiel wie man einrichtungsintern oder regional eine Selbstvertretungsgruppe aufbaut.

Im November 2000 fand in Graz eine Abschlusstagung statt, an der neben den Arbeitsgruppen auch Fachleute der Behindertenhilfe und Eltern von Behinderten beteiligt waren.

Es wurde eine Resolution verabschiedet, die zahlreiche Forderungen zu den Themenbereichen Wohnen und Arbeit, Beziehungen, Sexualität und Familie, Körper und Gesundheit sowie soziales Leben und Freizeit enthält. Menschen mit Lernschwächen treten in der Resolution dafür ein, selbst Expertinnen beziehungsweise Experten ihrer Lebensgestaltung zu sein, das heißt, selbst zu wissen, was für sie gut ist und wie sie ihr Leben führen wollen. Dabei bestreiten sie nicht, beim Wohnen, bei der Haushaltsführung, bei der Arbeit, bei der Beziehungs- und Freizeitgestaltung Hilfe und Unterstützung zu benötigen. Die Unterstützung durch Eltern oder professionelle Helfer, die so genannten Assistenten, soll aber nur bei Bedarf und Anfrage geleistet werden, nicht aus einer Haltung der Fürsorge und des Besserwissens heraus. Die Betroffenen wollen als Experten ihrer selbst Entscheidungen aller Art autonom treffen.

Die Resolution fordert zum Beispiel für den Bereich „Arbeit“ eine angemessene Bezahlung, Zugang zum ersten Arbeitsmarkt mit entsprechender Unterstützung, Arbeit in Teilzeit und mit individuellem Arbeitstempo. Im Bereich „Wohnen“ muss die Wohnung frei gewählt werden können, und wenn jemand im Wohnheim lebt, soll er ein Einzelzimmer, eine gesicherte Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeiten haben sowie Unterstützung zu seiner Verselbstständigung bekommen. Was das Thema „Beziehungen“ betrifft, fordert die Resolution das Recht auf beratende Unterstützung bei Partnerschaft, Sexualität, Heirat und Familiengründung. Als wichtig werden auch die freie Wahl der medizinischen Versorgung und die Selbstbestimmung der Körperpflege erachtet – um nur einige Beispiele zu nennen. Den Schluss der Resolution bildet der Aufruf, viele Selbstvertretungsgruppen zu gründen und die Selbstbestimmungswünsche gegenüber Eltern, Betreuerinnen und Betreuern, Behörden und Politikern gemeinsam zu vertreten.

Im Herbst 2001 hat in Hof Bockum eine Tagung stattgefunden, auf der über die Forderungen der Resolution und über Fragen der Selbstbestimmung diskutiert wurde. An dieser Tagung haben alle Interviewten teilgenommen, auch darüber berichten sie (siehe auch den Beitrag von Manfred Schmidt in diesem Heft).

Anne W.

»Ich bin schon eine, die Kritik äußert.«

Die junge Frau stammt aus der Gegend von Augsburg und lebt seit vier Jahren in Hof Bockum. Mit ihren 24 Jahren ist sie die jüngste der interviewten Personen. Im Gespräch ist sie offen und resolut, sie formuliert ihre Anliegen deutlich und mit großer Entschiedenheit; dabei erweckt sie den Eindruck, als habe sie über alles viel nachgedacht und oft mit anderen gesprochen. Seit einem Jahr wohnt sie in einer Wohngruppe innerhalb des Dorfes, nachdem sie vorher in einer Hausgemeinschaft gelebt hatte. In Hof Bockum gehörte sie zwei Jahre lang dem Werkstattrat an und konnte so Erfahrungen mit der Vertretung von Bewohnerinteressen sammeln. Am EU-Projekt, das heißt an den Austauschtreffen, hat sie nicht teilgenommen.

Über ihre Herkunft erzählt sie: »Ich bin schon sehr früh ins Heim gekommen, mit fünfeinhalb Jahren, weil meine Eltern ... (1) Ich war viele Male alkoholisiert gewesen, also ich war ein paar Mal im Krankenhaus wegen Alkoholvergiftung, deshalb bin ich ins Heim gekommen, weil meine Eltern nicht fähig waren, Verantwortung zu übernehmen für ihre Kinder. Ich hab noch zwei ältere Schwestern. Ich lebte dann fast zehn Jahre in einer Pflegefamilie. Es war eine schöne Zeit gewesen, aber am Ende ... [...] (2) Ich hab dann meinen Vormund angerufen und hab ihm gesagt, dass ich wegwill. Und meine Pflegeeltern waren auch der Meinung, dass ich gehen soll. Und so wurde ich wohl teilweise auch ein bisschen rausgeschmissen, das war keine gute Zeit damals, meine Pubertät.«

Frau W. kam zu den SOS-Jugendhilfen in Augsburg, lebte dort in einer Mädchenwohngemeinschaft und widmete sich ihrer Ausbildung. Nach der Sonderschule besuchte sie freiwillig die zehnte Klasse, machte den Hauptschulabschluss und absolvierte die Ausbildung zur Gärtnergehilfin im Berufsbildungswerk. Sie bezeichnet die Zeit bei den Pflegeeltern, den Hauptschulabschluss und die Ausbildung als die wichtigsten Stationen in ihrem Leben.

»Und dann ... jetzt Bockum, zum Nachreifen und so. Also der letzte Schliff.«

Zu ihren leiblichen Eltern hat sie nur wenig Kontakt: »Ich halt von denen nichts, das heißt, ... meine Mutter ist eben alkoholkrank, das weiß man eh und je, die tut bis jetzt noch nicht einsehen, dass sie versagt hat als Mutter, sie meint, alles richtig gemacht zu haben [...] Mein Vater ist schizophran, also er schreibt mir hin und wieder mal, will mich sehen, will, dass ich zu ihm ziehe [...], aber das kann er nicht bringen. Er hat sich jahrelang nicht gekümmert, und jetzt kommt er an, das seh ich nicht ein.«

Frau W. schildert ihre Erfahrungen in Hof Bockum zum Thema Wohnen: »Ich hab erst drei Jahre in Haus 12 (das ist eine der Hausgemeinschaften, K.T.) gewohnt. Es war teilweise schön, aber mir wurde es am Ende

bisschen zu eng, weil ich brauch halt nicht mehr so viel Betreuung. Es sind sehr viele Pflichten da, abwaschen und so, oder manchmal hab ich auf die Kinder (der Hauseltern, K.T.) aufgepasst, es sind halt einfach mehr Leute, die da wohnen.«

Die Unterstützung in persönlichen Angelegenheiten reichte Frau W. nicht aus: »Da hab ich manchmal das Gefühl gehabt, ich hab zu wenig Zeitraum, um mit der Hausmutter irgendwas zu besprechen, weil die immer sechs Leute hatte und dann noch ihre Kinder, und da hab ich den Eindruck gehabt, die hat wenig Zeit. Dann war sie immer weg. Und deswegen wollte ich auch aus dem Haus raus. In den Häusern ist das so, dass das immer vorgeplant ist von den Hauseltern, was gekocht wird, das wird dann vorgesetzt, das find ich einfach blöd [...], ich seh das nicht ein, dass, wenn mir die Hauseltern sagen, ich soll essen, dass ich dann essen soll. Manchmal mach ich das gerne, aber ich könnte das nicht immer haben. Es gab noch eine Praktikantin, und mit der hab ich mich auch nicht so verstanden, weil ich der Meinung bin, dass ich älter bin wie die ... und die erzählt mir, was ich zu tun habe ... weil ich solche Dinge schon allein gemacht habe [...] und da hab ich Kritik nicht so gut vertragen können. [...] Also, am Wochenende hat die uns betreut, und dann bestimmt die einfach, dass wir jetzt zu essen haben; auch wie das Zimmer aussieht, was ich anziehe, welche Klamotten. Und dann war die auch noch in meinem Arbeitsbereich (Gärtnerei), und dann hab ich die dort also auch noch am Säckel gehabt, nee. Ich bin echt froh, dass ich keine Praktikantin mehr um mich rum habe.«

Frau W. sagt, sie sei ein bisschen im Unfrieden aus der Hausgemeinschaft aus- und in die Wohngruppe umgezogen. Die Hauseltern hätten ihr und ihrem Mitbewohner nicht zugehört, selbst einen Haushalt zu führen und sich gesund zu ernähren.

»Es ist ja unsere Sache und nicht die unserer Hauseltern; die sind immer noch monatelang gekommen, und dann sagt der Hausvater: Ihr kocht bestimmt jeden Tag oder jede Woche Pizza, obwohl wir das eigentlich gar nicht vorhaben. Das geht echt zu weit! [...] Dann hab ich das so gemacht: Ihr könnt reden, was ihr wollt, wir wissen, wie wirs machen. Ihr könnt reinkommen in meine Küche, meinen Kühlschrank aufmachen, meinen Schrank aufmachen, da seht ihr Lebensmittel, die gesund sind. Ich denk mir meinen Teil, manchmal.«

Frau W. hat ihre Wohnung in der Wohngruppe bis vor kurzem mit einem jungen Mann geteilt, der aber mittlerweile nach Amelinghausen (der nahe gelegenen Kreisstadt, K.T.) umgezogen ist. An der Entscheidung, wer den freien Wohnplatz belegt, ist sie beteiligt worden: »So charaktermäßig, das muss ja zu mir passen. [...] Ich hab eine ruhige Mitbewohnerin bekommen, und da werd ich auch ruhiger.«

Zur Haushaltsführung sagt sie: »Am Freitag ist immer Einkaufstour für die ganze Woche. Wir planen dann

schon und schreiben auf einen Zettel, was wir brauchen. [...] Wir müssen kucken, dass wir dann auch wirtschaften, klar, mit zweihundertsiebzig Mark muss man schon kucken. Am Wochenende verpflegen wir uns selbst. Wir können uns das selber einteilen, das ist uns überlassen. Ich muss selber wissen, wann ich esse, wann ich koche.«

Sie hält es auch für richtig, dass sie die Haushaltsführung mit ihrer Mitbewohnerin gemeinsam gestaltet: »Wenn wir dann auch einen Partner haben oder so, einen Freund, da müssen wir das auch mit dem abklären. Das ist jetzt die Übung.«

Bei Schwierigkeiten und Konflikten können sich die Bewohnerinnen an ihre Betreuerin wenden. Sie haben regelmäßige Termine mit ihr, können sie aber in Notfällen auch zwischendurch erreichen. Was den Bereich Arbeit betrifft, ist Frau W. mit dem Grad ihrer Selbstbestimmung nicht zufrieden. Sie möchte gerne den geschützten Rahmen der Einrichtung für Praktika in anderen Gärtnereien verlassen, um sich auf die Vollausbildung als Gärtnerin vorzubereiten.

»Sie sagen mir immer, dass ich den geschützten Rahmen brauche, und hier in der Gärtnerei fühl ich mich auch sehr wohl, aber ich seh einfach, dass ich eine von den Fittesten bin und Sachen übernehm, die auch die Praktikantinnen übernehmen, also ich leite zum Beispiel schwächere Leute an, ich mache sehr viele Dinge selbstständig, und ich würde es einfach toll finden, wenn man mir zutrauen würde, dass ich einfach mal eine Chance krieg, ein Praktikum zu machen, außerhalb. Und dann liegt auch noch total in der Luft, ob ich die Vollausbildung machen soll oder nicht, und dann reden die Betreuer immer hin und her und diskutieren, und ich hab da Angst, dass ich im Moment nicht weiß, was ich für einen Weg gehe, weil immer das Hin und Her ist. Das geht einem auf den Keks. Ich hab das schon erlebt in den Förderplänen, wie ich das letzte Mal dabei war, dass es schon über meinen Kopf gegangen ist. Also, dass die irgendwas geredet haben, was ich machen oder tun soll. Man hat mir dann gesagt, dass die Vollausbildung nicht konkret verfolgt wird, das heißt, dass es keinen Sinn macht, weil es zu viel Stoff ist. Es geht nichts voran. Aber wenn ich das sag, dann meinen die Betreuerinnen, ich soll nicht so ungeduldig sein.«

Ihre Freizeit kann Frau W. weitgehend selbst gestalten. Was tatsächlich an Freizeitprogramm stattfindet, hängt auch von der Initiative und den Ideen der Bewohnerinnen und Bewohner ab: »Es gibt Plenum, am Freitagvormittag trifft sich das ganze Dorf, und dann wird halt besprochen, was eigentlich so ansteht an Freizeitangeboten, und dann kann man im Plenum sagen: Horcht mal zu, paar Leute wollen ins Kino oder ins Theater, es wird das und das angeboten – wer ist bereit von den Betreuern oder den Praktikanten, (den Kleinbus, K.T.) zu fahren?«

Für Freizeitbeschäftigungen innerhalb des Dorfes oder des Hauses kann sich Frau W. auch an ihre Betreuerin wenden: »Wir bauen uns einen Kicker auf oder machen

was im Hobbykeller, und danach gibts dann ein bisschen ein Kaffeetrinken, oder wir fahren nach Amelinghausen ... letztes Wochenende habe ich einen Freund in Emden besucht, das bleibt dann uns überlassen, wir müssen uns nur absprechen mit den Betreuern, das ist klar, die würden sich ein bisschen überrumpelt fühlen, wenn man nichts sagt.«

Einerseits kam Frau W. nach Hof Bockum, »weil ich gerne in Gesellschaft leben möchte und Menschen um mich rum gerne habe, nicht irgendwo alleine in der Wohnung sitzen, das ist einfach nichts für mich.«

Andererseits ist ihr manchmal auch alles zu viel: »Ich mach das manchmal, wenn es mir zu eng wird in der Einrichtung, dass ich mich abnabel, weil ich kann nicht immer, ich krieg das nervlich nicht hin, wenn ich immer so viele Leute um mich rum habe, also ich geh schon unter Leute, und ich brauch auch Leute, aber nicht immer.«

Für ihre Zukunft wünscht sich Frau W.: »Ich würd schon gerne mal eine Wohnung in Amelinghausen haben, aber nicht in Lüneburg, weil – ich bin mehr ein Landmensch. [...] Oder vielleicht arbeite ich mal auf einem anderen Hof, also ohne staatliche Unterstützung, also Sozialhilfe, oder als Arbeitnehmer auf einem Bauhof. [...] Es war nicht unbedingt mein Gedanke, mich hier zu beheimaten. [...] Ich wünsche mir eine eigene Familie, das ist klar, Kinder haben, auch einen sehr guten Mann zu haben, der auch mein Leben mitgestalten kann, dass ich unabhängig bin von der Einrichtung, und vielleicht den Führerschein.«

Da Frau W. bis vor kurzem dem Werkstattrat angehörte, hatte sie keine Zeit für ein Engagement beim EU-Projekt. Aber sie sagt: »Seit der Tagung in Bockum interessier ich mich schon sehr für dieses Thema, weil für viele Menschen ist Selbstbestimmung wichtig, weil sie sich nicht so viel trauen zu sagen, das heißt, sie meinen halt, wenn die Hauseltern irgendwas erzählen, dass es in Ordnung ist, alles gut und schön, und ich bin halt der Meinung, dass sehr viele Dinge falsch laufen, das heißt, dass sehr viele Dinge mit uns nicht besprochen werden. [...] Ich bin schon eine, die Kritik äußert. Ich beobachte ziemlich viel, was Unrecht ist und was Recht ist, und das sag ich halt auch offen. Weil ich in meinem Leben schon sehr viel erlebt hab. [...] Ich könnte mir auch vorstellen, dass wir eine Selbsthilfegruppe machen könnten. Also das ist hier alles gegeben, auch die Struktur.«

Auf die Frage, was eine Selbstvertretungsgruppe bewirken könnte, antwortet Frau W.: »Erstens, dass viele Bewohner das Gefühl haben, dass sie gehört werden, zweitens, dass sie die Möglichkeit haben, ihre Probleme, die sie mit den Betreuern nicht besprechen können, da einzubringen, und drittens einfach mit Leuten zusammenzusein. Denn viele kommen einfach kaum raus aus ihren Löchern.«

Frank T.

»Die haben gemeint, wir sind verrückt geworden.«

Herr T., 27 Jahre, lebt seit sieben Jahren in einer Hausgemeinschaft in Hof Bockum. Sein sehnlichster Wunsch ist es, in eine Außenwohngruppe zu ziehen. Aber nicht nur in eigener Sache gehört er zur Bockumer Speerspitze der Selbstbestimmungsidee, er engagiert sich auch als Mitglied des Heimbeirates und als Ersatzmann für die EU-Selbstvertretungsgruppe in Deutschland und nimmt mit großer Leidenschaft an Seminaren und Tagungen zu diesen Themen teil.

Sein Arbeitsbereich ist die Hauswirtschaftsgruppe, die in erster Linie für die externen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Außengruppenbewohnerinnen und -bewohner Mittagessen kocht, außerdem das Dorfhaus in Schuss hält, wäscht und bügelt. In seiner Freizeit fährt Herr T. mit dem Fahrrad über die Dörfer und hört gern Musik. Als weiteres Hobby gibt er an: »Das, was man eigentlich nicht machen sollte: Ich rauche.«

Aus seiner Vergangenheit erzählt Herr T. nicht viel: »Vor Bockum war ich bei meiner Pflegefamilie, neunzehneinhalb war ich da. [...] Meine richtige Mutter hat sich nicht richtig um mich gekümmert. Eigentlich sollte ich erst mal nur ein paar Wochen bei der Pflegefamilie bleiben. Ich hab oft gedacht, dass ich morgen wegkomm, aber dann ist es doch länger gegangen. Aus den paar Wochen sind fast zwanzig Jahre geworden. Es war wunderschön dort.«

Ob er noch Kontakt zur Pflegefamilie habe? »Ja, ich hab vor ungefähr zwei Monaten da mal angerufen und gesagt: Hallo, ich lebe noch! Weil ich mich ja eineinhalb Jahre nicht gemeldet habe. Weil ich erst mal Abstand haben wollte.«

Sein Wunsch, in eine Außenwohngruppe zu ziehen, wird von seinen Hauseltern unterstützt, was Herrn T. offenbar enormen Auftrieb gibt. Als Beispiel für Dinge, die er in der Hausgemeinschaft nicht selbst gestalten und entscheiden kann, nennt er das Essen: »Zum Beispiel frühstücken am Wochenende. Da ist um neun Uhr Frühstück und um dreizehn Uhr Mittagessen. Wenn ich ausschlafe, stehe ich meist vor halb eins nicht auf. Wenn ich dann frühstücken möchte, darf ich nicht mehr. Das find ich nicht gut. Abendbrot gibt es um achtzehn Uhr, das ist mir zu früh, weil ich hab früher auch immer zwischen achtzehn Uhr dreißig und neunzehn Uhr Abendbrot gegessen. Deswegen ... in der Außenwohngruppe kann ich essen, wann ich möchte, kann auch essen, wo ich möchte, kann auch essen beim Fernsehkucken, was ich bei uns nicht darf.«

Apropos Fernsehen: Es gibt in den Hausgemeinschaften nur Gemeinschaftsfernseher, keine privaten auf den Zimmern. »Warum, weiß ich auch nicht. Was ich eigentlich ganz gut so finde. Da würde ich ja nur noch den ganzen Tag fernsehkucken.«

Herr T. sagt, seit ihm vor einem halben Jahr klar geworden sei, dass er ausziehen will, habe er sich »komplett

verändert«, er sei viel schneller bei der Arbeit geworden, im Haus und am Arbeitsplatz. Diese Einschätzung teilen auch sein Hausvater und seine Werkstattleiterin; im Interview erwähnen sie seine enormen Fortschritte von sich aus und bringen sie mit seinem Engagement für Heimbeirat und EU-Projekt in Verbindung. Das Einzige, was Herr T. seiner eigenen Meinung nach noch nicht richtig im Griff hat, ist sein Umgang mit Geld. Er erwähnt diese Schwachstelle mehrfach und hat deshalb auch schon gute Vorsätze gefasst: »Ich hab mir vorgenommen, dass ich ab sofort jeden Monat fünfzig Mark zurücklege, dass ich im Notfall, wenn ich das ganze Geld schon ausgegeben habe, mir noch was zu essen kaufen kann. Ich wollte diesen Monat damit anfangen. Aber ich möchte das selbstständig machen, ohne Unterstützung.«

Der Heimbeirat, dem Herr T. angehört, wird alle zwei Jahre gewählt und setzt sich aus je drei internen und externen Bewohnerinnen beziehungsweise Bewohnern zusammen; der Bereichsleiter ist auch dabei (siehe den Beitrag von Manfred Schmidt in diesem Heft). Getagt wird einmal im Monat. »Also, ich muss die Bewohner vertreten, wenn die Probleme haben. Beantragen. Wo wir schon seit Jahren hinterher sind, und es ist noch nichts geschehen.«

Herr T. nennt einige Beispiele für die im Heimbeirat behandelten Themen: Hof Bockum hat eine Satellitenschüssel, die aber nicht funktioniert, weil ein Teil fehlt: »Die Firma, die dieses Teil herstellt, kommt nicht in die Puschen. Da müssen wir selber ran und mehr Druck machen. Der Bereichsleiter übernimmt das. Die Bewohner beschwerten sich schon immer. Ich hoffe, dass das bis vor Weihnachten erledigt ist. Dann die Straßenlaterne am Vorplatz: Da stand früher nur eine Laterne am Anfang der Straße. Dazwischen war alles dunkel. Da haben Heimbeirat und Werkstatttratt gesagt, da muss eine Lampe hin. Das wurde beantragt bei der Stadt Amelinghausen, und die haben dann ungefähr ein halbes Jahr später eine Lampe hingepflanzt. Genauso haben wir auch zwei Mülltonnen beantragt auf dem Hof ...«

Nicht immer sind die Vorschläge an Verwaltungsinstanzen erfolversprechend: »Da haben wir letzte Woche einen Brief geschrieben an die VOG, das ist die hier ansässige Busfirma, wir wollen von Bockum nach Lüneburg bessere Busverbindungen. Am Sonntag zum Beispiel fährt der letzte Bus um achtzehn Uhr von Amelinghausen nach Lüneburg, und es fährt keiner mehr zurück. Wenn man abends noch weg möchte, muss man mit dem Auto fahren. Ich mein, ich hab keinen Führerschein. Die haben uns bis jetzt noch nicht geantwortet. Ich vermute mal, die haben uns vergessen oder gemeint, wir sind verrückt geworden.«

Herr T. beteiligt sich auch an der Vorbereitung von Urlaubsreisen, die Hof Bockum seinen Bewohnern anbietet: »Dieses Jahr wissen wir noch nicht, wos hingehet. Da soll ich mir mal Gedanken machen. Und ich hab was gefunden. Leider ziemlich teuer. Das Ganze kostet vierhundertvierzig Euro mit Flug, aber ‚all inclusive. Ibiza‘.«

Am EU-Projekt kann sich Herr T. wegen seiner Tätigkeit als Heimbeirat nur eingeschränkt beteiligen, aber er



*Isabelle Scholz, 26 Jahre,
sägt und sortiert Holz für ein Möbel- und Regalsystem
Johannes Bielke, 42 Jahre,
koordiniert den Zusammenbau von Sitzplatten für LKW-Bremsen*

ist einmal zu einem Treffen nach Hamburg gefahren und war ganz begeistert: »Dass die Leute da was durchsetzen wollen und das auch durchgesetzt kriegen!« Er möchte sich gerne am Aufbau einer Selbstvertretungsgruppe beteiligen. »Was ich machen möchte: Erfahrungsaustausch machen, wenn ich ein Problem habe, dass ich das ansprechen und lösen kann.« Frank T. kann mit den Unterstützungsangeboten, die ihm Hof Bockum bietet, gut umgehen. Diskriminierung durch die Außenwelt, sagt Herr T., habe er noch nicht beobachtet: »Das würde ich ja merken.«

Gefragt nach drei Wünschen, sagt er knapp: »Erstens ausziehen, zweitens mehr Stundenlohn, fünfzig Mark die Stunde, drittens Führerschein und Auto. Das würde mir reichen. Ich hab noch einen vierten Wunsch: Eine Kreuzfahrt würde ich auch gerne mal machen. Auf einem Schiff.«

Angela G.

»Ich war so wunderbar erstärkt.«

Das Gespräch findet in der Käserei statt, in der Frau G. arbeitet. Die überwältigend säuerlich-dampfige Luft dringt zum Glück nur noch schwach in den Aufenthaltsraum, in dem wir uns unterhalten. Frau G. macht der Geruch nichts aus, denn sie liebt die Arbeit in der Käserei und erzählt begeistert vom Käseherstellungsprozess, den strengen Sauberkeitsvorschriften und den einzelnen Käsesorten.

Seit 1994 lebt sie in der Einrichtung Hof Bockum, mit 31 Jahren kam sie hierher – mittlerweile kommt sie nur noch zum Arbeiten auf den Hof, denn sie bewohnt mit ihrem Freund eine Außenwohngruppe in Amelinghausen. Frau G. ist eine der drei Vertreterinnen für die deutsche People-first-Gruppe im EU-Projekt, hat also an der Reise nach London und an der Abschlussagung in Graz teilgenommen und die Tagung in Hof Bockum zum Thema „Selbstbestimmung“ maßgeblich mit gestaltet. In ihrer Freizeit kocht und backt, zeichnet und malt sie.

Ihr Emanzipationswille und das Engagement im EU-Projekt haben sicher viel mit ihrer persönlichen Vergangenheit zu tun: »Ich war in zwei verschiedenen Kinderheimen [...], im zweiten ging es mir nicht so gut. Ich wurde sehr geärgert, gehänselt, dann hab ich eine neue Brille gekriegt, dann haben sie halt schlimme Wörter an den Kopf geworfen. [...] Zwischen dem dreizehnten und achtzehnten Lebensjahr ist die verlorene Zeit, futsch! Das heißt, ich durfte nicht mal ins Kino gehen, geschweige denn irgendwas machen. Es war unmöglich! Die verlorene Zeit wieder aufzuholen, das ist sinnlos. Dann bin ich wieder nach Hause gekommen und blieb dann dort und hab dann eine richtige Arbeitsstelle gekriegt in einem Restaurant, dort blieb ich zehn volle Jahre. Der Anfang war wunderbar, aber dann gings mir auch sehr dreckig. Ich musste vierzehn bis zwanzig Stunden am Tag arbeiten, hatte wenig Pause, da wurde ich auch schwer krank. Bei dem Restaurant habe ich

auch einen kleinen Fehler gemacht und einen Vertrag unterschrieben, das heißt, dass man da nicht mehr rausgehen kann. Man konnte auch nicht kündigen. Die Chefs wollten, dass ich dableibe. So eine billige Arbeitskraft kriegen die ja nie wieder! Weil ich ja alles gemacht hab, statt zu merken, stopp mal, da stimmt was nicht.«

Mutter und Oma von Frau G. merkten immerhin, dass eine bestimmte Zulage vom Arbeitgeber nicht gezahlt wurde, schalteten einen Rechtsanwalt ein und befreiten sie schließlich aus dem Arbeitsvertrag. »Mit Rechtsanwälten hab ich ständig zu tun gehabt. Seitdem hab ich immer Angst vor denen.« Auf den Einwand, dass die Rechtsanwälte ihr doch geholfen hätten, sagt sie: »Ja, ich weiß, aber ich hab im Ganzen so ein bisschen Probleme damit. Gerade bei solchen höheren Leuten, die dann irgendwas fragen, und man weiß nicht, was man antworten soll.«

Auch im Bereich »Körper und medizinische Versorgung« fühlte sich Frau G. dem Gutdünken anderer ausgesetzt: »Das schlimme Bein habe ich so, seit ich achtzehn war, es war ein Unfall. Meine Familie hat gesagt, das wird schon wieder, anstatt mal richtig mit mir zum Arzt zu gehen und mal röntgen zu lassen, was da los ist. Das hat man erst jetzt in Lüneburg gemacht, da hat man so dolle Schäden gefunden ...«

Noch heute kämpft Frau G. in ihrer Herkunftsfamilie um Eigenständigkeit: »Nur bei mir steht halt meine Oma bisschen im Weg. [...] Da wurde mein Konto halt auf ihren Namen rübergeschrieben, das heißt, ich durfte mein Geld nicht selber verwalten. Oder wenn ich irgendein Problem hatte, das haben die alles gelöst. Aber wozu müssen die das machen? Ich muss das doch lernen, selber Probleme zurechtzufinden, wie das funktioniert, oder mit Geld, Partnerschaft, ich muss das doch ausprobieren. Das verstehen die meisten älteren Leute nicht. Die wollen die Lieblingsenkel nicht hergeben. [...] Und ich fühl mich halt noch so bisschen festgebunden. Und das macht mich sehr kaputt. [...] Dann heißt es: Hör mal, Angela, wer weiß, wie lange ich noch zu leben habe.«

Dem unmittelbaren Zugriff der Familie entronnen, fühlt sich Frau G. in der Außenwohngruppe sehr wohl: »Es gibt dort ein Haus mit zwei Etagen und dann noch ein Extrahaus mit eigener Haustür, da wohne ich mit meinem Lebensgefährten. [...] Einmal in der Woche kommt unsere Betreuerin vorbei, so ein oder zwei Stunden, je nachdem, wie viel sich ergibt. Da sprechen wir über Papiere vom Amt oder sonst irgendwas, was sehr wichtig ist. Meine Betreuerin kümmert sich nur, was mit Papierkram zu tun hat, den Rest mach ich alles selbst. Das kannte ich vorher nicht, ich konnte noch nicht mal mit Geld umgehen, geschweige denn zum Arzt gehen, oder den Papierkram, Telefonabrechnung, was so alles zusammenkommt, das habe ich vorher alles nicht gekannt, das hab ich alles hier so erlernt. [...] Jetzt will ich, ehrlich gesagt, gar nicht mehr raus. Zumal ich jetzt auch eine Wohnung habe, also besser kanns mir ja auch gar nicht gehen.«

Auch eine berufliche Identität hat sie in Bockum gefunden: Das Käsen betreibt sie »leidenschaftlich. Ich würde auch

gar keine andere Arbeit nehmen als nur diese. Weil hier kann ich wirklich erreichen, was ich mit meinen eigenen Händen produziert habe. Man sieht den Erfolg.«

Frau G. formuliert für ihr Leben und Arbeiten in Hof Bockum ein gut ausbalanciertes Gleichgewicht zwischen Selbstständigkeit und Unterstützung. Sie weiß sich auch von der Betreuerin abzugrenzen: Bei einem Nähe-Distanz-Spiel sollte sich Frau G. auf ein Blatt Papier stellen, und die Betreuerin kam Schritt für Schritt näher: »Da sag ich bei einem bestimmten Abstand: Halt, stopp, näher darf sie nicht gehen! Das war so ein Test gewesen, da kann man feststellen, wie weit darf eine Betreuerin gehen: Wie weit darf sie sich denn im Privatleben einmischen? Sie kann nicht einen Menschen bestimmen. Geht nicht. Sie muss das auch selber merken, sonst lernen die das nicht.«

Als einzige der interviewten Bewohner spricht Frau G. über Diskriminierung in der Öffentlichkeit: dass auf sie mit dem Finger gezeigt wird, dass sie und ihre Freundinnen und Freunde für blöde gehalten werden. Das ist aber anscheinend kein Thema für die Selbstvertretungsarbeit. Frau G. zieht es vor, die Beleidigungen zu ignorieren und ihre eigenen Wege zu gehen.

Am liebsten möchte sie alle anderen Menschen mit Lernschwächen vor dem bewahren, was sie selber an Bevormundung und Ausbeutung erlebt hat, deshalb engagiert sie sich beim EU-Projekt, und deshalb möchte sie auf Hof Bockum eine Selbstvertretungsgruppe gründen: »Ich bau das mit meiner ehemaligen Betreuerin auf, bis ich dann selber eine Gruppe leiten kann. So wie in Hamburg und in England. Diese Gruppe nennt sich ja ‚people first‘, also ‚Menschen zuerst‘. Das will ich ja hier auch machen: den schwächeren Leuten ein bisschen zu helfen und zu unterstützen, weil ich ja weiß, wie es mir ergangen ist. Denen möchte ich das ja auch ein bisschen vermitteln, damit sie es leichter haben im Leben und dass sie nicht alles runterschlucken, sondern auf den Tisch legen, wenn sie Probleme haben. Deshalb hab ich auch zwei Akten voll mit den ganzen Seminaren. Da steht alles drinnen, wie man das machen kann.«

Sie sagt, die Arbeit am EU-Projekt und die vielen Seminare zur Selbstbestimmung hätten sie selbstbewusster gemacht, sodass sie jetzt auch Gesprächsrunden in der Käserei anregen kann: »Dann sag ich: Halt, stopp, das und das geht nicht! Können wir uns irgendwie alle zusammensetzen und das mal irgendwie vom Tisch wegstreichen? Weil das geht nicht gut, wenn hier gearbeitet wird und einer schießt quer.«

Sie berichtet begeistert vom EU-Projekt und besonders von der Begegnung mit der People-first-Gruppe in London: »Da hab ich zum ersten Mal richtig leibhaftig miterlebt, wie eine Gruppe selber alles geregelt hat, wie die ihr eigenes Leben gemeistert haben. Der eine heißt Andrew, der hat mich am meisten beeindruckt, vor allem hat der in seiner Kindheit auch sehr Schlimmes durchgemacht, das hat er uns erzählt, und trotzdem hat er sein eigenes Leben gemeistert, ist selber jetzt verheiratet, und da dacht ich mir: Na ja. Vielleicht wirst du's auch noch irgendwie auf diese Weise hinkriegen. Daher war ich auch so wunderbar erstärkt.«

Jens H.

»Ich bin mit dem auch ganz zufrieden.«

Herr H. ist 26 Jahre alt und wirkt im Gespräch weich und liebenswürdig, manchmal erstaunt und wie nicht ganz von dieser Welt. Seit 1997 lebt er in einer Hausgemeinschaft in Hof Bockum. Seine Kindheit verbrachte er – als einziger der Interviewten – in seinem Elternhaus, dann lebte er in zwei verschiedenen Wohngruppen in Hannover. In der einen erhielt er die Empfehlung, sich Hof Bockum für einen weiteren Verbleib anzuschauen.

»In der Schule war ich immer der Klassenbeste, und ich bin vielleicht so ein Stück (er zeigt mit den Fingern einen Zentimeterabstand) am Hauptschulabschluss vorbei, aber ich muss dazusagen, es war eine Lernbehindertenschule. In der HW, Hannoveranischen Werkstatt, da hab ich früher gearbeitet, das war auch so eine Behindertenwerkstatt, so wie man das nennt ...«

Herr H. fühlt sich auf Hof Bockum wohler als in der letzten Wohngemeinschaft, und besonders gefallen ihm die Möglichkeiten einer großen Gemeinschaft: »Ich finds halt gut, dass man hier mit den Häusern, dass man sich gegenseitig vom Haus hier besuchen kann und auch mit anderen, mit denen man nicht zusammenwohnt, und ich find hier auch ganz gut, mit den Leuten hier, wie gesagt, zu reden, mit denen kann man auch ganz gut was unternehmen.«

Auch mit der Hausgemeinschaft ist Herr H. zufrieden. Er arbeitet in kleinen Schritten an seinen lebenspraktischen Fähigkeiten: »Manche können das schon ganz gut mit der Wäsche, und manche brauchen dabei noch Hilfe ... Ich bin gerade dabei, kochen zu lernen, und da hab ich jemanden an meinem Haustag (das ist der arbeitsfreie Vormittag, den jeder Bewohner hat, um sein Zimmer und seine Wäsche zu pflegen und andere hauswirtschaftliche Kenntnisse zu erwerben, K.T.), der mit mir Mittagessen für die Familie kocht.« Ihm ist klar, dass man in der Außenwohngruppe für sich selber sorgen muss, wohingegen einem in der Hausgemeinschaft noch viel Struktur vorgegeben wird – was ihm ganz lieb ist. Einen Umzug in die Außenwohngruppe peilt er derzeit nicht an: »Na ja, ich bin ... ganz so weit bin ich noch nicht.«

Selbstkritisch merkt er an, dass er seine finanziellen Möglichkeiten manchmal nicht ganz im Griff hat: »Manchmal bei CDs, wenn ich mir nur eine kaufen will, dann finde ich manchmal noch zwei andere, die genauso gut sind, und dann will ich die eigentlich wieder zurücktun, aber dann werde ich doch schwach und nehme sie alle drei. Kennen Sie das?«

Herr H. arbeitet in der Landschaftspflege, die vielerlei Aufgaben erfüllt: »Heute haben wir die Pferde komplett ausgemistet, ich rieche vielleicht noch bisschen danach. Da gibt es drei Pferde und einen Esel mit Namen ‚Dolly‘. Und wir haben nicht nur mit den Rasenflächen und so zu tun, sondern wir arbeiten auch mit

Holz, zum Beispiel Puppenhäuser bauen, na ja, mit Treppe richtig.« Er sagt, dass es ihm noch Spaß macht, dort zu arbeiten: »Wenns mir mal keinen Spaß mehr macht, irgendwann mal, wechsle ich vielleicht mal den Bereich, aber im Moment hab ich da noch nicht drangedacht.«

Auch mit der Freizeitgestaltung ist Herr H. zufrieden, er findet sie vor allem besser als in seiner letzten Wohngruppe: »Die haben sich immer vor den Fernseher gesetzt, und da mussten wir das Programm mehr selbst in die Hand nehmen. Hier muss man auch einiges in die Hand nehmen, aber manchmal machen die Betreuer auch mit.«

Auf die Frage, ob er sich in der Hausgemeinschaft manchmal fremdbestimmt fühle, ob er manche Dinge lieber alleine entscheiden würde, antwortet Herr H.: »Da müsste ich jetzt nochmal nachdenken, aber ich meine, es gibt schon paar Dinge.« Letztlich fielen sie ihm aber nicht ein. Er erzählt stattdessen von Ausflügen am Wochenende.

Gefragt nach eventuellen Konflikten, zum Beispiel mit den Hauseltern oder den Mitbewohnern oder im Arbeitsbereich, um herauszufinden, ob er vielleicht Grund hätte, sich einer Selbsthilfe- oder Selbstvertretungsgruppe anzuschließen, antwortet er: »Also Streit gibt es mit den Hauseltern also so weit gar nicht, und mit den anderen manchmal Meinungsverschiedenheiten, aber die sind eigentlich immer schnell bereinigt. Manche sind da, die bisschen lauter werden, mit denen kann man auch reden. Ich bin mit dem auch ganz zufrieden.«

Zumindest vordergründig besteht also kein Anlass für ihn, nach mehr Selbstbestimmung zu verlangen. In Bezug auf seine Arbeit sagt er: »Es gibt immer wieder mal nervige Kollegen, das ist ja bei jedem so, aber man findet sich auch mit denen ab.«

Den Begriff „people first“ habe Herr H. noch nie gehört, aber an der „Selbstbestimmungs-Tagung“ in Bockum habe er teilgenommen: »Ach, ich muss sagen, es war ganz interessant.« Er konnte die Inhalte der Tagung nur vage beschreiben: »Worum es da so ging ... da waren auch Betreuer dabei, zumindest einer von ihnen ... Was wir selber machen könnten.« Woran er sich besser erinnern kann, ist sein eigener Gesprächsbeitrag auf der Tagung.

Manche Fragen beantwortet Herr H. nicht: die Frage nach Diskriminierung durch die Außenwelt, die Frage nach Wünschen für die Zukunft. Er sagt, er könne sich nicht auf so viele Dinge gleichzeitig konzentrieren.

Kritisch, engagiert, leidenschaftlich, zufrieden

Frau W. schätzt sich selbst als sehr selbstständig und entscheidungsfähig ein. Sie benennt konkret Lebensbereiche, wo sie sich in Hof Bockum in ihren Fähigkeiten unterschätzt, in ihren Bedürfnissen nicht ernst genommen fühlt und sich daher in ihrer Selbstbestimmung beschnitten sieht. Gerade das motiviert sie aber, in Selbstvertretungsgremien in Hof Bockum mitzuarbeiten.

Herr T. zeigt vor allem Bockums demokratische Gremien und ihre Arbeitsweise auf, die schon viel gemeinsam hat mit den Vorstellungen der People-first-Gruppen: sich einsetzen für die eigenen Interessen, auch gegenüber Ämtern und Behörden. Die Entwicklungschancen, die Bockum bietet, kann er voll nützen, mit den Unterstützungsangeboten kann er offenbar gut umgehen.

Frau G. beschreibt sehr eindringlich die Perspektive eines Menschen, der sich der Bevormundung und der rhetorischen Überlegenheit Nichtbehinderter ausgeliefert fühlte – und der es dank der Struktur und Unterstützungsangebote in einer Einrichtung wie Hof Bockum geschafft hat, sich zu wehren, Selbstbewusstsein, lebenspraktische Kompetenz und Eigeninitiative zu entwickeln.

Herr H. vermittelt den Eindruck, als sei er mit seinem Leben in Hof Bockum rundherum zufrieden. Die Hausgemeinschaft und vor allem die Dorfgemeinschaft scheinen der richtige Platz für ihn zu sein, sie kommen seinem Bedürfnis nach Kommunikation und Unterstützung entgegen. Es ist aber auch gut möglich, dass Herr H. zu denjenigen gehört, die sich selbst und ihre Bedürfnisse noch gar nicht richtig kennen gelernt haben, weil sie bisher in ihrem Leben vor allem gelernt haben, sich anzupassen.

Anmerkungen

1
Auslassungspunkte in den Zitaten verweisen auf unvollständige Sätze oder Gesprächspausen.

2
Auslassungspunkte in Klammern [...] kennzeichnen Auslassungen durch die Autorin.

Kathrin Taube, Jahrgang 1964, Diplomsozialpädagogin (FH); arbeitet seit sechs Jahren im Allgemeinen Sozialdienst der Stadt München. Vormalig tätig in der offenen Arbeit mit Kindern und im Heimbereich mit Menschen mit geistiger Behinderung. Arbeitsschwerpunkte: Familienarbeit und Armut in Familien.



Susanne Seeger, 40 Jahre, baut Wasserfixgeräte zusammen



Von der fürsorglichen Belagerung zur Partnerschaft zwischen Experten

Entwicklungspfade von SOS-Hof Bockum, einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung

Was passiert, wenn in einer stationären Einrichtung für Menschen mit Behinderung die Förderung der Selbstbestimmung dieser Menschen umgesetzt werden soll? Aus eigener Anschauung wissen wir, dass mit der Entscheidung, dieses Ziel zu verfolgen, ein Prozess beginnt, der den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr viel abfordert, weil er massive Einstellungs- und Haltungsänderungen einleitet. Mittlerweile blicken wir auf sechs Jahre Erfahrungen zurück, die – begleitet von Verunsicherung und Bereicherung – nicht immer leicht waren. Wir sind jedoch froh, dass wir sie durchgestanden haben, und möchten die neu gewonnene Qualität in unserer Arbeit nicht mehr missen. Im Folgenden werden einige Beispiele für Entwicklungen in der Einrichtung beschrieben, durch welche die Betroffenen ein Mehr an Beteiligung und Mitwirkung erfahren haben.

Nachdem Menschen mit Behinderung, die in speziellen Einrichtungen leben, über Jahrzehnte hinweg vorwiegend unter dem Postulat der Fürsorge, um nicht zu sagen, des Mitleids gelebt haben und betreut wurden, gab es seit den Siebzigerjahren eine Tendenz, ihnen mehr Rechte einzuräumen. Zunehmend wurde anerkannt, dass Menschen mit Behinderung nicht nur Versorgungs- und Betreuungsbedarf und Bedürfnisse und Wünsche haben, sondern dass sie auch lebenslang bildungsfähig sind und einen Anspruch auf angemessene Bildung haben. Es gab 1994 die Grundgesetzänderung, die besagt, dass der allgemeine Grundsatz der Gleichheit auch für Menschen mit Behinderung gilt; es gab neue Entwicklungen in der so genannten Behindertenpädagogik, und Menschen mit Behinderung selbst sind zunehmend für ihre eigenen Rechte eingetreten, zum Beispiel in der „Independent-Living-Bewegung“ oder der „Krüppelbewegung“.

Transparenz statt Geheimpädagogik

Als Mitte der Achtzigerjahre SOS-Hof Bockum gegründet wurde, konnten viele dieser Erkenntnisse und Entwicklungen bereits berücksichtigt werden. Aus heutiger Sicht wurden aber immer noch viele Regelungen getroffen und konzeptionell festgeschrieben, die zwar mit dem speziellen Bedarf der Menschen mit Behinderung begründet,

aber nicht an deren Bedürfnissen und Wünschen, sondern vielmehr an ihren Defiziten orientiert waren. In der Folge gab es immer wieder Gelegenheiten und auch Notwendigkeiten, dies zu überprüfen. Hierbei stellte sich im Nachhinein an der einen oder anderen Stelle heraus, dass weniger der Bedarf der Menschen mit Behinderung im Vordergrund stand als vielmehr das Bedürfnis der Betreuer, ihre Arbeit möglichst reibungslos und unproblematisch ausführen zu können.

Die Sensibilität, die wir mit der Zeit in der Auseinandersetzung mit dieser Thematik entwickelt haben, brachte mit sich, dass wir genau hinsahen und immer wieder prüften, ob und wo bei den verschiedensten kleinen Abläufen des Alltags und übergreifenden Fragen die Menschen mit Behinderung selbst entscheiden beziehungsweise inwieweit sie mit einbezogen sein und mitbestimmen können. Erst durch diese Auseinandersetzung konnten wir die Erfahrung machen, dass es qualitativ eine andere Art von „Erfolg Sozialer Arbeit“ gibt. Dieser Erfolg, der sich erst dann einstellt, wenn Menschen aktiv an ihrer eigenen Entwicklung in Richtung Selbstbestimmung und deren Umsetzung beteiligt sind und das Prinzip „Transparenz“ statt „Geheimpädagogik“ gilt, kann sogar allen Beteiligten Spaß machen.

Selbstbestimmung konkret

Anfang der Neunzigerjahre bezog eine Gruppe von vier Personen die erste Außenwohngruppe von SOS-Hof Bockum. Sie standen vor der Aufgabe, sich mit einer ungewohnten Situation arrangieren zu müssen, die insbesondere dadurch gekennzeichnet war, dass keine Betreuerin und kein Betreuer mehr im Hause wohnte. Unmittelbar nach dem Einzug vereinbarten wir, dass ich regelmäßig, mindestens aber dreimal pro Woche komme, um die nötige Unterstützung zu geben – nach meiner damaligen Sichtweise eher, um nach dem Rechten zu sehen.

Nach etwa drei Wochen bat die Gruppe um ein Gespräch. Sie teilte mir mit, dass sie nicht möchte, dass ich so oft

komme. Die Bewohner erklärten, sie könnten ihre Angelegenheiten auch eigenständig bewältigen. Nach einer Aussprache hierüber vereinbarten wir, dass ich in der nächsten Zeit gar nicht komme, aber zur Verfügung stehe, wenn jemand ein Anliegen oder einen Hilfebedarf hat. Ich hielt mich also zurück, konnte jedoch einiges indirekt mitverfolgen, da die Bewohner sich tagsüber an ihren Arbeitsplätzen in SOS-Hof Bockum aufhielten.

Nach weiteren drei Wochen wurde mir aus der Gruppe die Klage vermittelt: Keiner kümmert sich um uns! Daraufhin vereinbarte ich mit der Gruppe einen Besuchstermin. Wir sprachen offen über die Erfahrungen der letzten Wochen, die entstandenen Fragen und Probleme und konnten eine Reihe von Punkten benennen, die den Hilfebedarf der Gruppe wie auch der einzelnen Bewohnerinnen und Bewohner gut umrissen. Auf dieser Basis vereinbarten wir die Inhalte und den Umfang der künftigen Betreuung.

Die Gruppe erkannte aus dieser Erfahrung heraus ihren tatsächlichen Hilfebedarf und konnte mit mir vereinbaren, dass ich regelmäßig komme und sie diesbezüglich unterstütze. Das anfängliche Gefühl, ich komme, um zu kontrollieren, verlor sich, und im Vordergrund stand die gemeinsam ausgehandelte bedarfsgerechte Betreuungsvereinbarung. Von diesem Prozess war ich sehr angetan. Die betreuten Bewohner der Wohngruppe hatten erreicht, dass sie an der Gestaltung von Art und Umfang ihrer Betreuung beteiligt waren und das eröffnete eine ganz neue Art der Zusammenarbeit und Atmosphäre.

In der folgenden Zeit gab es weitere, tief greifende Veränderungen. Bis 1997 bestand beispielsweise für alle betreuten Bewohnerinnen und Bewohner der Einrichtung ein allgemeines Alkoholverbot. Die Sorge, dass Alkoholkonsum zu ungewollten und problematischen Situationen führen könnte und dass Menschen mit geistiger Behinderung nicht mit Alkohol umgehen können, hatte diese Regelung bis dahin begründet. Unabhängig davon, ob jemand von einer eventuellen Alkoholproblematik betroffen war oder nicht, galt diese Regelung für alle.

Im Rahmen eines Inhouseseminars für die Mitarbeiter zum Thema „Alkohol in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung“ wurde die bestehende Regelung infrage gestellt. Im Nachgang zu diesem Seminar gab es kontroverse Diskussionen im Team. Nach gründlichem Abwägen wurde dann beschlossen, das bestehende Alkoholverbot aufzuheben. Ziel war, dass die betreuten Bewohnerinnen und Bewohner die Verantwortung für den Umgang so weit wie möglich selbst übernehmen sollten. Nur in sehr problematischen Einzelfällen sollten individuelle Regelungen getroffen werden beziehungsweise ein Eingreifen unsererseits erfolgen.

Die betreuten Bewohner waren an diesem Prozess nicht beteiligt. Ihre Reaktionen waren sehr unterschiedlich und reichten von Verwunderung und Verunsicherung bis hin zu Freude und Stolz darüber, dass jeder nun selbst für sich und seinen Umgang mit Alkohol zuständig ist. Seitdem ist es so wie in anderen Betrieben auch: Alkoholgenuß am Arbeitsplatz ist verboten, wer alkoholisiert zur Arbeit kommt, wird nach Hause geschickt! War jemand

Interviews mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von SOS-Hof Bockum

Menschen bei der Selbstbestimmung unterstützen – ist das nicht paradox? Läuft eine solche Unterstützung nicht wieder auf eine fürsorgliche Belagerung und Fremdbestimmung hinaus? SOS-Hof Bockum setzt sich seit längerem mit Fragen der Selbstbestimmung und Beteiligung der Menschen mit Behinderung, die dort leben und arbeiten, auseinander. Die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehen sich mit vielfältigen Erwartungen konfrontiert, die die Betreuten an sie richten. Zuhören sollen sie, nur helfen, wenn sie darum gebeten werden, die Entscheidungen den Experten überlassen, so fordern es die People-first-Gruppen: Sie sollen nicht über die Betreuten reden, sondern mit ihnen, und sie nicht wie Kinder behandeln. Nun ist es keine leichte Aufgabe, seine Rolle vom „Betreuer“ zum „Unterstützer“, „Begleiter“ oder gar „Assistenten“ umzudefinieren und sich und seine pädagogische Arbeit infrage stellen zu lassen. Ich habe mit drei Mitarbeiterinnen und einem Mitarbeiter von Hof Bockum Interviews geführt, in denen sie ihre pädagogischen Haltungen darlegten, ihr Verständnis von Selbstbestimmung beschrieben und ausführten, ob und wie das Thema „Selbstbestimmung“ ihren Alltag verändert hat.

Frau Köhl ist Hausmutter in einer Hausgemeinschaft. Sie hat ihre Rolle von jeher so verstanden, dass sie den Bewohnerinnen und Bewohnern nicht einfach anschaffen kann, was sie zu tun oder zu lassen haben. Ihr ist klar, dass das Leben in einer Hausgemeinschaft Regeln und Kompromisse erfordert, aber das gilt für beide Seiten. Entsprechend legt sie Wert auf die Meinungen der Bewohner und ist bereit zu Auseinandersetzungen. Vor vermehrten Auseinandersetzungen im Zuge neu erwachender Selbstbestimmungswünsche fürchtet sie sich nicht. Sie beobachtet eher das gegenteilige Phänomen, dass die meisten Bewohnerinnen und Bewohner sich ihrer Bedürfnisse, Wünsche und Gefühle kaum bewusst sind. Daher sieht sie es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, diese zum Vorschein zu bringen, und dazu muss sie den schwierigen Balanceakt zwischen Anbieten und Anstupfen bis hin zum direkten Auffordern einerseits und dem Gewährenlassen, Abwarten, Beobachten und Erspüren andererseits meistern.

Der Umgang mit der Wochenendgestaltung soll diese Gratwanderung verdeutlichen: Manche Bewohner haben keine eigenen Ideen zur Freizeitgestaltung und erhoffen sich ein möglichst lückenloses Programm durch die Hauseltern. Frau Köhl sieht sich aber nicht als Animateurin. Sie greift Vorschläge der Betreuten durchaus auf und bietet ihrerseits auch kleine Unternehmungen an, zum Beispiel Spaziergänge, gemeinsames Kochen oder Kuchenbacken, Gartenarbeiten oder Bastelaktionen – alles auf freiwilliger Basis.

Viele Bewohnerinnen und Bewohner reagieren voller Abwehr in erster Linie, weil sie es sich nicht zutrauen. Frau Köhl ermutigt sie, ihre Angst vor Ungeschicklichkeit und Versagen zu überwinden. Ihr ist wichtig, dass Aktion und Kreativität letztlich aus eigenem Antrieb erfolgen: „Es ist auch Langeweile möglich. Diese Passivität bietet

außerhalb der Arbeit nach Alkoholenuss oder -missbrauch negativ auffällig, wird mit ihm darüber geredet, und es werden Konsequenzen gezogen. Wie diese konkret aussehen, wird jeweils sehr individuell entschieden und hängt von der gegebenen Situation und dem betroffenen Menschen ab. Im Wiederholungsfall wird beispielsweise ein Besuch bei der Drogenberatung gemacht, sodass gegebenenfalls auch eine Drogentherapie eingeleitet werden kann.

In dieser Zeit entwickelte sich bei uns die Grundhaltung, bei Anfragen, Wünschen oder Forderungen zu fragen: Was kann schlimmstenfalls passieren? Diese Frage mussten wir im Alltag immer wieder beantworten. Es zeigte sich einerseits, dass die befürchteten Folgen meist gar nicht eintraten. Wenn andererseits das schlimmstenfalls Befürchtete aber eintrat, war es oft gar nicht so schlimm. Und was heißt schon schlimm? Ist es schlimm, wenn ein Mensch mit Behinderung, für dessen Wohlergehen ich einen Teil an Verantwortung trage, sich anders kleidet, als es mir gefällt, sein Zimmer anders schmückt oder am Ende eine Frisur trägt, die ich unmöglich finde? Oder ist es wirklich schlimm, wenn ein Bewohner sich bei einer Feier betrunken hat, die entsprechenden Nachwirkungen kennen lernt und in dem geschützten Rahmen der Einrichtung die Möglichkeit hat, daraus zu lernen?

Für die Betreuerinnen und Betreuer ist es natürlich immer wieder eine Herausforderung, es zulassen und aushalten zu können, dass die von ihnen betreuten Menschen eigene Haltungen haben und eigene Lebensentwürfe verwirklichen wollen und zu erkennen, dass es darauf ankommt, sie genau hierin zu unterstützen.

Organisierte Mitsprache

Ein weiterer wichtiger Schritt zu mehr Selbstbestimmung war die erste Wahl des Heimbeirates. Dieser vertritt die Anliegen und Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner von SOS-Hof Bockum. Dazu gehören unter anderem die Beteiligung an konzeptionellen Neu- und Weiterentwicklungen, an der Planung von baulichen Maßnahmen, die den Bewohnerinnen und Bewohnern direkt dienen sollen, an einer eventuell notwendigen Konfliktklärung sowie die Vertretung der Bewohner in der Landesarbeitsgemeinschaft „Behindertenvertretungen“. Obwohl sie die Notwendigkeit eines Heimbeirates aufgrund rechtlicher Vorgaben sahen, waren Unsicherheit und Skepsis bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern doch groß. Es mutete sie fremd an, dass sie auftragsgemäß die Interessen der betreuten Menschen vertreten und sie unterstützen sollten, diese nun aber ihre Interessen selbst vertreten wollten.

Der erste Heimbeirat bestand aus drei Bewohnern, einer Frau und zwei Männern, sowie drei Personen, die im Umfeld der Einrichtung lebten. Die externen Mitglieder waren Personen, die aufgrund verschiedener Kontakte die Einrichtung kannten und sich auf Anfrage des Leiters zu einer ehrenamtlichen Mitarbeit im Heimbeirat bereit erklärten. Alle Mitglieder des Heimbeirates wurden von den Bewohnerinnen und Bewohnern in geheimer Wahl und für eine Amtsperiode von zwei Jahren gewählt.

Im Laufe der Zeit wurden die externen Personen nur noch beratend einbezogen. Außerdem wurden sie vom Heimbeirat selbst ausgesucht und punktuell um Unterstützung gebeten.

Im Jahr 2000 wurde der Heimbeirat wieder neu gewählt und erstmals auch ein Werkstattatrat. Dieser vertritt die Belange und Interessen der Beschäftigten der Werkstatt für behinderte Menschen (WfB); er hat ähnliche Aufgaben wie der Heimbeirat, ist aber speziell für die WfB zuständig. Der Werkstattatrat ist unter anderem beteiligt an der Gestaltung und Entwicklung der Werkstattverträge, der Werkstattordnung und des Lohnsystems. Die Beiratsmitglieder wünschten sich, an einer Fortbildung für Heimbeiräte beziehungsweise Werkstattatrate teilnehmen zu können. Auch das war wieder eine Herausforderung, die Umdenken nötig machte: Betreute Bewohnerinnen und Bewohner wollten in einem Tagungshaus an einer Bildungsveranstaltung teilnehmen, um sich bezüglich rechtlicher Fragen, ihrer Aufgaben und Rechte zu informieren!? – Natürlich haben sie teilgenommen! Voller Stolz und Selbstbewusstsein kamen sie zurück und erzählten den anderen, was sie gemacht und gelernt hatten.

Anspruch auf lebenslange Bildung und Förderung

Die Arbeit mit Förderplänen hat sich seit Beginn der Neunzigerjahre eher zögerlich, in den letzten Jahren aber immer schneller entwickelt und verbreitet. Im Zuge dieser Entwicklung wurden die Betroffenen nach und nach aktiv an der Arbeit beteiligt. Heute ist die individuelle Förderplanung als Standard zu bezeichnen und wird unter anderem auch im neuen Heimgesetz vorgeschrieben. Trotzdem gibt es (noch) viele Einrichtungen, die diesen Standard nicht erfüllen.

1997 begannen wir mit individuellen Förderplänen zu arbeiten. Seitdem findet etwa zweimal jährlich für jeden ein Förderplangespräch statt, in welchem die individuellen Förderziele benannt werden und festgelegt wird, wer daraus folgende Förderaufträge übernimmt. Diese Gespräche bieten zugleich den betreuten Bewohnerinnen und Bewohnern die Möglichkeit, ihren individuellen Bedarf und ihre Wünsche offiziell zu benennen und von den Betreuerinnen und Betreuern Rückmeldung über die Arbeitsleistung und ihre persönlichen Fortschritte und Entwicklungen zu bekommen.

Anfänglich nahmen die betreuten Bewohner nur vereinzelt an den Förderplangesprächen teil. Recht schnell sprach sich jedoch herum, dass diese Bewohner die Gespräche als sehr ergiebig und klärend einschätzten, weil sie ihre Anliegen konkret und individuell besprechen konnten. Im Laufe der Zeit nahmen mehr und mehr Personen an diesen Gesprächen teil. Heute verzichten die Betroffenen nur in Ausnahmefällen, oder wenn sie es aus persönlichen Gründen einmal nicht wünschen. Die Einführung der Förderpläne war für viele Mitarbeiter besonders schwierig zu bewältigen. Sie stellte die bisherige Haltung, für die Betreuten zu denken und zu planen, am deutlichsten infrage. Stattdessen musste die Haltung entwickelt werden, mit ihnen zu denken und zu planen.

Immer wieder gab es Äußerungen wie: Der oder die versteht das doch sowieso nicht beziehungsweise kann nichts damit anfangen.

Im Förderplan werden jeweils für etwa ein halbes Jahr die vereinbarten individuellen Förderziele festgeschrieben. Und es wird verbindlich festgelegt, wer mit den Betroffenen daran arbeitet, diese Ziele zu erreichen. Nach dem vereinbarten Zeitraum wird gemeinsam eingeschätzt, ob die Ziele erreicht worden sind und inwieweit sie fortgeschrieben werden sollen. Durch das Förderplangespräch erhalten die Betroffenen Rückmeldung zu ihrer Situation und ihrer Entwicklung. Dieses Vorgehen schafft Verbindlichkeit für alle und ermöglicht den beteiligten Betreuerinnen und Betreuern eine Erfolgskontrolle. Gegenüber dem Kostenträger stellt der Förderplan eine qualifizierte Dokumentation der erbrachten Leistungen dar.

Sich vernetzen und sich wehren

„WWW.WIN – Wir Wollen’s Wissen. Wissen und Information im Netzwerk“ heißt ein Projekt für Menschen mit Lernschwierigkeiten (1) (2), das die Europäische Union von Dezember 1999 bis November 2000 förderte. Beteiligt waren Organisationen aus Österreich, Italien/Südtirol, England und Deutschland. Bei diesem Projekt haben sich Experten und ihre Assistenten aus Einrichtungen verschiedener Länder getroffen, um sich über die Situation von Menschen mit Lernschwierigkeiten auszutauschen. Ein Ziel war es, Informationen zugänglich und verständlich zu machen, zu hören, wie andere es schaffen, selbstbestimmter zu leben, und darüber zu informieren, welche Möglichkeiten zur Verfügung stehen, sich gegen Diskriminierung zu wehren. Ein weiteres Ziel war, sich als Expertinnen und Experten in eigener Sache zu verstehen und als solche in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Zudem ging es darum aufzuzeigen, wie sie sich selber professionell organisieren, vernetzen und vertreten können.

Wir erhielten eine Einladung seitens der österreichischen Organisation zur Teilnahme an dem Projekt. Das Projekt verlief in mehreren Phasen, verteilt über das ganze Jahr 2000. Gearbeitet wurde in den jeweiligen nationalen Gruppen, und es gab zwei internationale Treffen. Die Teilnehmer von SOS-Hof Bockum – eine betreute Frau und ein betreuter Mann – sowie ein weiterer Mann, der durch die Lebenshilfe Lüneburg betreut wird und von Hof Bockum zur Beteiligung an dem Projekt eingeladen worden war, führten regelmäßig Informationsveranstaltungen für alle anderen Betreuten durch. Sie nahmen an einer Studienfahrt nach London und an einem Arbeitstreffen in Graz teil. Zur persönlichen Unterstützung hatte die Frau eine Assistentin, die Männer eine Assistentin beziehungsweise einen Assistenten dabei. Bei den Projektteilnehmern machte sich schon bald eine spürbare Begeisterung breit. Sie genossen es sichtlich, in Arbeitsgruppen an Themen wie Menschenrechte, Grundgesetz, Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen zu arbeiten, obwohl diese theoretische Auseinandersetzung immer sehr anstrengend für sie war. Die beteiligten Assistenten ließen sich von dieser Begeisterung anstecken.

die Chance, dass man in kleinen Schritten wieder zur Aktivität kommt.“

Frau Köhl ist der fachliche Austausch schon immer wichtig. Im Kreis der Bockumer Kolleginnen und Kollegen diskutiert sie über das EU-Projekt und reflektiert über ihre Arbeit und über ihre Reaktionsweisen: „Bin ich auf der richtigen Schiene? Oder verkrampf ich mich in ein Verhaltensmuster, weil ich meine, Menschenkind, der muss doch mal mehr aus sich herauskommen, [...] und ich seh gar nicht, dass eben diese kleinen Willensäußerungen schon da sind ...“ Gerne tauscht sie sich aus mit Kolleginnen, die sich gerade in pädagogischen Berufen weiterqualifizieren und sich daher mit neuen Entwicklungen in der Behindertenpädagogik befassen.

Frau Köhl ist der Meinung, dass hier in Hof Bockum schon viel Selbstbestimmung praktiziert wird, zum Beispiel indem man die Bewohnerinnen und Bewohner an den halbjährlich stattfindenden Förderplangesprächen beteiligt. Das sei in anderen Einrichtungen nicht üblich. Die Selbstbestimmungstagung in Hof Bockum hat sie als große Bereicherung erlebt. Die Veränderungen, die sich bei den Bewohnern seitdem vollziehen, seien zwar nicht spektakulär, aber sie spüre, wie das Thema in vielen arbeite und wie sie in ihrem Verhalten Schritte in Richtung Selbstständigkeit und Entscheidungsfähigkeit tun.

Betreuung pur ist die Aufgabe von Frau Deckert. Sie kümmert sich um die acht Bewohnerinnen und Bewohner des Wohngruppenhauses von Hof Bockum. Auch Frau Deckert kennt die Unsicherheit vieler ihrer Betreuten, wenn es um Wahlmöglichkeiten und Entscheidungen geht, obwohl sie es mit Leuten zu tun hat, die in ihrer Ver selbstständigkeit und Entscheidungsfreiheit in alltäglichen Dingen schon einen Schritt weiter sind: Sie leben nur noch zu zweit, wirtschaften im Haushalt selbst, haben – im Gegensatz zu den Hausgemeinschaftsbewohnern – eigene Fernseher, können essen, was, wann und wo sie wollen.

Dass Frau Deckert es mit relativ viel praktizierter, aber manchmal noch nicht voll ausgereifter Selbstständigkeit und Selbstbestimmung bei ihren Bewohnern zu tun hat, ist vielleicht der Grund für ihre eher skeptische Haltung: „Selbstbestimmung – wunderbar! Aber das hat ganz viel mit Verantwortung zu tun, [...] und es gibt eben Fälle, wo jemand das nicht im Blick hat.“ Die Selbstbestimmung endet ihrer Meinung nach ohnehin da, wo jemand das Wohlergehen anderer beeinträchtigt oder sich selbst in ernsthafte Schwierigkeiten bringt, zum Beispiel beim Umgang mit Geld, dem viele Bewohnerinnen und Bewohner nicht gewachsen sind. „Überschuldung, das ist ganz klar: Da geh ich nicht mit.“ Einmal hat Frau Deckert eine Warensendung zurückgeschickt, weil der Bewohner die Finanzierung nicht gewährleisten konnte. Bei der nächsten Bestellung klappte es dann. Was Frau Deckert nicht gefällt, ist die Bezeichnung „Assistentin“ für ihr Verhältnis zu den Bewohnern, sie klingt ihr zu sehr nach Dienstleistung: „Ich krieg einen Auftrag, und den führ ich dann so aus. Das ist mir zu wenig.“

Frau Deckert sagt, bei der Selbstbestimmungstagung sei ihr noch mal bewusst geworden, dass ihre eigene Einstel-

Die Zusammenarbeit im Projekt machte ihnen großen Spaß, und sie schöpften daraus viel Motivation für ihre alltägliche Arbeit. Sie entwickelten viele Ideen für das Projekt, und es entstanden intensive persönliche Beziehungen und ein sehr gutes Gruppengefühl.

Diesen Schwung konnten die Beteiligten gut vermitteln. Bei den Nichtbeteiligten rief das unterschiedliche Reaktionen hervor, die von wachsender Neugier bis zu kritischer Skepsis reichten. Die Skepsis wurde vor allem damit begründet, dass diese Arbeit nicht der Realität entspreche, dass die „Experten“ solche Leistungen nur mit intensiver Hilfestellung bewältigen könnten beziehungsweise das Engagement nur durch ständige Anstöße von außen aufrechterhalten werden könne.

Sich zeigen und mitreden

Im Herbst 2001 fand in SOS-Hof Bockum die Tagung „Wir sind die ExpertInnen! Selbstbestimmung für Menschen mit Lernschwierigkeiten“ statt. (5) Diese Tagung wurde für und mit Menschen mit Behinderung geplant, vorbereitet und durchgeführt. Natürlich war die aktive Beteiligung bei der Planung und Vorbereitung seitens der Experten begrenzt. Trotzdem waren sie an vielen Stellen mit einbezogen, konnten ihre Meinung zu den einzelnen Planungsteilen und ihre Wünsche oder Sichtweise benennen. Diese fanden Gehör und Berücksichtigung. An der Tagung nahmen etwa sechzig Menschen teil, die angestrebte Mischung von „Experten“ und „Assistenten“ konnte erreicht werden. Über zwei Tage wurde in kleinen Arbeitsgruppen und im Plenum gearbeitet, Referate gehalten und diskutiert. Auf der Tagung wurde nachgedacht über das Thema „Selbstbestimmt leben“, was alles zu einem solchen gehört und was das für jeden einzelnen konkret bedeuten kann. Viel Zeit wurde verwendet, um über Erfahrungen aus unterschiedlichen Institutionen und über das EU-Projekt zu sprechen. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren erfreut über die gute Arbeitsatmosphäre und die konstruktive Zusammenarbeit. Von vielen Experten war zu hören, dass sie es gut fanden, dass in dieser Konstellation mit Zeit und großer Bereitschaft aller gemeinsam über ihre Anliegen gesprochen werden konnte.

Eine Woche nach der Tagung wurde von elf Bewohnerinnen und Bewohnern eine Selbsthilfegruppe gegründet. Diese trifft sich regelmäßig und hat Kontakt zu entsprechenden Gruppen in Lüneburg und Hamburg. Eine Mitarbeiterin, die auch schon im EU-Projekt als Assistentin tätig war, steht dieser Gruppe so lange und so weit, wie sie es wünscht, unterstützend zur Verfügung.

Selbstbestimmt leben in einer „beschützenden“ Einrichtung?

Rückblickend wird deutlich, dass wir die Beteiligung und Mitbestimmung der Menschen mit Behinderung in den zurückliegenden Jahren erst Schritt für Schritt üben mussten. Dieser Prozess ist auch heute noch lange nicht zu Ende. Mitwirkung und Mitbestimmung sind insbesondere dort schwer zu verwirklichen, wo viele unterschied-

liche Menschen unter einem Dach zusammenleben. Es bedarf vieler Gespräche, um die individuellen Bedürfnisse und Wünsche auszutauschen und – zumindest teilweise – zu erfüllen. Es bedarf vieler Regeln, damit jeder zu seinem Recht kommt. Gleichzeitig bringen Regeln aber Beschränkungen mit sich, die ihrerseits Selbstbestimmungsmöglichkeiten begrenzen. Selbstbestimmung hört da auf, wo sie andere einschränkt.

Selbstbestimmung in Gruppen und Institutionen ist mühsam. Für die Betreuerinnen und Betreuer ist es oft einfacher, im Alltag vieles stellvertretend für alle zu regeln und zu entscheiden. Sie sparen sich damit zum Teil langwierige und anstrengende Diskussionen. Immer wieder machen wir die Erfahrung, dass die in der Regel fürsorglich gemeinte (Fremd)bestimmung durch die Betreuer die Betreuten der Chance beraubt, durch mühsames Ringen um Entscheidungen im Einzelfall ihre ureigenen Bedürfnisse zur Sprache zu bringen und für sie geeignete Lösungen herbeizuführen. Andererseits findet sich seitens der betroffenen Personen immer wieder die Haltung: Es ist ganz gut und viel einfacher, wenn andere für mich entscheiden. Diese etwas bequeme Einstellung begegnet uns häufig bei Menschen mit Behinderung, die es von Kindheit an gewohnt sind, besonders fürsorglich behandelt und behütet zu werden. Sie entspringt aber auch einem legitimen Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit, dem bei aller Förderung der Selbstbestimmung auch entsprochen werden muss.

Der Anspruch auf Mitbestimmung oder Selbstbestimmung wird noch von einer anderen Größe wesentlich beeinflusst, nämlich von der Verantwortung. Viele Entscheidungen muss der Einzelne in Verantwortung für die eigene Person treffen: Das, was ich heute entscheide, hat möglicherweise Wirkung für lange Zeit. Daher möchte ich eine gute Entscheidung treffen in Verantwortung für mich und für meine Zukunft. Entscheide ich als Einzelner in einer Gruppe etwas für mich, so hat es möglicherweise Einfluss auf die ganze Gruppe. Dies bedeutet Verantwortung für andere, die ich bei meiner Entscheidung berücksichtigen muss. Die Betreuerinnen und Betreuer haben kraft ihres Auftrages Verantwortung für die Menschen, für die sie zuständig sind, und deren Wohlergehen übernommen. Sie haben immer wieder Entscheidungen für Einzelne oder die gesamte Gruppe zu treffen und stehen in der Pflicht, diese dann sowohl gegenüber den betreffenden Personen als auch gegenüber Dritten, zum Beispiel Vorgesetzten, Trägern, Eltern, Kostenträgern, verantwortlich zu müssen.

Was also ist Selbstbestimmung, und was heißt selbstbestimmt leben in einer sozialen Einrichtung? Selbstbestimmung ist ein Wert, dem man sich letztlich nur nähern kann. Kein Mensch ist in der Lage, in aller Konsequenz für sich selbst zu bestimmen. Innere und äußere Faktoren, die erworben oder gegeben sind, begrenzen dies. Selbstbestimmung ist auch nicht statisch, sondern muss immer wieder von neuem definiert werden. Jeder muss für sich selbst den individuell möglichen Grad an Selbstbestimmung finden und weiterentwickeln. Er ist abhängig von der jeweiligen Lebenssituation und den persönlichen Lebenserfahrungen. Das Maß an Selbstbestimmung kann nur durch einen dialogischen Prozess und in

Abhängigkeit von den Mitmenschen und dem sozialen Umfeld, in dem jemand lebt, entwickelt werden.

Neben den Rahmenbedingungen bestimmen Lebenserfahrung und Selbstbewusstsein den individuellen Grad an Selbstbestimmung. Vorausgesetzt, dass ein individuell hohes Maß an Selbstbestimmung eine wichtige Zielsetzung der Arbeit in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung ist, erfordert das,

- sachliche, personelle und strukturelle Gegebenheiten bereitzustellen, die dies ermöglichen und fördern,
- eine Konzeption zu erarbeiten, welche diese Zielsetzung benennt und Wege zur Umsetzung enthält,
- die Fähigkeit und Bereitschaft der Betreuerinnen und Betreuer, individuelle Entwicklung zu fördern und flexibel auf Veränderungen und Entwicklungsbedürfnisse zu reagieren.

Aufgabe der Betreuerinnen und Betreuer ist es, mit der einzelnen Person den jeweils möglichen Grad an Selbstbestimmung im Miteinander auszuhandeln und zu vereinbaren, welche weitere Förderung möglich ist. Dies ist regelmäßig zu überprüfen und fortzuschreiben. Der Alltag bietet unzählige Gelegenheiten, Beteiligung, Mitwirkung und Mitbestimmung zu ermöglichen und zu fördern, sowie Selbstbestimmung in kleinen Schritten zu üben und daran zu wachsen. Die aktive Arbeit richtet sich einerseits darauf, Selbstbewusstsein zu fördern und dadurch Beteiligung und Mitwirkung zu ermöglichen, und andererseits darauf, durch erfolgreiche Mitwirkung und Beteiligung das Selbstbewusstsein zu stärken.

Betreuerinnen und Betreuer stehen heute in der Pflicht, den Menschen, die sie betreuen, persönliches Wachstum, Lernen und Bildung zu ermöglichen. Tun sie das erfolgreich, wächst das Selbstbewusstsein, und die Möglichkeit auf Selbstbestimmung der Betreuten nimmt zu. Der pädagogische Unterstützungsauftrag tritt in den Hintergrund, und sie finden sich als Dienstleister ihrer Betreuten wieder, die ihnen quasi als Kunden und Auftraggeber begegnen. Das kann bedeuten, dass die Personen, die ihrem Verständnis nach vormals als Betreuer tätig waren, nun zu Assistenten werden, die möglicherweise nur noch eine rein stützende Funktion haben. Bezüglich dieser Gegensätze besteht konzeptioneller Handlungsbedarf. Sonst besteht die Gefahr, dass Mitarbeiter in den Einrichtungen, die Selbstbestimmung und Mitbestimmung verwirklichen wollen, in Rollenkonflikte geraten und Entwicklungspfade, die sie eigentlich gutheißen, nicht weiter mitgehen können. Die wichtigste Anforderung ist die Bereitschaft, nicht für die Klienten zu arbeiten, sondern mit ihnen, und das heißt, sich auf einen intensiven Dialog einzulassen. Wie dieser Dialog gestaltet wird und wie gut er gelingt – darin besteht unserer Ansicht nach ein wesentliches Qualitätskriterium in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung.

lung, zum Beispiel zum Thema „Fernsehkonzum“, nicht maßgeblich sei für die Entscheidung der Bewohner. Als ihre Aufgabe sieht Frau Deckert es eher an – um beim Thema „Fernsehen“ zu bleiben –, alternative Freizeitangebote zu machen, um die Bandbreite der Freizeitgestaltung zu erweitern. Aber letztlich gilt für sie die Entscheidung der Bewohnerinnen und Bewohner: „Wenn die Leute in ihrer Freizeit wirklich nur die Möglichkeit für sich sehen, fernzusehen, dann machen die das auch. [...] Ein Thema, wo ich von meinen Vorstellungen Abstriche machen muss.“

Sie berichtet von einer Entscheidungsfindung, die sie mit einer Bewohnerin in einem dialogischen Prozess entwickelt hat. Die Bewohnerin wollte einen Freund besuchen, der ein gutes Stück entfernt wohnte, und war auch eingeladen, dort zu übernachten. Im Gespräch darüber stellte sich erst allmählich heraus, dass sie gar nicht sicher war, ob sie wirklich dort übernachten wollte. Im Verlauf der Entscheidungsfindung konnte Frau Deckert ihr die Verantwortung überlassen. Die Bewohnerin sollte selbst entscheiden. Frau Deckert gab ihr aber Möglichkeiten an die Hand, damit sie die Verantwortung für sich auch wirklich übernehmen konnte. Sie gab ihr einen Fahrplan mit, damit sie eventuell doch schon am selben Tag zurückfahren konnte, und sie vereinbarten ein Telefonat an dem betreffenden Abend. Frau Deckert räumte allerdings ein, dass ihr bei der Sache etwas bänglich zumute war. Ein Betreuer der alten Schule hätte in der Situation vielleicht einfach gesagt: Da fährst du mir nicht hin, basta!

Herr Vornewald ist Hausvater, und zugleich ist er Werkstattleiter der Käserei, in der komplexe Arbeitsvorgaben auf hohem fachlichem Niveau erfüllt werden müssen – das Arbeitsteam dort muss neben eventuellen Selbstbestimmungsansprüchen auch Arbeitsstandards erfüllen. Herr Vornewald beschreibt seine pädagogische Haltung im Spannungsfeld zwischen Verantwortung und Gelassenheit: „Ich bin nicht verantwortlich für die Entwicklung einer Bewohnerin und ob sie nun wirklich den nächsten Schritt schafft. Aber ich bin verantwortlich insofern, ihr Bedingungen zu schaffen und ihr entsprechend Hilfsmittel an die Hand zu geben, damit sie weitergehen kann, wobei ich sehr zurückhaltend bin mit Vorschlägen ...“ Auch ihm ist es wichtig, die Selbsterfahrung der Bewohner und der Mitarbeiter in der Käserei zu stärken, zum Beispiel ihr Bewusstsein über physische und psychische Befindlichkeit zu schärfen, um Erschöpfungszustände zu vermeiden. Im Umgang mit den Betreuten gelte es, ihnen genügend Zeit für Entwicklungsprozesse zu lassen, ohne dabei ihr Veränderungspotenzial aus den Augen zu verlieren. Diese Gefahr bestünde, da allzu viel Nähe durch den täglichen Umgang die Zementierung von Zuschreibungen begünstige.

Frau Wulf steht unter einem ähnlichen Anforderungsdruck wie Herr Vornewald. Sie leitet die Hauswirtschaftsgruppe, mit der sie jeden Tag um Punkt zwölf Uhr für zwanzig bis fünfundsiebzig Leute das Mittagessen auf den Tisch stellen muss. Frau Wulf hatte mit dem EU-Projekt bisher nichts zu tun, außer dass sie, wie sie sagt, schon immer versuche, ihre Leute so ernst zu nehmen, wie es geht, und daran zu arbeiten, dass sie so selbststän-



dig wie möglich sein können oder es werden: „Was könnt ihr alleine, wo braucht ihr Hilfe?“ Ich beziehe sie ein in die Arbeit, wir besprechen das jeden Morgen, dann können sie sich ihre Arbeit auch aussuchen, so weit das geht, auch wenn sie eigene Ideen haben.“ Auch Frau Wulf bemüht sich sehr darum, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihre Wünsche, Meinungen und Befindlichkeit zu entlocken, und sieht in der Bewusstwerdung und Verbalisierung dieser Dinge den ersten Schritt zur Selbstbestimmung. „Aber wenn Sie da ein Fünkchen Selbstbewusstsein zutage fördern, dann haben Sie mit dem Behinderten ja schon unheimlich viel geschafft!“

Was die Auswirkungen des EU-Projektes betrifft, hat Frau Wulf zumindest an den unmittelbar daran Beteiligten große Veränderungen festgestellt: einen Zuwachs an Selbstvertrauen, vor allem durch die neuen, wichtigen Aufgaben und die allgemeine Beachtung in der Einrichtung. Sie sagt allerdings, dass die Bewohner über die Inhalte der Selbstvertretungsarbeit bisher weder gesprochen noch entsprechende Ansprüche in die Hauswirtschaftsgruppe hineingetragen hätten.

Frau Köhl, Frau Deckert und Herr Vornewald sehen auch die Grenzen von Selbstbestimmung; in einer Gemeinschaft wie Hof Bockum, in der viele Menschen so eng zusammenleben, braucht es Regeln, die individuelle Wünsche allerdings auch einschränken können. Darin sieht Frau Deckert einen Grund, warum viele Bewohner gerne irgendwann die Einrichtung verlassen würden. Herr Vornewald sagt über das Modell der „Hausgemeinschaft“, hier sei Selbstbestimmung nicht in dem Maße möglich, dass das Leben dort von jedem Bewohner als tolle Situation empfunden werde.

Folgendes Phänomen kennen alle interviewten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie vermitteln einem Bewohner bestimmte Kenntnisse, von denen er beim letzten Förderplangespräch gesagt hat: Das will ich lernen! Er findet dann aber immer wieder Ausreden, es doch nicht lernen zu müssen; oder er lässt es sich beispielsweise beibringen, Kartoffeln zu kochen, wendet das neu erworbene Wissen aber nicht an, sondern schmiert sich wieder sein Butterbrot. Es gehört zur Selbstbestimmungsidee dazu, diese Entscheidung beim Betreuten zu lassen, ohne ihm Vorwürfe zu machen oder sich persönlich gekränkt zu fühlen. Frau Wulf sagt in diesem Zusammenhang: „Ich lass viel auf mich zukommen, ich fühl mich jetzt nicht angegriffen. Früher gings mir so: Jetzt hab ich das nicht hingekriegt. Aber jetzt merk ich, wenn mein Gegenüber das nicht will oder nicht richtig will, gut, dann warten wir das ab. Ich mach mir da keinen Druck mehr.“

Anhand der Interviews, Gespräche und Beobachtungen, die ich während meines Aufenthaltes in Hof Bockum geführt beziehungsweise gemacht habe, ist mir sehr klar geworden, dass Selbstbestimmung vor allem in den vielen Kleinigkeiten des Alltages erkennbar wird. Auch wenn das Konzept von Hof Bockum viel Raum für Selbstbestimmung lässt – Begeisterung und Skepsis existieren nebeneinander, wenn sich eine Einrichtung aufmacht, in eine selbstbestimmte Zukunft zu gehen.

(Die Interviews wurden geführt von Kathrin Taube.)

*Petra Liepold, 32 Jahre,
baut Pumpenteile für
Großküchengeräte zusammen*



SOS-Hof Bockum ist eine Einrichtung zur beruflichen und sozialen Integration von erwachsenen Menschen mit geistiger Behinderung.

Es werden Erwachsene mit einer wesentlichen geistigen Behinderung (gemäß § 59 BSHG) aufgenommen, die eine stationäre oder ambulante Betreuung und besondere Berufsbildungs- und Arbeitsangebote benötigen. Dies sind Menschen mit geistiger Behinderung, die voraussichtlich längerfristigen Hilfebedarf haben, und Menschen mit Lernbehinderungen.

SOS-Hof Bockum bietet differenzierte Wohnformen, sodass die Betreuten so weit wie möglich entsprechend ihrer Kompetenzen und Wünsche wohnen können. Es gibt sechs Hausgemeinschaften, ein Wohngruppenhaus sowie weitere Wohnbetreuungsformen, die sich zum Teil im Umfeld der Einrichtung befinden.

Die Einrichtung ist als Werkstatt für behinderte Menschen (WfB) anerkannt und bietet Arbeitsplätze für derzeit sechzig Personen an.

Durch aufeinander abgestimmte Hilfs-, Unterstützungs- und Fördermaßnahmen werden gezielt und individuell Selbstständigkeit, Lebenszufriedenheit, soziale Kompetenz und berufliche Integration gefördert.

Wohnen ...

Nach der Aufnahme leben die Betreuten in der Regel in einer Hausgemeinschaft mit familienähnlicher Struktur. Jeweils sechs Betreute wohnen mit den so genannten Hauseltern und deren Kindern zusammen.

Für selbstständigere Betreute gibt es Wohngruppen, die von Fachkräften, die nicht im Haus wohnen, betreut werden. Die Betreuten können weiterhin in der WfB von SOS-Hof Bockum arbeiten.

Betreute, die sich ohne regelmäßige Hilfe versorgen können, werden beim Umzug in eine eigene Wohnung unterstützt und können ambulante Betreuung im individuell notwendigen Umfang in Anspruch nehmen. Auch diese Personen können ihren Arbeitsplatz in der WfB behalten, sofern sie nicht auf einen Arbeitsplatz in der Umgebung wechseln.

... und Arbeiten

SOS-Hof Bockum ist als Werkstatt für behinderte Menschen anerkannt. Das Angebot beinhaltet den Berufsbildungsbereich, den Arbeitsbereich und gegebenenfalls die Möglichkeit einer Berufsausbildung.

Alle Betreuten erhalten einen Arbeitsvertrag, den so genannten Werkstattvertrag, und befinden sich dadurch in einem arbeitnehmerähnlichen Verhältnis. Sie erhalten Lohn für ihre Arbeit und sind umfassend sozialversichert.

Nach Möglichkeit erhält jeder einen Arbeitsplatz seiner Wahl – in der Gärtnerei, in der Landwirtschaft, in

der Käserei, in der Landschaftspflege, in der Tischlerei oder in der Hauswirtschaft. Die hochwertigen, ökologisch erzeugten Produkte decken einen Teil des Bedarfes der Einrichtung beziehungsweise werden im hofeigenen Laden oder in regionalen Naturkostläden verkauft. Von der Hauswirtschaft werden die Mitarbeiter und Betreuten, die nicht in SOS-Hof Bockum wohnen, regelmäßig mit Mittagessen versorgt. Dieser Bereich ist auch bei Veranstaltungen, Tagungen und Seminaren für das leibliche Wohl der Teilnehmer zuständig.

In den Arbeitsbereichen Gärtnerei, Tischlerei und Hauswirtschaft kann bei entsprechenden Voraussetzungen eine Berufsausbildung mit einem anerkannten Abschluss absolviert werden. Angeboten werden Vollausbildung oder eine sondergeregelt Ausbildung nach Paragraf 48 BBIG.

Zusätzlich wird allgemein bildender Unterricht beziehungsweise Fachunterricht in kleinen Gruppen angeboten. Die Auszubildenden erhalten gezielten Förderunterricht.

Anmerkungen

1

Bezeichnungen wie „geistig behinderte Menschen“ oder „Menschen mit Behinderung“ werden von Betroffenen, die sich in eigener Sache engagieren, als Diskriminierung empfunden. Stattdessen verwenden sie den Ausdruck „Menschen mit Lernschwierigkeiten“ oder „Menschen mit Lernschwäche“.

2

Anfang 2002 haben wir uns gemeinsam mit zehn anderen europäischen Organisationen für das Leonardo-da-Vinci-Pilotprojekt „Unbehinderter Zugang zu Mobilität“ beworben.

3

Die Tagung „Wir sind die ExpertInnen! Selbstbestimmung für Menschen mit Lernschwierigkeiten“ wurde von SOS-Hof Bockum, der Abteilung Pädagogische Einrichtungen des Fachbereiches Pädagogik im SOS-Kinderdorf e.V. und dem Sozialpädagogischen Institut im SOS-Kinderdorf e.V. (SPI) ausgerichtet. Eingeladen waren Betreute, Betreuerinnen und Betreuer für erwachsene Menschen mit geistiger Behinderung aus regionalen und überregionalen Einrichtungen. Die Tagungsdokumentation kann über das SPI bezogen werden.

Manfred Schmidt, Jahrgang 1958, Abitur, Gärtnerlehre, fünf Jahre Hausvater in der SOS-Dorfgemeinschaft Hohenroth, seit 1986 Leiter von SOS-Hof Bockum.



Der Professionelle als Begleiter – eine neue Leitidee für Institutionen der Behindertenhilfe

Die Forderung nach Selbstbestimmung hat innerhalb der Behindertenhilfe für erhebliche Bewegung gesorgt. Sie rührt am Menschenbild, das Behinderung, insbesondere geistige Behinderung, als Defizit sieht, welches ausgeglichen wird durch Pädagogik und zum Teil entmündigende Zuwendung. Stellt einerseits die Leitidee der Selbstbestimmung diesen Zugang zu Menschen mit geistiger Behinderung infrage, so wird sie ihrerseits von Seiten einiger Fachleute problematisiert: Die Kritik an „fürsorglicher Belagerung“ dürfe nicht zu „wohlwollender Vernachlässigung“ führen, dies ginge auf Kosten der Solidarität und der Fürsorge für den Schwächeren, meint Weiß (2000), und spricht damit eines der Missverständnisse an, welche die Diskussion um Selbstbestimmung beherrschen, nämlich die Befürchtung, man werde die behinderten Menschen einfach sich selbst überlassen. Zwischen fürsorglichem Zwang und Vernachlässigung liegt jedoch ein weites Feld, auf dem die Leitidee der Selbstbestimmung auf differenzierte Weise zum Tragen kommen kann. Soziale Verantwortung ohne Bevormundung ist das Ziel. Die Idee der Selbstbestimmung wird nicht zu Personaleinsparungen führen, wird Betreuerinnen und Betreuer nicht entlasten und ihnen kein unbeschwertes Arbeitsleben beschere. Möglich ist allerdings, dass Überversorgung, und die gibt es sicher in der stationären Behindertenhilfe, umverteilt wird. Es wird anders werden, sehr viel schwieriger und komplexer. Und die herkömmlichen Einrichtungen werden sich mit der Paradoxie konfrontiert sehen, Individualität organisieren zu sollen.

Die Veränderungen, die mit dieser Leitidee verbunden sind, berühren nicht nur das Wie der Professionalität von Fachkräften, sie führen zwangsläufig auch zu der Frage, ob bisherige Organisationsformen und -strukturen stationärer Betreuung angemessen sind, um die Umsetzung der Leitidee solidarisch, fürsorglich und mit der dazugehörigen Fachlichkeit zu leisten. Die Konsequenzen, die sich aus dieser Zielsetzung ergeben, müssen stringent gedacht und entwickelt werden. Es gilt, ein der Leitidee angepasstes, differenziertes System zu entwickeln, welches dem Prinzip dieser Idee und gleichzeitig dem Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit und Unterstützung entspricht.

Der behinderte Mensch als Kunde?

Innerhalb der Behindertenhilfe hat sich der Status des behinderten Menschen stark verändert. Im Laufe nur weniger Jahrzehnte wandelte er sich vom Patienten zum Kunden: Er wurde zunächst als geduldig Leidender, als Kranker gesehen (der Patient), dann als Abhängiger, der keine Verantwortung für sich übernimmt (der Betreute); später wurde er zum Auftraggeber, der sich professionelle Hilfe für seine Probleme holt (der Klient), und schließlich zu jemandem, der Dienstleistungen auswählt und erwirbt (der Kunde). Doch kann man von Kunden sprechen, wenn es um die Begleitung Behinderter geht? Kann man von Kunden sprechen, wenn die Betroffenen an sich noch „unkundig“ sind, sich auf dem Markt der (Begleitungs)möglichkeiten nicht zurechtfinden, wenn ihnen die kritische Betrachtung ebenso fehlt wie die nötigen Vergleiche, um eine Wahl treffen zu können, wenn sie sich nur auf ihre eigenen Gefühle verlassen können, denen sie wiederum misstrauen, weil sie meinen, alle anderen wüssten und fühlten besser als sie? Und was stellt schließlich ein Kunde ohne Geld dar, welche Macht hat er?

Realistisch betrachtet hat dieser Kunde zurzeit keine Macht. Obwohl an dem behinderten Menschen viel Geld hängt in Form von Pflegesätzen, Fördermitteln des Bundes und der Länder beispielsweise, hat er nur geringen Einfluss auf deren Verwendung und damit keine Macht. Das kann sich ändern. Denn mit der Reform des Neunten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB IX) im Jahr 2001 werden „Selbstbestimmung und Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft“ zum programmatischen Ziel erklärt. Einrichtungen der Behindertenhilfe kommen gar nicht mehr umhin, Konzepte und Gütekriterien für Selbstbestimmung zu entwerfen und ihre Strukturen und ihre Kultur diesem Ziel anzupassen. „Im Gegensatz zur traditionellen Form der Sachleistung (der behinderte Mensch erhält eine Hilfe – zum Beispiel beim Wohnen – ‚in natura‘), wird beim Persönlichen Budget die Hilfe in Form einer Geldleistung erbracht. Der Empfänger erhält – entsprechend der Art und der Höhe seines individuellen Unterstützungsbedarfes – einen Geldbetrag, welcher ihn in die Lage versetzt, sich die benötigten Hilfen auf einem Dienstleistungsmarkt auszusuchen und einzukaufen.“

(Sack, in Druck) Damit wird der behinderte Mensch zum machtvollen Kunden, der mit seinen Entscheidungen letztlich elementaren Einfluss auf die Landschaft der Behindertenhilfe nehmen wird. Auf solche Anforderungen und die sich daraus ergebenden Problemlagen und Widersprüche müssen die Organisationen und Institutionen reagieren, wenn sie sich der Idee der Selbstbestimmung verpflichtet fühlen. Und diese Reaktionen müssen auf zwei Ebenen stattfinden, nämlich auf der Ebene der professionellen Praxis im Umgang mit behinderten Menschen sowie – als Konsequenz daraus – auf der Ebene der Organisationsformen und -strukturen, welche die Behindertenhilfe verwalten.

In die Selbstbemächtigung begleiten

Die Leitidee der Selbstbestimmung beruht auf der Grundannahme, dass auch ein behinderter Mensch „Experte seiner selbst“ ist und nur er Entscheidungen darüber treffen kann, was er für sich zu erreichen wünscht. Will man Selbstbestimmung in der Behindertenhilfe umsetzen, erfordert dies eine angemessene professionelle Grundhaltung bei den Fachkräften sowie passende Methoden.

Aber passt ein Selbstbestimmungskonzept auch für Menschen, die psychisch krank sind, etwa aggressive oder autoaggressive Verhaltensweisen zeigen, zu Menschen mit Prader-Willi-Syndrom, die ihre Esssucht nicht kontrollieren können und sich ohne die einschränkenden Maßnahmen in ernsthafte Gefahr bringen? Und wie ist unter der Leitidee der Selbstbestimmung auf Menschen mit autistischer Behinderung zuzugehen? Die alleinige freundliche Aufforderung, etwas zu tun, würde bei ihnen ohne Wirkung bleiben. Brauchen diese Menschen Handlungsstrategien, die vordergründig nichts mit Selbstbestimmung zu tun haben? Muss der Kühlschrank abgeschlossen werden, um die Gefährdung auszuschließen, oder müssen Menschen unter Anwendung von Zwang zum Spaziergang überredet werden (aus Selbstzeugnissen von Menschen mit autistischer Behinderung ist bekannt, dass dies eine Notwendigkeit darstellt)? Trotz dieser Grenzfälle darf die Leitidee der Selbstbestimmung nicht infrage gestellt werden, wie auch freiheitseinschränkende Maßnahmen niemals als selbstverständlich genommen werden dürfen. Und schon gar nicht kann man sich aus der Verantwortung ziehen, wenn man den großen Anteil der Menschen mit geistiger Behinderung betrachtet, für die freiheitseinschränkende Maßnahmen nicht nötig sind. Von diesen soll im Folgenden die Rede sein.

„Empowerment“

Dieser Begriff bezeichnet eine Form fachlicher Arbeit, er ist am ehesten zu übersetzen mit „Selbstbemächtigung“. Es handelt sich dabei nicht um eine jener immer subtiler werdenden Methoden, mit denen Menschen mit Behinderungen doch noch geholfen werden soll, ein wenig so zu werden wie der gesellschaftliche Durchschnitt. In dem Empowermentkonzept geht es darum, „die Situation der Machtlosigkeit und den subjektiv empfundenen Verlust von Kontrolle über wesentliche Aspekte des individuellen und sozialen Lebens“ (Stark 1991) zu überwinden. Eine Reihe von Untersuchungen hat ergeben, dass die (Wieder)gewinnung von Kontrollbewusstsein und Kontrolle

über die eigenen Lebensumstände eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung psychischer Gesundheit darstellt. Der Fokus bei diesem Konzept liegt nicht länger auf den Defiziten von Personen und Umständen, sondern auf deren Ressourcen. Es geht darum, die Stärken der Menschen zu entdecken und zu fördern, um (wieder) handlungsfähig zu werden und die eigene Lebenssituation zu gestalten. Fördern wird hier nicht im Sinne des Lehrens und Lernens verstanden, wie es die Förderkonzepte vorsehen, also diagnostizierte Defizite zu kompensieren durch systematische Trainings, sondern im Sinne eines Zutageförderens vorhandener, bisher nicht gezeigter Fähigkeiten.

Empowerment bezeichnet eine bestimmte Grundhaltung, eine Einstellung des professionellen Helfers gegenüber seinem Klienten. Gekennzeichnet ist diese Haltung durch die generelle Auffassung, dass der (erwachsene) Mensch – auch derjenige mit einer geistigen Behinderung – Experte seiner selbst ist. Er kennt seine Bedürfnisse und Wünsche, er weiß um seine Grenzen und spürt seine Abhängigkeiten, er ist in der Lage, Art und Umfang von notwendigen Hilfen zur eigenen Lebensgestaltung selbst zu bestimmen. Empowerment heißt dementsprechend, den Klienten zu ermutigen und ihn dabei zu unterstützen, diese Bedürfnisse zu artikulieren und zu befriedigen, soweit sie nicht die Grenzen anderer Menschen verletzen.

Empowerment setzt also eine solidarische Haltung der Begleiterin beziehungsweise des Begleiters dem Menschen mit Behinderung gegenüber voraus. Und diese Haltung drückt sich wiederum in einem Verhalten aus, das einerseits den Menschen mit Behinderung in den Mittelpunkt des Bemühens rückt und andererseits durch bestimmte persönliche und fachliche Faktoren geprägt ist. Der entscheidende Faktor ist folgender: Wenn der Mensch mit Behinderung als Experte angesehen wird, müssen professionelle Helfer aus der Expertenrolle her austreten. Ihnen bleibt die Rolle des Begleiters, des Unterstützers. Bei allen Veränderungen werden Entwicklungsrichtung, Dynamik, Schnelligkeit, Rhythmus vom behinderten Menschen selbst bestimmt. Begleiterin oder Begleiter stützen behutsam, ohne zu dominieren oder eigene Vorstellungen und Werte in diesen Prozess mit einzubringen. Die Begleiter beraten nur dort, wo sie wirklich um Rat gefragt werden, es sei denn, die Übereinkunft zwischen behindertem Menschen und Begleiter über die Art der zu erbringenden Dienstleistung sieht etwas anderes vor. Behandlung, Förderung, Therapie kommen nur dann zum Einsatz, wenn sie zum Beispiel unter dem Aspekt von Erwachsenenbildung vom behinderten Menschen selbst eingefordert werden beziehungsweise wenn er ein (psycho)therapeutisches Setting bewusst aufsucht. Im Gegensatz zu fast allen anderen Aufgaben innerhalb des sozialen Bereiches zielt Begleiten nicht auf Veränderung der Person oder des Umfeldes von außen und bestimmt von anderen, sondern hat den alleinigen Zweck, den behinderten Menschen bei der von ihm ausgehenden Bewältigung seines Lebens zu unterstützen. Empowermentprozesse beziehen sich übrigens nicht nur auf die Unterstützung von Individuen, Empowerment bedeutet zum Beispiel auch, die Bildung von Selbsthilfegruppen zu unterstützen und diese Gruppen zu begleiten, etwa People-first-Gruppen oder Werkstattträte.

Empowerment bei Menschen mit einer geistigen Behinderung ist ein langwieriger und mit Geduld voranzutragender Prozess. Menschen, die es nicht gewohnt sind, sich zu artikulieren, die den Kontakt zu sich selbst, zu ihrem Körper, zu den Bedürfnissen und Wünschen oft nicht hergestellt oder ihn innerhalb der eigenen Entwicklung aufgrund übermächtiger äußerer Bedingungen verloren haben, werden sich nicht schnell zu emanzipierten, selbstbewussten Persönlichkeiten entwickeln können.

Wer sich zu Empowerment bekennt und die unterstützende Grundhaltung einnimmt, verlässt damit als professioneller Helfer seine gesicherte Position. Zum einen verlässt er bekannte methodische Wege und lässt sich auf eine Sache mit ungewissem Ausgang ein. Zum anderen wird er vom professionellen Gegenüber zum solidarischen Begleiter – und damit parteilicher und angreifbarer. Derjenige, der zum Beispiel einen Werkstatttratt begleitet, wird in schwierigen Situationen oft von seinen Kollegen als der angesehen, der Probleme hochkochen lässt und Ärger auslöst, anstatt für Ruhe zu sorgen. Besonders in emotional geladenen Situationen ist es für beteiligte Kollegen irritierend, dass es nicht Aufgabe eines Begleiters ist, Themen und Lösungen vorzugeben oder den Ablauf von Entscheidungsfindungen zu beeinflussen, sondern dass es darum geht, Menschen mit Behinderung darin zu bestärken, eigene Positionen zu vertreten.

Der Anspruch, innerhalb von Institutionen als Begleiter agieren zu wollen, zieht eine Vielzahl von Konflikten nach sich. Begleitung wird von manchen Professionellen als Frontwechsel verstanden. Wir Personal hier und die Behinderten da, das sind die traditionellen Machtstrukturen, die durch Empowermentkonzepte ins Wanken geraten. Zur Selbstbemächtigung begleiten passt nicht dazu und weckt Ängste bei den Fachkräften, weil Macht abgegeben werden muss. Selbstbestimmungs- beziehungsweise Empowermentkonzepte verlangen also nach einem neuen professionellen Selbstverständnis, das nicht nur dem oben beschriebenen Menschenbild verpflichtet ist, sondern sich auch der Auseinandersetzung mit eingefahrenen institutionellen Strukturen stellt.

Dialogisches Begleiten

Verantwortung kann nur übernommen werden, wenn diese auch deutlich übergeben wurde. Für körperbehinderte Menschen ist das leichter zu bewerkstelligen als für Menschen mit geistiger Behinderung. Für erstere gilt: Der Assistent ist der Gehilfe des Meisters. Was notwendig ist, wird von dem Assistenten erledigt, die Anweisungen erfolgen vom körperbehinderten Menschen. In dieser Eindeutigkeit wird das bei Menschen mit einer geistigen Behinderung selten geschehen können. Begleiten beinhaltet in diesem Kontext notgedrungen auch Selbstinitiative, das heißt, der Begleiter tut etwas oder regt etwas von sich aus an. Er handelt aber nicht an dem behinderten Menschen vorbei, sondern nur mit dessen Einverständnis und in dessen Sinn. Um dies leisten zu können, ist es notwendig, in einen Dialog zu treten, das heißt offen sein, Positionen und Einstellungen verdeutlichen, sich gegeneinander abgrenzen oder einen Konsens suchen. Herriger (1996) spricht in diesem Zusammenhang von einem Kompetenzdialog als Methode, Empowerment in die Praxis umzusetzen. Solche Dialoge sind

nicht nur sprachlich gebunden, der Austausch geschieht über alle Ausdrucksmöglichkeiten, wie Mimik oder Gestik, er kann schriftlich erfolgen, über ein gemaltes Bild, über konventionelle Gesten, wie zum Beispiel ein Geschenk machen. Und das, was der Kommunikationspartner an vielfältigen Reizen sendet, wird über alle Sinne aufgenommen. Das Wort oder der Laut wird gehört, seine Nuancen werden registriert und interpretiert, die Geste gesehen und bewertet, die Berührung gespürt, ihre gefühlsmäßige Entsprechung erfasst.

Dialogische Formen der Begleitung versuchen Abhängigkeitsverhältnisse so herrschaftsfrei wie möglich zu gestalten, sie sind wirkliche Begegnung und gehen über die Anwendung von Methoden weit hinaus. Methoden sind ein Vehikel, mit dem das eine oder andere Ziel schneller, angenehmer oder interessanter erreicht werden kann, sie sind jedoch kein Ersatz für wirkliche Begegnungen. Methoden, wie Verhaltensmodifikation oder traditionelle Formen der Pädagogik, die den Menschen zum Objekt machen, gehören überhaupt nicht in das Repertoire professioneller Helferinnen und Helfer, wenn sie sich an einem von der Idee der Selbstbestimmung geprägten Menschenbild orientieren (1). Petzold (1993, S. 457) schreibt: „Es gibt nicht die Wirklichkeit und es gibt nicht die richtige Methode, sondern es gibt das Bemühen, die komplexe Realität aus verschiedenen Perspektiven zu erfassen. Es gilt danach zu streben, Wirklichkeit miteinander kreativ zu gestalten und sich mit Phantasie und in der ernsthaften Ko-responzen dialogischer Prozesse sich darüber zu verständigen, auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln und Methoden man gemeinsam zu humanen Lebensformen finden kann – und diese sind vielfältig.“ Begleitung im dialogischen Sinne meint nicht einfach die Umkehrung von Machtverhältnissen, Begleitung heißt nicht, zu dienen. Alles Tun im dialogischen Begleiten ist geleitet davon, aufmerksam zu sein und erfahren zu wollen, was der Mensch mit Behinderung will, was er fühlt, denkt, wie er die Welt sieht. Der Begriff „einführendes Verstehen“, eines der wichtigen Konzepte aus der Gesprächspsychotherapie, beschreibt sehr gut, welche Leistung von einer Begleiterin oder einem Begleiter zu erbringen ist. Dialogisch begleiten heißt auch, zu forschen, danach zu suchen, was der Mensch mit Behinderung von seinem Begleiter erwartet, was er wünscht und welche Dienstleistung in Art und Umfang notwendig ist, um so selbstbestimmt wie möglich zu leben. Verantwortung kann auch von dem behinderten Menschen nur dann übernommen werden, wenn sie ihm deutlich übergeben wird.

Handlungs(spiel)räume

Dieses Forschen und Erforschen kann auch erfolgen, indem Wahlmöglichkeiten geschaffen werden, indem behinderten Menschen unterschiedliche Angebote gemacht und somit Entscheidungsmöglichkeiten eröffnet werden. Und es heißt, Optionen für Verhalten zu erweitern, und das geht bei Menschen mit einer geistigen Behinderung fast ausschließlich über das Tun. Zu Beginn eines solchen in der Regel fortlaufenden Prozesses werden von der Begleiterin oder dem Begleiter Angebote gemacht, Möglichkeiten aufgezeigt, Neugier geweckt. Sie animieren dazu, Neues auszuprobieren, jedoch immer so, dass dem Menschen mit Behinderung die Möglichkeit

bleibt, sich auch gegen Angebote zu entscheiden. Es ist eines der großen Missverständnisse, dass Begleitung vorrangig die Tätigkeit beinhaltet, Wahlmöglichkeiten zu schaffen. Dies ist nur ein Teil der Handlungsmöglichkeiten, die Begleiten umfasst. Allerdings ist dieser besonders am Anfang eines solchen Prozesses und bei stark eingeschränkten Kommunikationsmöglichkeiten ein sehr wichtiges Element.

Biografisches Verstehen

Das Forschen, das mit großer Beharrlichkeit betrieben werden muss, wenn Begleiterinnen und Begleiter nicht Gefahr laufen wollen, ganz andere Dienstleistungen zu erbringen, als sie von dem Menschen mit Behinderung erwartet werden, beinhaltet einen Bewusstwerdungsprozess im Hinblick auf die Biografie der behinderten Menschen. Biografisches Verstehen bedeutet, sich mit den Vorerfahrungen, mit der Herkunft eines Menschen auseinander zu setzen. Die Begegnung zwischen Begleiteten und Begleitern ist nicht nur geprägt durch das Hier und Jetzt, in ihr manifestieren sich auch Ängste und Kränkungen sowie Wünsche und Hoffnungen, die sich aus der Vorgeschichte der Betroffenen speisen. Niedecken (1989) beschreibt sehr eindrücklich die archaische Angst vor der Bedrohung durch die Gesellschaft, die Menschen mit einer Behinderung sehr früh entwickeln. Diese Angst treibt sie dazu, möglichst nicht aufzufallen, sich angepasst zu verhalten. Menschen, die von einer derartigen ihnen unbewussten Angst besetzt sind, werden große Schwierigkeiten haben, sich selbst und ihre Bedürfnisse wahrzunehmen. Ihre Wahrnehmung ist vornehmlich nach außen orientiert, auch dann noch, wenn innere Zustände heftig nach Veränderungen rufen.

Offenheit, Toleranz und Distanz

Der Dialog mit behinderten Menschen setzt bei Begleitern voraus, dass sie sich ihrer Haltung und ihrer Gefühle bewusst sind und offen damit umgehen. Begleiten im Sinne von Begleiten zur Selbstbestimmung erfordert Ehrlichkeit und Offenheit. Auch der behinderte Mensch hat ein Recht darauf zu erfahren, was seine Begleiterin oder sein Begleiter denkt, wie er oder sie eine Situation bewertet. Die eigenen Befindlichkeiten und Standpunkte zu verschweigen wäre unecht, und dieses würde auch von dem Menschen mit Behinderung als kränkend empfunden werden. Begleiten bedeutet nicht, dem anderen nach dem Mund zur reden, aber auch nicht, ihn zu dominieren – Begleiten erfordert Toleranz und Distanz.

Toleranz bezeichnet die Fähigkeit, andere Ansichten akzeptieren zu können, andere Lebensformen und Lebensentwürfe nicht abzuwerten, sondern zulassen zu können, dass andere Menschen mit einer anderen Biografie und anderen Voraussetzungen anders denken und anders handeln. Distanz zu halten zu dem zu Begleitenden bedeutet nicht, sich mit dessen Denken und Handeln zu identifizieren und sich für diesen Menschen und das, was er tut, verantwortlich zu fühlen, sich dessen vielleicht sogar zu schämen. Sie schützt davor, tätig zu werden, ohne dass dies verlangt oder erwartet wird. Distanz ist aber auch im wörtlichen Sinne zu verstehen, heißt räumlich Abstand halten und somit Raum geben. Das Nicht-respektieren persönlicher Grenzen gehört in das Men-

schensbild vom defizitären, defekten Behinderten, nicht in das, welches Grundlage eines Selbstbestimmungsansatzes ist. Wo sich die Distanz vergrößert, entsteht Raum, der vom anderen oder von beiden Beteiligten gemeinsam erkundet, gestaltet, beherrscht werden kann. Und mit dem vergrößerten Raum entstehen auch Grenzen. Der Mensch mit Behinderung kann sich als Individuum abgegrenzt vom anderen erleben.

Schließlich ist von Begleiterinnen und Begleitern auch Distanz zu sich selbst gefragt. Sie ermöglicht, das eigene berufliche Verhalten kritisch zu betrachten. Die Hilfe eines erfahrenen Supervisors bei der Arbeit, den Gefühlen und Verhaltensweisen nachzuspüren, die diese Distanz gefährden, die die Toleranz bedrohen, ist dabei fast unerlässlich.

Zeit

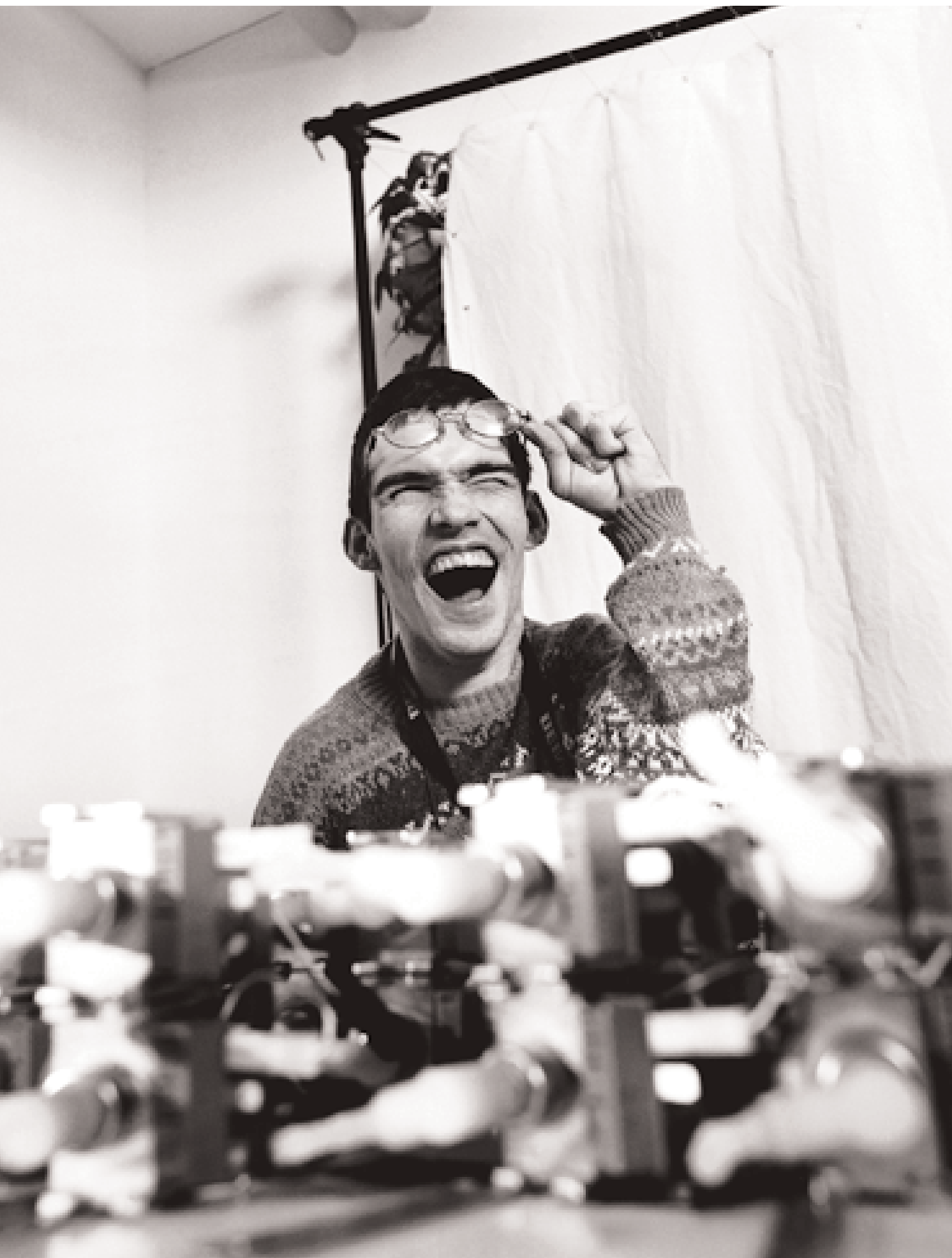
Begleiten braucht Zeit, braucht individuelle Zeit und die Möglichkeit und Fähigkeit, Zeit zu vergeuden. Zeit spielt in der Leistungsgesellschaft eine entscheidende Rolle, denn Leistung ist die in einer bestimmten Zeit erbrachte Arbeit. Dieselbe Arbeit in weniger Zeit ausgeführt, bedeutet höhere Leistung. Und da Leistung ein wesentliches Element unserer Gesellschaft ist, ist Zeit haben entweder etwas für Reiche und Alte, oder es bedeutet, aus dieser Gesellschaft herausgefallen zu sein. Der Dialog aber braucht Zeit, er ist zunächst ziellos und erfüllt oft den Zweck in sich selbst. Damit entzieht sich Begleiten den sonst üblichen Leistungsmerkmalen, auch denen in Pädagogik und Therapie. Ein Mensch mit Behinderung bemerkte auf einer Tagung zum Thema „Selbstbestimmung“, er habe Schwierigkeiten „mit dem öffentlichen Zeitgefühl“, das er offenbar als anders und unangenehm im Vergleich mit dem eigenen wahrnimmt.

Zur Ausgestaltung der Begleitung

Sind Haltung und Methode des Empowerments in jedem Fall anwendbar? Wie kann gewährleistet werden, dass sich im Alltag nicht doch Bevormundung einschleicht – gerade wenn der Betreuer von seiner beteiligungsorientierten Grundhaltung überzeugt ist? Zwischen dem behinderten Menschen und seiner Begleiterin oder seinem Begleiter muss es eine Auftragsklärung geben über Art und Umfang der zu erbringenden Dienstleistung, über die Art des unterstützenden Verhaltens des Begleiters und über Besonderheiten und Schwierigkeiten, beispielsweise Befürchtungen des Begleiters hinsichtlich gefährdenden Handelns des behinderten Menschen.

Kontrakt

Um letztendlich den Auftrag formulieren zu können, also zu einem Kontrakt zu kommen, bedarf es klarer Definitionen und kontrollierender Fragestellungen: Was genau ist meine Aufgabe als Begleiter? Unter welchen Bedingungen oder zu welcher Zeit habe ich diese zu erbringen? Woran kann man erkennen, dass der Auftrag erfolgreich oder befriedigend ausgeführt wurde? Zu welchem Zeitpunkt erfolgt die Überprüfung des Auftrages? Wie kann man den Auftrag in einer kurzen Formel positiv beschreiben? Solche Fragen gilt es zu beantworten, um eine Auf-



Richard Sedlmeir, 24 Jahre, baut Pumpenteile für Großküchengeräte zusammen

tragsklärung nachvollziehbar werden zu lassen. Diese Auftragsklärungen haben nicht nur dort einen Sinn, wo Handlungen, die ohne Auftragsklärung ausgeführt würden, einen groben Verstoß gegen die Ethik der Begleitung darstellen würden. Sie sind auch bei Routineaufgaben ein wichtiger Bestandteil von Begleiten. Der junge Mann mit starkem Bartwuchs ist nicht an jedem Morgen vor der Rasur zu fragen, ob er sie jetzt wünsche oder ob sie nötig sei. Es sollte jedoch zum Kontrakt gehören, sich in regelmäßigen, genau definierten Abständen den Auftrag „Rasieren“ bestätigen zu lassen. Es ist ja durchaus denkbar, dass der Betreffende die Entscheidung trifft, sich einen Bart wachsen zu lassen.

Mit dem zu Begleitenden können bei diesem Klärungsprozess die verschiedenen Möglichkeiten und deren Konsequenzen durchgesprochen werden. Im Sinne der Aufforderung von Petzold (1993), die Wirklichkeit kreativ miteinander zu gestalten, sollten Möglichkeiten des Zusammenwirkens fantasiert, besprochen und durchgespielt werden. Eine Entweder-oder-Haltung – entweder selbstbestimmt oder eben nicht – verstellt den Blick auf die Vielfältigkeiten des Umganges miteinander und führt allzu oft in Sackgassen. Gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, die einen Weg aus dem Dilemma „Hilfe ist nötig – Selbstbestimmung ist gewollt“ weisen, ist ein wesentlicher Teil einer solchen Auftragsklärung. Ob dies durch ein gemeinsames Brainstorming geschieht oder durch ein Rollenspiel, bei dem die erarbeiteten Alternativen erfahrbar gemacht werden, das wird von den zu Begleitenden abhängen und von der Kompetenz der Begleiter. In jedem Fall ist diese Auftragsaushandlung eine kreative Arbeit, die sehr viel Spaß machen kann, und damit ist gleichzeitig die Möglichkeit geboten, die Situation zwischen einem in spezifischer Weise gehandikapteten Menschen und einem Menschen, der diese Einschränkung nicht kennt, zu entdramatisieren.

Kontrolle der Dienstleistung „Begleiten“

Wenn auch Verantwortung – will man der Idee der Selbstbestimmung Rechnung tragen – nicht aus dem System Behinderter/Begleiter ausgelagert werden darf, so bedarf es dennoch einer Kontrolle von außen, um die Qualität der Dienstleistung und das Selbstbestimmungsprinzip zu sichern. Die notwendige Kontrolle kann durch Beobachtung und Befragung des Kunden erfolgen, um so die Güte der Dienstleistung, die eine Begleiterin oder ein Begleiter erbracht hat, zu erfassen. Darauf wird auch der Geldgeber unter der Prämisse des bereits erwähnten persönlichen Budgets nicht verzichten wollen und können.

Kontrolle von außen darf aber nicht nur über den behinderten Menschen hergestellt werden, sondern muss auch die zweite Person im System berücksichtigen. Eine gute Ausbildung, orientiert an den neuen Inhalten der zu leistenden Arbeit, Fortbildung und Supervision sichern ebenfalls die Qualität der Dienstleistung. Darüber hinaus sollten die professionellen Beziehungen nicht auf Dauer angelegt sein. Ein Wechsel der Begleiterin oder des Begleiters nach einigen Jahren sollte selbstverständlich sein, denn nur dadurch kann vermieden werden, dass die Einheit sich zu symbiotisch entwickelt, wie manche Familien das tun. Positiv gesehen bieten diese viel Sicherheit, gleichzeitig verlieren sie die Fähigkeit, sich mit neuen

Ideen und Bedingungen auseinander zu setzen. Allerdings darf hier nicht durch die Hintertür den behinderten Menschen doch wieder die Verfügungsmöglichkeiten über die Beziehung weggenommen werden, indem sie zwangsweise einen neuen Begleiter akzeptieren müssen. Eine gemeinsame kritische Betrachtung der Einheit durch Kunde und Begleiter nach einer vorab definierten Zeitspanne ist vonnöten. Sollten sie sich dann aber wirklich beide dazu entscheiden weiterzumachen, kann diese Einheit fortbestehen.

Behindertenhilfe auf dem Prüfstand

Es kann unter der Leitidee der Selbstbestimmung nicht nur darum gehen, den Menschen mit geistiger Behinderung anders zu begegnen als bisher, auch die bestehenden Strukturen der Behindertenhilfe gehören auf den Prüfstand. Die Institution „Heim“ ist im neunzehnten Jahrhundert entstanden, als die Bürger der beginnenden Moderne ihre tätige Hilfe für andere zunehmend auf Geldleistungen umstellten. Das Heim kann jedoch den Persönlichkeitsrechten und den Ansprüchen der Individualisierung der Menschen des einundzwanzigsten Jahrhunderts nicht mehr gerecht werden. Daraus ergibt sich eine Doppelaufgabe: Zum einen müssen real existierende Missstände, die mit der Institution Heim verknüpft sind, beseitigt werden. Zum anderen gilt es, ambulante kommunale Hilfsstrukturen weiterzuentwickeln und auf eine breite Basis zu stellen, um so den notwendigen Halt in die Lebenswelt von Menschen mit Behinderung zu holen. Der Gesellschaftsvertrag zwischen Menschen mit mehr und Menschen mit weniger Sorgebedarf ist auf eine neue, zeitgemäße Basis zu stellen. Diese Aussage, die der Leitidee der Selbstbestimmung entspricht, findet sich sinngemäß in einer von der Forschungsgemeinschaft „Menschen in Heimen“ ausgesprochenen Aufforderung an die Fraktionen des Deutschen Bundestages, eine Kommission zur Enquete der Heime einzusetzen.

Selbstbestimmung braucht Strukturen, die Entscheidungs- und selbstbestimmte Handlungsmöglichkeiten überhaupt erst zulassen. Betrachtet man die Behindertenhilfe und unterzieht man das gesamte System und die dort gängigen Strukturen einer kritischen Analyse, so wird schnell deutlich, dass Selbstbestimmung, wie sie für jeden Bürger unserer Gesellschaft gilt, in diesem Rahmen auch nicht annähernd möglich ist.

Das Modell der Einheit ...

„Der Mensch mit Behinderung bestimmt Art und Umfang der Dienstleistung.“ Dieser Leitsatz der Selbstbestimmung muss sich, will diese Idee ernst genommen werden, nicht nur in den Angeboten, sondern auch in den Organisationsstrukturen widerspiegeln. Das traditionelle Heim als ausschließliche Wohnform für Menschen mit geistiger Behinderung beispielsweise lässt Selbstbestimmung nur begrenzt zu, da in ihm noch alte Prinzipien vorherrschen, nach denen sich die Menschen den Strukturen anpassen müssen. Kleinsteinrichtungen, kleine Wohngemeinschaften, betreutes Wohnen dagegen können sich aufgrund ihrer überschaubareren Strukturen und ihrer kleinen Mitarbeiterteams flexibler auf den einzelnen Menschen einstellen und eher Formen der Selbst-

bestimmung auch für geistig behinderte Menschen ermöglichen.

Die Beziehung zwischen einem behinderten Menschen und seiner Begleiterin beziehungsweise seinem Begleiter muss im Mittelpunkt allen organisatorischen Bemühens stehen. Begleiter und Begleiteter bilden eine Einheit. Im Falle einer geistigen Behinderung ist diese Einheit existenziell. Ohne sie wäre in vielen Fällen ein Überleben nicht möglich. Der behinderte Mensch bestimmt Art und Umfang der Dienstleistung, und sein Begleiter hat die Aufgabe, die daraus resultierenden Arbeiten zu leisten. Diese Einheit ist ein sich selbst regulierendes System, das nur dann wirklich funktionieren kann, wenn Eingriffe von außen weitgehend unterbleiben.

Eine Einheit kann ihre selbstregulierenden Kräfte nur entwickeln, wenn sie unabhängig ist und Autonomie besitzt. Wenn institutionelle Macht ausgeübt wird, wenn beherrschende Vorstellungen über Ethik, Moral, und den richtigen Umgang miteinander in die Beziehung eingreifen, hat ein System keine Möglichkeit zu wachsen. Die Ziele, die der behinderte Mensch für sich selbst setzt, können sich nur aus der Interaktion zwischen ihm und seiner Begleiterin oder seinem Begleiter entwickeln und verändern. Diese prozesshafte Sicht der gemeinsamen Arbeit und Entwicklung ist die zentrale Grundannahme des Modells der Einheit. Voraussetzung für das Gelingen dieses Interaktionsprozesses ist eine weit gehende Unabhängigkeit dieser Einheit, denn erst damit entsteht die Verantwortlichkeit, gemeinsam Wege zu finden und in der gegenseitigen Angewiesenheit immer wieder Lösungen zu suchen, die dem behinderten Menschen (und dem Begleiter) gerecht werden. Das ist harter Tobak für das Selbstverständnis einer Institution.

... und seine Folgen für die Institution

Das alte Denken in Dienstplänen und Achtunddreißig-einhalb-Stunden-Wochen lässt sich unter der Leitidee der Selbstbestimmung kaum aufrechterhalten. Wenn das Produkt der Dienstleistung die Zufriedenheit des behinderten Kunden ist, wird man nicht in Kategorien der Arbeitsbeziehungsweise Anwesenheitszeit denken können. Vor allem in Krisenzeiten wird dieses Denksystem nicht greifen, denn dann ist Begleitung auch über sonst übliche Dienstzeiten hinaus gefragt. In einer von der Idee der Selbstbestimmung geleiteten Einheit aus behindertem Menschen und Begleiter wird sich diese Art der Begleitung allerdings von selbst regeln.

Wenn das Arbeitsverhältnis entsprechend neu definiert ist, etwa vergleichbar den vertraglichen Vereinbarungen, wie sie im Bereich der Sozialpädagogischen Familienhilfe zu finden sind, arbeiten die Begleiterin oder der Begleiter nicht im Auftrag der Einrichtung, sondern sie sind vertraglich mit dem Kunden, dem behinderten Menschen, verbunden. Oder die Begleiter sind als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Teil der Einrichtung, in ihrer Arbeit jedoch weitestgehend unabhängig, was sowohl die Inhalte der Dienstleistungen betrifft wie auch die zeitliche Aufteilung der Aufgaben während der Begleitung. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass Begleiter immer für mehrere Personen zuständig sein werden und mit ihnen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der

anderen, die ebenfalls Kunden sind, ihre Arbeit abstimmen. Im Fall eines Anstellungsverhältnisses ist das Direktionsrecht des Arbeitgebers also stark eingeschränkt. Da der behinderte Mensch die Rolle des Kunden einnimmt, geht es um seine Zufriedenheit. Solange die gegeben ist, besteht kein Grund, etwas an der Dienstleistung oder an der Einheit Begleiteter/Begleiter zu ändern. Das betrifft auch die Zeit, in der eine Dienstleistung erbracht wird. Im Sinne der Kundenzufriedenheit unterliegt auch dies dem freien Aushandeln zwischen Begleiter und Mensch mit Behinderung.

Das Modell der Einheit läuft also in vielfacher Hinsicht hierarchischen Organisationsstrukturen zuwider. Es benötigt eine egalitäre, beteiligungsorientierte Organisationskultur. Und es benötigt ein Denken über die Institution hinaus.

Die Begleiterinnen und Begleiter werden nicht alle Bedürfnisse und Forderungen des jeweiligen Kunden persönlich abdecken können. Sie müssen jedoch auf unterstützende Systeme zurückgreifen können. Dazu gehören (ehrenamtliche) Helferinnen und Helfer, die bestimmte Tätigkeiten abdecken, und dazu gehören Erwachsenenbildung und Arbeitsmöglichkeiten für den behinderten Menschen.

Arbeitsplätze in der freien Wirtschaft, möglichst gemeinde- oder wohnortsnah, und Werkstätten für Menschen mit Behinderungen dienen nicht nur der Aufgabe, Geld zu verdienen. Sie sind auch Orte unvoreingenommener Begegnung, vermitteln das Gemeinschaftserlebnis Arbeit, ermöglichen den Erwerb von Fähigkeiten, stärken den Selbstwert und machen einen wesentlichen Teil der Identität aus. Damit kann sie durchaus als Unterstützung für die Umsetzung der Selbstbestimmungsidee gesehen und genutzt werden.

Ein Helfersystem ist besonders im Freizeitbereich von hohem Wert. Der Besuch eines Konzertes oder Films erfordert nicht die Begleitung durch eine ausgebildete Fachkraft. Solche Unternehmungen der behinderten Menschen sind durchaus mit (Laien)helfern zu bewerkstelligen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Einheit behinderter Mensch/Begleiter unmittelbar darauf zurückgreifen können sollte. Im Rahmen des „persönlichen Budgets“ wird der behinderte Mensch sich diese Hilfe einkaufen können. Um dies auch sicherzustellen, sind überregionale Dienste und „community care“ gefragt.

Lebenslanger Erwerb von Kompetenzen steht auch für Menschen mit geistiger Behinderung an. Kreative Tätigkeiten, wie Malen und Musik, allgemein bildende Angebote und Bildungsreisen gehören zum System der Erwachsenenbildung für Menschen mit geistiger Behinderung. Niederschwellige, bedarfsorientierte Angebote zu schaffen, die während der Freizeit genutzt werden können, wird weiterhin wesentliche Aufgabe der Behindertenhilfe sein.

Regelmäßige Supervision und Beratung, vorzugsweise in Gruppen von mehreren Begleitern, dienen diesen zur Reflexion ihrer Beziehung zu den von ihnen begleiteten Menschen. Diese Form der Auseinandersetzung mit einer

fachlich versierten dritten Person ist unerlässlich, und die Bereitschaft dazu sollte bereits bei der Einstellung ein wesentliches Kriterium sein, dessen Prüfung die Institution für den behinderten Menschen übernimmt.

Wie erläutert, stellt die Leitidee des Empowerments und des Begleitens neue Anforderungen an Professionelle und Institutionen. Nicht zuletzt wird die Einführung des persönlichen Budgets weitere Veränderungen auf dem Unterstützungsmarkt begünstigen und nötig machen. Die bisherige Monopolstellung von Anbietern in der Behindertenhilfe wird sich nicht aufrechterhalten lassen. Träger und Vereine, Kooperativen und traditionelle Anbieter werden mit dem Produkt „Begleiten“ in Konkurrenz treten. Wobei sicher die großen Anbieter den Vorteil haben, über die Ressourcen zu verfügen, ein differenziertes Hilfesystem aufzubauen. Letztendlich jedoch wird es eine offenere Konkurrenzsituation geben, die es dem Menschen mit einer geistigen Behinderung möglich machen wird, sich zwischen unterschiedlichen (Beziehungs)angeboten zu entscheiden.

Künftige Aufgabe der Behinderteneinrichtungen oder Kooperativen ist es, die Rahmenbedingungen für die Autonomie der Beziehungssysteme behinderter Mensch/Begleiter zu schaffen. Sie fungieren als „Muttereinheit“ und erfüllen die traditionellen Aufgaben, die einer Verwaltung zukommen, wie etwa Honorar- oder Lohnabrechnung, wodurch die Einheit behinderter Mensch/Begleiter entlastet wird. Eine weitere zentrale Aufgabe ist die Bedarfsplanung, die Einstellung und Rekrutierung qualifizierter Fachkräfte, um behinderten Menschen ein umfassendes Angebot unterbreiten zu können. Soweit einfachere organisatorische Aufgaben, wie Urlaubs- und Krankheitsvertretungen, nicht von den einzelnen Begleiterinnen und Begleitern selbst geregelt werden können, müssen auch diese von der übergeordneten Institution erfüllt werden. Auch die unterstützenden Systeme, wie das aus ehrenamtlichen Helfern, werden hier verwaltet – die Helferinnen und Helfer werden angeworben und ausgebildet, und ihre Einsätze werden von hier aus koordiniert. Darüber hinaus obliegt es der zentralen Muttereinheit, die Einhaltung von Standards im Umgang mit behinderten Menschen zu überwachen und im Bereich der Aus- und Fortbildung der freiberuflichen oder angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu vermitteln.

Eine letzte, sehr wichtige Aufgabe der Dachorganisation ist die Öffentlichkeitsarbeit. Ihr Ziel ist es, den toleranten Bürger in seinem Engagement für Menschen mit Behinderungen zu bestärken und deutlich zu machen, dass sich die Kommune fair zu verhalten hat. „Social care“ ist nur dann wirksam durchzusetzen, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger eines Gemeinwesens in die Verantwortung für schwächere Mitglieder genommen fühlen.

Anmerkungen

1

Es sei denn, sie entspringen der gemeinsamen Entscheidung über die Veränderung eines Problems. So helfen verhaltenstherapeutische Methoden immer noch hervorragend gegen Ängste und andere psychische Schwierigkeiten.

Ulrich Hähner, Jahrgang 1947, Diplompsychologe, systemischer Familientherapeut. Tätigkeit in Einrichtungen der Jugendhilfe und Behindertenhilfe, jetzt in einer Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche des Enzkreises in Pforzheim, freiberufliche Tätigkeit als Supervisor und Seminarleiter.

Literatur

Forschungsgemeinschaft „Menschen in Heimen“ (2001). Aufforderung an die Fraktionen des Deutschen Bundestages, eine Kommission zur „Enquête der Heime“ einzusetzen. Bielefeld: Universität Bielefeld, Fakultät für Gesundheitswissenschaften, www.uni-bielefeld.de/gesundhw/enqueteheime.pdf

Herriger, Norbert (1996). Kompetenzdialog – Empowerment in der sozialen Einzelfallhilfe. Beiträge zu einer Methodik des Empowerment in der Sozialen Arbeit. Soziale Arbeit, 6, 190–195.

Petzold, Hilarion G. (1995). Integrative Therapie. Paderborn: Junfermann Verlag.

Sack, Rudi (in Druck). Euro und Cent für ein Selbstbestimmtes Leben. In U. Hähner, U. Niehoff, R. Sack & H. Walther (Hrsg.), Begleiten – Konzeption, Organisation und sozialpolitische Umsetzung. Erscheint im Lebenshilfe-Verlag, Marburg.

Stark, Wolfgang (1991). Prävention und Empowerment. In G. Hörmann & W. Körner (Hrsg.), Klinische Psychologie. Reinbek: Rowohlt.

Theunissen, Georg & Plaute, Wolfgang (1995). Empowerment und Heilpädagogik. Ein Lehrbuch. Freiburg: Lambertus.

Weiß, Hans (2000). Selbstbestimmung und Empowerment – Kritische Anmerkungen zu ihrer oftmaligen Gleichsetzung im sonderpädagogischen Diskurs. Behindertenpädagogik, 3, 245–260.





*Doris Welzmueller, 35 Jahre,
baut Pumpenteile für Großküchengeräte zusammen*

Hans-Günter Schäfer
Uta Güsewell



Jugendliche beteiligen sich an kommunaler Planung

Die Jugendstudie Staufen

Auf dem ersten Staufener Jugendforum trafen sich im Mai 2002 Jugendliche und Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen und Verbänden mit den politisch Verantwortlichen, um über die künftige Jugendarbeit in Staufen zu diskutieren. Grundlage dieser Diskussion bildete die Jugendstudie Staufen, in der vorhandene und fehlende Möglichkeiten der Freizeitgestaltung von Jugendlichen untersucht worden waren. Die Stadt Staufen hatte ihre Bürgerinnen und Bürger, alle Kinder und Jugendlichen Staufens im Alter zwischen zwölf und neunzehn Jahren, deren Eltern, die in der Jugendarbeit engagierten Vereine, Vertreterinnen und Vertreter der Schulen und Kirchen sowie alle übrigen in der Jugendarbeit engagierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen, um ihnen die Ergebnisse der Jugendstudie Staufen vorzustellen, den Austausch über die Wünsche und Vorstellungen junger Menschen, die in Staufen und Umgebung leben, zur Gestaltung ihrer Freizeit weiter zu vertiefen und aus beidem Folgerungen für die weitere Planung „Offener Jugendarbeit“ in Staufen zu ziehen.

An die zweihundert Besucherinnen und Besucher erlebten ein spannendes Programm. Sie sahen einen Film, der auf der Basis der Videobefragungen von zirka hundert Staufener Jugendlichen zusammengestellt worden war, wurden ausführlich über die Ergebnisse der Interview- und Fragebogenaktion informiert, die fünfundsechzig Prozent der Staufener Jugendlichen erreicht hatte, und diskutierten angeregt in verschiedenen Diskussionsrunden über die Bedürfnisse der Jugendlichen und die Gestaltung künftiger Jugendarbeit. Eine Ausstellung zeigte Ablauf und Bausteine der Jugendstudie Staufen in komprimierter Form, sodass sich die Besucherinnen und Besucher einen differenzierten Eindruck über das gesamte Vorhaben verschaffen konnten. Die Anregungen, Ideen und Standpunkte, die in den Diskussionsrunden zur Sprache kamen, wurden festgehalten und nach Themen sortiert auf Stellwänden angebracht. Zu den einzelnen Themenkomplexen wurden noch auf der Veranstaltung Arbeitsgruppen (AGs) gebildet (zum Beispiel die AG Jugendzentrum Staufen, AG: Jugendarbeit ist mehr als ein Jugendzentrum, AG Kommunikationsstrukturen zwischen Jugendlichen und Verwaltung), die sich nach dem Jugendforum trafen und für den Gemein-

derat konkrete Vorschläge zur mittelfristigen Gestaltung der Offenen Jugendarbeit in Staufen erarbeiteten.

Anliegen und Ziele der Jugendstudie Staufen

Ziel der Studie war es, den Sozialraum Staufen mittels beteiligungsorientierter Erhebungen vor allem auch aus der Sicht von Jugendlichen zu analysieren, die Betroffenen zu aktivieren und in den Planungsprozess für die künftige Offene Jugendarbeit in Staufen einzubeziehen (1). Die Erhebungen starteten im Mai 2001 mit dem Baustein „Gespräche mit erwachsenen Expertinnen und Experten“, im September folgte „Befragung der Jugendlichen“, im Dezember „Ortsbegehungen“; im April 2002 fanden die „Videobefragung der Jugendlichen“ und die „Gruppendiskussionen“ statt, im Mai dann das Erste Staufener Jugendforum. Das Gesamtkonzept der Studie kombinierte also die empirische Erhebung von Bedarfslagen und Vorstellungen der Betroffenen mit der Initiierung und Begleitung von intensiven und kontinuierlichen Diskussionsprozessen über die gewonnenen Ergebnisse und deren Konsequenzen. Die so gewonnenen Erkenntnisse wurden jeweils dokumentiert und bilden die Grundlage der künftigen Konzeption Offener Jugendarbeit in Staufen.

Jugend gilt als die meistuntersuchte Bevölkerungsgruppe Deutschlands, und Offene Jugendarbeit ist in aller Munde. Kein Politiker, keine Gemeinde kann es sich heute leisten, diese Thematik auszusparen. Zu selten jedoch werden Jugendliche mit ihrem Wissen und ihren Kenntnissen in Studien einbezogen oder an der Umsetzung von Projekten beteiligt: Verantwortliche Erwachsene, Eltern, Experten der Jugendarbeit und Politiker glauben oftmals zu wissen, was Jugendliche brauchen, und handeln nicht selten an den Bedürfnissen der Betroffenen vorbei. Ganz anders wurde bei der Jugendstudie Staufen vorgegangen, in der Jugendliche zum einen an der Erhebung aktiv mitgewirkt haben – beispielsweise in der Planungsgruppe oder als geschulte Interviewer –, zum anderen spielten sie eine wichtige Rolle bei der Ortsbegehung, den Gruppendiskussionen oder auch als Hauptdarsteller bei den Videobefragungen. Die Jugendlichen arbeiteten also als Experten in eigener Sache an der Studie mit, und

sie fungierten als Multiplikatoren, indem sie mit Gleichaltrigen über Anliegen und Vorgehen der Studie sprachen und diese für die Studie zu interessieren und für eine Zusammenarbeit zu gewinnen suchten. So sollte erreicht werden, dass die Jugendlichen für das Thema der Studie sensibilisiert und zur Beteiligung an der Entwicklung künftiger Angebote ermuntert und dass aussagekräftige und lebensnahe Informationen über die Lage der Jugendlichen und über ihre Wünsche und Bedürfnisse gewonnen werden. Jugendliche und erwachsene Expertinnen und Experten wurden also ebenso wie die vor Ort etablierten Institutionen frühzeitig in den Planungsprozess eingebunden.

Zentrale Fragen der Studie sind: An welchen Orten haben in der Vergangenheit Aneignungsversuche stattgefunden, beziehungsweise sind diese auch erfolgreich verlaufen, wenn nicht, warum? Wo und wie laufen aktuell ähnliche Prozesse? Welche Qualitäten haben einzelne Orte in Staufen, Grunern und Wettelbrunn für die Zielgruppe der Zwölf- bis Achtzehnjährigen, unabhängig davon, ob eine Aneignung stattgefunden hat oder nicht? Wo fehlen Angebote, werden Mängel sichtbar? Welche Konsequenzen sind daraus zum einen für die Situation der betroffenen Kinder und Jugendlichen und darüber hinaus für eine Konzepterstellung Offener Jugendarbeit in Staufen zu ziehen? Welche Bedeutung haben in diesem Zusammenhang regionale Bezüge? Die Jugendstudie wurde so angelegt, dass man sich diesen Fragen aus verschiedenen Blickwinkeln und mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen nach und nach annähern konnte, um aus der Zusammenschau konkrete Einschätzungen formulieren zu können, die als Fundament einer Konzeptentwicklung dienen. Die Besonderheit an diesem Vorgehen ist, dass der Prozess der Entwicklungs- und Konzeptarbeit für die Offene Jugendarbeit durch einen Forschungsprozess unterstützt wird und beide Prozesse in die öffentliche Diskussion eingebettet sind.

Akteure, Bausteine und zentrale Ergebnisse

Der Bauplan der Studie folgt dem Anliegen, unterschiedliche Sichtweisen einzubeziehen, Betroffene zu Wort kommen zu lassen und ihr Hintergrundwissen für die Konzeptarbeit nutzbar zu machen, Multiplikatoren, Betroffene und Entscheidungsträger von Anfang an in das Vorhaben einzubinden. Im Folgenden geben wir einen kurzen Überblick über die verschiedenen Akteure und Bausteine der Studie und fassen abschließend einige zentrale Ergebnisse der Studie zusammen – ohne den Anspruch zu erheben, an dieser Stelle alle damit verbundenen Überlegungen, Erfahrungen und Erkenntnisse darzustellen zu wollen (2).

Die Planungsgruppe Sie wurde im März 2001 gebildet. In ihr waren etwa zwölf Jugendliche im Alter zwischen fünfzehn und neunzehn Jahren vertreten, Praxisexpertinnen und -experten, der Leiter des SOS-Kinderdorfes, die Jugendreferentin, der Hauptamtsleiter und vier Gemeinderätinnen und -räte der Stadt Staufen, darunter der Schulleiter der Grund- und Hauptschule, der Jugendhilfeplaner des Landkreises sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (3). Sie diskutierten über Vorgehen,

Inhalte und Ergebnisse der Studie. Außerdem wurden hier die einzelnen Bausteine der Gesamterhebung vorbereitet. Die Arbeit der Planungsgruppe begann mit der Diskussion des Vorhabens und der einzelnen Schritte. Zunächst wurden die Bausteine der Studie vorgestellt, gemeinsam diskutiert, unter wissenschaftlicher Begleitung auf die Situation in Staufen zugeschnitten und beschlossen. Anschließend erarbeitete die Gruppe einen Fragebogen, den alle Jugendlichen in Staufen, Grunern und Wettelbrunn im Alter zwischen zwölf und achtzehn Jahren beantworten sollten. Sie bildeten den Kern der Jugendstudie.

Die Jugendreferentin Mit Beginn der Erhebungsphase im Mai 2001 nahm die Referentin ihre Arbeit auf. Durch die Initiative des SOS-Kinderdorfes Schwarzwald wurde bei der Festlegung des Aufgabengebietes der Jugendreferentin ein neuer Weg eingeschlagen: Sie stieg nicht sofort in die Offene Jugendarbeit ein, sondern wurde zunächst im Rahmen der Jugendstudie tätig, machte also zum Beispiel Ziele und Anliegen der Studie vor Ort bekannt, begleitete Erhebungsprozesse und führte Teile der Studie selbst durch. Sie betrieb außerdem gezielt Öffentlichkeitsarbeit in unterschiedlichen Medien und erstattete der Gemeinde auf unterschiedliche Art und Weise regelmäßig Bericht. Sie brachte die Thematik „Neue Wege der Offenen Jugendarbeit in Staufen“ in alle Institutionen ein, die mit Jugend befasst sind, wie Schule, Gemeinderat, Elternvertretungen. Auch die Interview- und Fragebogenaktion wurde durch die Jugendreferentin vorbereitet, indem sie alle Jugendlichen und deren Eltern in getrennten Anschreiben im Namen von Bürgermeister und Jugendreferat um Mitarbeit bat. Sie informierte in der Presse über die Befragung und besuchte alle zur Zielgruppe gehörenden Klassen der Hauptschule, um den Fragebogen persönlich vorzustellen. Im Büro der Jugendreferentin fanden die Interviewerinnen und Interviewer eine Anlaufstelle, wenn sie sich von ihrer Arbeit überfordert fühlten, wichtige Fragen hatten oder sich zwischen den Interviews kurz ausruhen wollten. Ihre Aufgabe ist derzeit, eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Jugendstudie zu erstellen und dem Gemeinderat einen ersten gebündelten Konzeptentwurf für die künftige Jugendarbeit vorzulegen.

Die Expertengespräche Eines der Ziele der Jugendstudie Staufen war, unterschiedlichen Blickwinkeln Raum zu geben, das heißt, nicht nur die Jugendlichen zu Wort kommen zu lassen, sondern auch mit jenen Gespräche führen zu können, die als Erwachsene aufgrund eines ehrenamtlichen oder beruflichen Engagements mit Jugendlichen arbeiten und insofern eine wichtige Meinung im Hinblick auf die Situation junger Menschen in Staufen besitzen. Fünfundzwanzig von ihnen wurden von der Jugendreferentin anhand eines Leitfadens zu Fragen interviewt wie: Welche Angebote für Jugendliche gibt es in Staufen? Auf welchen Bedarf wurde bislang nicht reagiert? Welche Konfliktpunkte gibt es in Bezug auf Jugendliche? Welche Aufgaben sollte ein Jugendreferat in Staufen übernehmen? Welche Kooperationsmöglichkeiten wären interessant? Die Bereitschaft, sich die Zeit für ein solches Gespräch zu nehmen, war groß und die Ergebnisse vielfältig, je nach Situation der

Befragten. Manche Vereine müssen sich beispielsweise sehr um jugendliche Mitglieder bemühen, andere haben das Problem, mit einer enormen Nachfrage konfrontiert zu sein, der sie zu wenig Kapazitäten entgegensetzen können.

Die Interview- und Fragebogenaktion Die Interviews mit den Jugendlichen wurden nicht von auswärtigen (erwachsenen) Nichtbetroffenen durchgeführt, sondern von Stauffer Jugendlichen. Die jugendlichen Interviewer, die mindestens sechzehn Jahre alt sein sollten, wurden zum Teil aus der Planungsgruppe, zum Teil über Plakat- und Presseaktionen, durch Gespräche in Schulen und im Rahmen der Expertengespräche gewonnen. Die Interviewergruppe setzte sich aus drei männlichen und vierzehn weiblichen Jugendlichen zusammen. Diese wurden vom Freiburger Institut für angewandte Sozialwissenschaft (FIFAS) und der Jugendreferentin auf ihre Aufgabe vorbereitet, als Interviewer geschult und erhielten für ihre Arbeit ein angemessenes Honorar. Der Fragebogen für die Jugendlichen bestand aus zwei Teilen, von denen der erste sehr persönliche Fragen über ihren sozialen Hintergrund enthielt und deshalb von den Jugendlichen im Beisein des Interviewers allein ausgefüllt wurde. Den zweiten, wesentlich umfangreicheren Teil bearbeiteten Interviewer und Befragte gemeinsam. Hier ging es zum Beispiel um folgende Themengebiete: Wie viel Freizeit steht den Befragten zur Verfügung, und wo und wie verbringen sie diese bislang? Was wissen die Befragten über Angebote für Jugendliche in Staufen? Welche Rolle spielen Vereine? Wie bewerten die Befragten den Sozialraum Staufen? Wie wird das selbstverwaltete Jugendzentrum eingeschätzt? Welche konkreten Bedürfnisse haben die Befragten?

Die Jugendlichen interviewten im Schnitt vierundzwanzig Gesprächspartner über einen Zeitraum von etwa vier Wochen. Einer anfänglichen Euphorie folgte bei den Interviewern bald eine gewisse Ernüchterung durch die Erkenntnis, dass Interviews harte Arbeit bedeuten. Dennoch hat sich das Vorgehen sehr bewährt. Die hohe Beteiligungsquote macht deutlich, dass die jugendlichen Interviewerinnen und Interviewer ihre Gesprächspartner sehr überzeugend erreicht haben. Gerade Jugendliche begehen Fragebögen und Interviews oft mit großer Skepsis; eine Befragung durch Gleichaltrige, geführt in der Sprache der Jugendlichen, konnte hier Hemmschwellen abbauen.

Die Ortsbegehungen Jugendliche, mit denen in anderen Zusammenhängen der Studie Kontakte geknüpft worden waren, wurden von der Jugendreferentin zu drei Gruppen von jeweils zirka fünf Beteiligten zusammengestellt. Gemeinsam mit diesen Jugendlichen suchte sie deren Freizeittreffpunkte und -aufenthaltsorte auf, ließ sich berichten, welche Qualität diese Treffpunkte für die Jugendlichen aufweisen, welche Probleme damit verbunden sind, welcher Bedarf an konkret diesen Orten und auch darüber hinaus für die Jugendlichen existiert, welche Ideen die Jugendlichen selbst haben, diesen Bedarf zu realisieren. Gerade Jugendliche, deren Sache es nicht ist, sich Gehör zu verschaffen, und denen es schwer fällt, sich Befragungssituationen zu stellen und damit Gesprä-

chen zu zweit mit vergleichsweise formalem Charakter und einer gewissen Unberechenbarkeit im Hinblick auf die Inhalte skeptisch gegenüberstehen, hatten so die Möglichkeit, in einer Gruppe zu erzählen, zu erklären und vor Ort zu zeigen, worum es ihnen geht. Die Ortsbegehungen eröffneten den Zugang zu der Lebenswelt der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und zu den nur scheinbar kleingewichtigen Frage- und Problemstellungen Jugendlicher, wie zum Beispiel der des schlechten Bodens eines Bolzplatzes. Sie wurden tendenziell mit den jüngeren Vertreterinnen und Vertretern der Zielgruppe, also den Zwölf- bis Dreizehnjährigen, durchgeführt, da ältere Jugendliche eine solche Erkundung ihres Lebensraumes erfahrungsgemäß eher als Einmischung empfinden. Die Ortsbegehungen in Staufen, Grunern und in Wettelbrunn wurden von zwei Jugendlichen aus dem Filmteam des ortsansässigen Faust-Gymnasiums dokumentiert.

Die Videobefragungen Dieser Baustein wurde in Kooperation mit dem Freiburger Argus e.V., Verein für soziale Medienarbeit durchgeführt. Acht verschiedenen Gruppen wurde dabei die Gelegenheit gegeben, sich sowohl verbal vor der Kamera als auch in der ihnen typischen Art und Weise, Freizeit zu verbringen, zu zeigen – beispielsweise beim Skaten, Musikmachen oder beim „Abhängen“. Mitgemacht haben sowohl in Vereinen organisierte Jugendliche wie Mitglieder der Jugendfeuerwehr, der Jugendkapelle oder des in Staufen ansässigen Fußballvereins, aber auch Cliques, die sich in offenen Zusammenhängen treffen, zum Beispiel die jugendlichen Betreiber des mittlerweile geschlossenen Jugendzentrums oder eine Skatergruppe aus dem lokalen Funpark. Alle Akteure erhielten Gelegenheit, sich zunächst zu ihren Freizeitaktivitäten zu äußern, anschließend wurden gezielt allgemeine Fragen zur Situation Jugendlicher in Staufen gestellt.

Aus zehn Stunden Bildmaterial wurde eine Videodokumentation über Jugendliche in Staufen zusammengeschnitten, die zu Beginn des Ersten Stauffer Jugendforums der Öffentlichkeit gezeigt wurde. Der Baustein „Videobefragung“ erfüllte in jeder Hinsicht die in ihn gesetzten Erwartungen: Etwa hundert Jugendliche wurden durch die Dreharbeiten direkt erreicht, etliche von ihnen erschienen mit ihren Freunden auch zum Jugendforum, um zu sehen, wie der Film ankommt und was aus ihren Aussagen gemacht wurde.

Die Gruppendiskussionen Sie wurden zum einen mit den jugendlichen Interviewerinnen und Interviewern geführt, um über das differenzierte Hintergrundwissen zu sprechen, das sich diese Jugendlichen bei den von ihnen durchgeführten Befragungen angeeignet hatten und das in die Ergebnisse der Studie mit einfließen sollte. Dieses Gespräch fand unmittelbar in der Nachbereitungsphase der Befragungen statt. Zwei weitere Gruppendiskussionen wurden für interessierte Jugendliche angeboten, um Themen, die sich nach Auswertung der Interview- und Fragebogenaktion als nicht ausreichend beleuchtet erwiesen hatten, zu diskutieren. Die Gruppendiskussionen erwiesen sich – ohne repräsentativen Charakter zu haben – als eine wertvolle Ergänzung der in

den anderen Bausteinen gesammelten Informationen. In teilweise sehr lebhaften Gesprächen wurden Ergebnisse der Fragebogenaktion bestätigt und veranschaulicht, zum Beispiel wie sehr Jugendlichen in Staufeu Treffpunkte und Räume fehlen, die ihnen nicht nur abends, sondern auch nachmittags Anlaufstelle sein könnten. Auch die Konsequenzen, die sich aus der Schließung des Jugendzentrums ergeben haben, an dem viele Jugendliche, die sich nun mehr und mehr aus den Augen verlieren, ungezwungen Kontakte miteinander gepflegt hatten, wurden auf diesem Wege wesentlich anschaulicher dargestellt, als es in einer quantitativen Befragung möglich gewesen wäre.

Zentrale Ergebnisse Die Jugendlichen in Staufeu wollen vor allem Treffpunkträume, und sie haben genaue Vorstellungen darüber, wie sie diesen Treffpunkt nutzen wollen: als eine Art Jugendcafé für den Nachmittag, als einen Ort für abendliche Treffen, an dem sie sich mit Freunden verabreden und den Alltag hinter sich lassen können, als einen Anziehungspunkt für Jugendliche aus den Umlandgemeinden, der es ihnen ermöglicht, auf Partys einzuladen und so Kontakte zu knüpfen und neue Menschen kennen zu lernen. Die Jugendlichen möchten, dass ihre Interessen bei der Organisation der zahlreichen kulturellen Events in Staufeu stärker als bislang berücksichtigt werden. Sie wünschen sich zudem Veranstaltungen, die vor allem für Jugendliche geplant sind, zum Beispiel Konzerte mit Bands, die sie mögen, oder ein entsprechendes Angebot an Kinofilmen. Viele Jugendliche sind der Ansicht, dass Staufeu zu wenig Möglichkeiten für sie bietet, etwas zu erleben oder sich auszuprobieren: Sie vermissen ganz generell Angebote, Kurse, Projekte, Unternehmungen speziell für ihre Altersgruppe. Weit mehr als ein Drittel der Jugendlichen findet keine geeignete Anlaufstelle, um über Sorgen und Ängste sprechen zu können; ungefähr genauso viele Jugendliche möchten, dass es in Staufeu eine Beratungsstelle gibt.

Die Gruppe der strukturell benachteiligten Jugendlichen hat in der kommunalen Planung Staufeus bislang kaum Berücksichtigung gefunden. Diese Jugendlichen sind deutlich weniger in Vereine integriert als alle anderen Jugendlichen. Sie waren auch in dem selbstverwalteten Jugendzentrum weniger vertreten, das bis zu seiner Schließung der einzige Treffpunkt für Jugendliche war. Auch im Funpark, der Anlaufstelle für skatende Jugendliche, tauchen sie nur sporadisch auf. Weiterhin gibt es für Jugendliche in Staufeu bislang keinerlei Ferienaktivitäten. Die Jugendlichen empfinden die Ferienwochen sehr häufig als äußerst langweilig und unbefriedigend und wünschen sich dringend Betätigungsmöglichkeiten.

Beteiligungsorientierte kommunale Planung: Schwierigkeiten und Chancen

Jugendhilfeplanung, wie sie mit der Jugendstudie Staufeu praktiziert wurde, eröffnet Jugendlichen die Möglichkeit, an politischen Prozessen teilzuhaben und an Entscheidungen mitzuwirken, die ihre Interessen berühren, und sie gibt den politisch Verantwortlichen die Möglichkeit, ihre Entscheidungen qualitätsvoller zu treffen und fundierter zu begründen. Ein solches partizipatives Vor-

gehen bietet also Chancen, birgt aber auch Schwierigkeiten – über einige unserer Erfahrungen dazu wollen wir abschließend berichten.

Alle Jugendlichen erreichen Es ist mit der Studie gelungen, vor allem jene Jugendlichen anzusprechen und einzubeziehen, die das örtliche Gymnasium besuchen und tendenziell wenig Probleme haben, sich zu artikulieren und sich für eigene Interessen einzusetzen. Diese Jugendlichen blieben nahezu alle am Ball, auch in der Planungsgruppe mit ihrer eher kopflastigen und langatmigen Arbeit. Andere, nämlich genau die, die auch an den bis dato existierenden Treffpunkten und in den organisierten Gruppen weniger präsent waren, konnten für die Planungsgruppe oder als Interviewer kaum und für die Befragung nur teilweise gewonnen werden. Viele Jugendliche fühlen sich durch das Medium „Brief“ nicht hinreichend angesprochen; ähnlich verhält es sich mit Artikeln in der Tagespresse. Für sie waren die Ortsbegehungen und die Videobefragungen geeignetere Mittel, um zumindestens ins Gespräch zu kommen. Sie aber in Planungsprozesse einzubinden ist äußerst schwierig und im Rahmen der Studie leider zu wenig gelungen.

Hintergrundwissen nutzbar machen Sehr positiv zu bewerten ist, dass sich die Interviewerinnen und Interviewer durch ihre Arbeit einen großen Wissensschatz im Hinblick darauf aneigneten, wie eine große Mehrheit der Jugendlichen in Staufeu ihre Situation und Freizeitmöglichkeiten einschätzt, und dass sie ausnahmslos in der Lage waren, über diese Eindrücke zu berichten, ohne sie mit eigenen Einschätzungen zu vermischen. Hier konnten wertvolle Erkenntnisse gewonnen werden, die über die Gruppendiskussionen und die Mitarbeit einiger dieser Jugendlichen in der Planungsgruppe in die Studie einfließen. Schwieriger sind die Fragen, deren Beantwortung Vertrauen voraussetzt und die die Anonymität der Befragten berühren. Solche Fragen sind im Verlauf der Studie immer wieder und an unterschiedlichen Punkten gestellt worden. Da sich die meisten Jugendlichen in Staufeu zumindest vom Sehen her kennen, erhoben sich beispielsweise sehr schnell Bedenken im Hinblick auf den Datenschutz und die Aussagekraft der erhaltenen Antworten (wer gibt zum Beispiel gerne zu, kaum Taschengeld zu erhalten?). Aus diesem Grund hatten wir uns wie dargestellt dafür entschieden, den Fragebogen in zwei Teilen zu konzipieren.

Greifbare Ergebnisse produzieren Ein so komplexes Vorhaben wie die Jugendstudie Staufeu zu verwirklichen braucht Zeit, an manchen Stellen sogar mehr als ursprünglich geplant. Beispielsweise wurden Zeit und Mühen unterschätzt, die nötig sind, um die Öffentlichkeit über ein solches Projekt zu informieren und sie dafür zu gewinnen. Dies in Verbindung mit der Mehrfachbelastung der Jugendreferentin führte mitunter zu deutlichen Verzögerungen im Zeitplan. Für die Jugendlichen war das schwierig: Da wurden sie im September 2001 nach ihrer Meinung befragt, im Mai 2002 hörten sie zum ersten Mal von den Ergebnissen dieser Befragung, und eine Umsetzung, eine spürbare Verbesserung ihrer Situation ist immer noch nicht in Sicht. Kein Wunder also,

dass keineswegs alle Jugendlichen die Studie langfristig zu ihrer Sache machten. Gerade für die Jugendlichen, die in unterschiedlicher Hinsicht als Akteure und Ideengeber mitgemacht hatten, war es schwer auszuhalten, dass so lange keine Ergebnisse ihres Engagements sichtbar wurden. Ihre Ideen blieben bislang Luftschlösser, Buchstaben auf geduldigem Papier. Auch wurde im Verlauf der Studie deutlich, dass Befragungen als Grundlage einer planerischen Tätigkeit zwar unabdingbar, aber nicht, wie zu nächst gedacht, geeignet sind, um die für die Studie notwendigen Kontakte zu Jugendlichen selbst aufzubauen. Die empirische Arbeit muss vielmehr auf bereits bestehende oder im Vorfeld anzubahnende Verbindungen zugreifen können. Künftige Studien sollten deshalb von vornherein zweigleisig angelegt sein, damit nicht wie im Fall der Jugendstudie in einem laufenden Prozess zusätzliche Aktivitäten bewältigt werden müssen.

Öffentlichkeit und Entscheidungsträger einbeziehen

Viele Bürgerinnen und Bürger verfolgten die Studie interessiert, aber mit Zurückhaltung. Obwohl sehr viel investiert wurde, um der Öffentlichkeit die Inhalte der Studie und die damit verbundenen Ziele zu vermitteln, ist dies nur teilweise gelungen. Das Instrument der Befragung war vielen Bürgerinnen und Bürgern vertraut, hierbei konnten sie sich gut vorstellen, was getan wird und wozu das gut sein soll. Der Sinn der Gruppendiskussionen oder auch der Ortsbegehungen dagegen war schwerer begreifbar zu machen. Wie schon angesprochen, war die wichtige Aufgabe, eine gute Öffentlichkeitsarbeit zu machen, sehr zeitintensiv, vor allem für die Jugendreferentin, die dabei immer wieder an Grenzen stieß und zum Teil nachteilige Kompromisse schließen musste. Sie stand – ungewohnt für eine Sozialpädagogin – auch als Person im Blickpunkt und in der Kritik der Öffentlichkeit und musste sich nicht nur mit Fragen nach den Inhalten ihrer Arbeit auseinandersetzen, sondern sich auch für die lange Zeit fehlenden sichtbaren Ergebnisse rechtfertigen. Ebenfalls ungünstig wirkte sich aus, dass einige für die Jugendarbeit in Staufen wichtige Vertreterinnen und Vertreter in der Planungsgruppe nicht repräsentiert waren. Dies passierte, weil die Verantwortlichen zum entsprechenden Zeitpunkt mit den Strukturen vor Ort noch nicht genügend vertraut waren. Hier musste an manchen Stellen im Verlauf der Studie nachgearbeitet werden, um beispielsweise die Staufener Jugend- und Kulturinitiative, den Träger des bisherig selbstverwalteten Jugendzentrums, mit im Boot zu haben.

Befragen und Aktivieren als Teil von Jugendarbeit begreifen

Für die an der Studie beteiligten Forscher und Praktiker ist klar, dass hier trotz aller Schwierigkeiten ein Weg beschritten wurde, der sich auch künftig zu gehen lohnt. Gerade auch die Verknüpfung von wissenschaftlicher und praktischer Arbeit, die Kombination von empirischer Erhebung und praktischer Prüfung der Ergebnisse im Feld, die in der Studie handlungsleitend waren (und auf die in diesem Beitrag nur am Rande eingegangen werden konnte), wurden als sehr fruchtbar erlebt. Auf diese Art und Weise kann es gelingen, dass eine konzeptionelle Basis für Jugendarbeit geschaffen wird, die – weil empirisch gesichert und von allen Beteiligten gewollt und mitgestaltet – effektiv, qualitativ

und für die Betroffenen hilfreich und zufriedenstellend ausfällt. Die Frage ist aber noch nicht beantwortet, wie viel Zeit und Geld die Öffentlichkeit und die Entscheidungsträger bereit sind, in solche differenzierte Vorgehensweisen zu investieren, und inwieweit sie willens sind, langfristig zu denken und zu handeln, auch wenn es dauert und Geld kostet, bis konkrete Ergebnisse sichtbar sind.

Wie auch immer sich die öffentliche Meinung entscheiden wird, die Jugendstudie Staufen wird in jedem Falle im Hinblick auf die Erarbeitung einer Konzeption für die Offene Jugendarbeit und auf jugendhilfeplanerische Aufgaben in den nächsten Jahren eine nachhaltige Wirkung haben.

Anmerkungen

1

Die Arbeit der Agenda-21-Gruppe „Jugend und Schule“ und Diskussionen im Gemeinderat im Hinblick auf die Situation junger Menschen in Staufen führten zu dem Entschluss, diesbezüglich im Gemeinwesen präventiv tätig zu werden und den Bereich „Offene Jugendarbeit“ verstärkt in den Blick zu nehmen. Der Staufener Gemeinderat, die Jugendhilfeplaner des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald und Vertreter des SOS-Kinderdorfes Schwarzwald in Sulzburg, das sich seit längerem in der gemeindebezogenen Offenen Jugendarbeit engagiert, analysierten die Beobachtungen und Einschätzungen aller Beteiligten und kamen überein, eine Jugendreferentin anzustellen und eine Jugendstudie zur Situation der Jugendlichen in Staufen, Grunern und Wettelbrunn in Auftrag zu geben. Das SOS-Kinderdorf Schwarzwald übernahm im Rahmen eines Kooperationsvertrages die Einstellung der künftigen Jugendreferentin. Die Finanzierung der Jugendstudie wurde durch die Bereitstellung von Mitteln durch den SOS-Kinderdorf e.V., die Egon-Härtenstein-Stiftung, die Jugendstiftung Baden-Württemberg sowie den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald gesichert.

2

Eine Dokumentation der Jugendstudie Staufen mit detaillierter Schilderung des Aufbaues und Ablaufes, der Bausteine und Ergebnisse der Studie wird 2003 erscheinen.

3

Das Freiburger Forschungsinstitut für angewandte Sozialwissenschaft e.V. (FIFAS) wurde beauftragt, die wissenschaftliche Begleitung und Dokumentation der Jugendstudie zu übernehmen. Das FIFAS beteiligte sich bereits an der Entwicklung der Grundlagen der Studie und übernahm im weiteren Verlauf die Ausarbeitung des Untersuchungsdesigns und des Fragebogens sowie dessen Auswertung. Das Sozialpädagogische Institut im SOS-Kinderdorf e.V. (SPI) übernahm die wissenschaftliche Beratung des SOS-Kinderdorfes Schwarzwald, das die Projektleitung der Studie innehat.

Die Situation Jugendlicher in Staufen

Staufen, das kleine Städtchen mit den dazugehörigen Teilorten Grunern und Wettelbrunn, liegt etwa zwanzig Kilometer südlich von Freiburg im Breisgau. Es handelt sich um ein gewachsenes Gemeinwesen mit zirka achttausend Einwohnern, in dem Gemeinschaftsleben einen hohen Stellenwert genießt und ehrenamtliches Engagement große Tradition hat – was sich nicht zuletzt in der Tatsache ausdrückt, dass in Staufen über sechzig Vereine aktiv sind. Staufen ist eine Stadt mit Tradition, eine Stadt, in der man gerne alt wird – und in der mit über sechshundert jungen Menschen im Alter zwischen zwölf und neunzehn Jahren verhältnismäßig wenige Teenager leben. Allerdings halten sich in Staufen durch das ansässige Faust-Gymnasium, dessen etwas mehr als tausend Schüler zu achtzig Prozent aus Umlandgemeinden kommen, auch nachmittags und abends wesentlich mehr junge Menschen in Staufen auf, als die tatsächlichen Einwohnerzahlen belegen. Die Möglichkeiten für diese Kinder und Jugendlichen, ihre Freizeit in Staufen unabhängig von ihrem Zuhause und den Vereinsbeziehungsweise Verbandsstrukturen zu gestalten, beschränkten sich bislang auf ein von den Jugendlichen selbstverwaltetes Jugendzentrum, das von einem großen Teil der Jugendlichen genutzt, aber im Februar 2002 aufgrund vielfältiger Probleme geschlossen wurde, den Funpark (ein Gelände für Inlineskater, Skateboarder und BMX-Biker) und einige informelle Treffpunkte im Freien. In Gesprächen mit Jugendlichen und Eltern hört man immer wieder, dass sich junge Menschen in Staufen im Hinblick auf Angebote und kulturelle Veranstaltungen kaum wahrgenommen fühlen. Immer mehr Jüngere im Alter zwischen elf und vierzehn Jahren drängen zuletzt in das inzwischen geschlossene Jugendzentrum. Denn für diese Altersstufe gab es bislang keinerlei offene Angebote oder Einrichtungen, in denen sie sich treffen konnten. Außerdem gibt es eine wachsende Gruppe junger Menschen, die in ihrer Freizeit sich selbst überlassen bleibt, da sie sich weder in Vereinen noch im Jugendzentrum beheimatet fühlt – junge Menschen, die in Staufen scheinbar nicht präsent, aber sehr wohl existent sind.

Hans-Günter Schäfer, Jahrgang 1948, Diplomsozialpädagoge, Leiter des SOS-Kinderdorfes Schwarzwald in Sulzburg, mehrere Zusatzausbildungen im psychotherapeutischen Bereich (beispielsweise in Systemischer Familientherapie und Gesprächspsychotherapie).

Uta Güsewell, Jahrgang 1972, Diplomsozialarbeiterin, einjährige Planung und Umsetzung der Kinderstadt Lollytown in Kooperation mit einer Freiburger Gesamtschule, zweijährige pädagogische Mitarbeit in einer Wohngruppe für männliche Jugendliche und junge Erwachsene, seit Mai 2001 Mitarbeiterin des SOS-Kinderdorfes Schwarzwald in Sulzburg als Jugendreferentin in Staufen.

Wolfgang Tischner

Jahrgang 1951, Dr. paed., Diplom-pädagoge, Professor im Fachbereich Sozialwesen der Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule Nürnberg, daneben freiberuflich tätig als Supervisor und Organisationsberater. Arbeitsschwerpunkte: Pädagogik in der Sozialen Arbeit, Hilfen zur Erziehung, insbesondere Heimerziehung.

1. Das Dilemma

„Dies ist sicher: zu einer wirklich modernen Heimerziehung gehört ganz wesentlich, daß sie die Restfamilie des Kindes, die noch vorhandenen Angehörigen in die Lebenshilfe für das Kind mit einbezieht. Die Ausschaltung der Angehörigen liegt nahe, weil die Zusammenarbeit mit ihnen schwierig und unbequem ist. Aber die Ausschaltung der Angehörigen wäre eine zu billige Lösung.“ Diese von Andreas Mehringer 1962 im Rahmen eines in München gehaltenen Vortrages vertretene Position zum Thema „Elternarbeit in der Heimerziehung“ kann auch heute noch als im Grundsatz richtig gelten. Einerseits: Jedes Heim, selbst das beste, ist immer nur, wie Mehringer betont, Ersatz. Niemals kann es die gleiche Bedeutung für ein Kind haben wie seine Familie, sein Zuhause, zu dem es sich natürlicherweise zugehörig fühlt, mag es dort noch so Schlimmes erlitten haben. Andererseits stellt sich aus der Sicht des Heimes die nahe liegende Frage: Sind die Erziehungsschwierigkeiten des Kindes nicht großenteils im Verhalten seiner Eltern begründet und ist es deshalb nicht geboten, es von elterlichen Einflüssen weitestgehend fern zu halten? Dieses Dilemma macht den Grundwiderspruch aus, mit dem es jede Elternarbeit im Heim zu tun hat.

2. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz als Rechtsgrundlage

Das nun seit mehr als zehn Jahren in Geltung befindliche Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) bezieht klar Stellung zu Gunsten des grundgesetzlich garantierten Rechtes der Eltern auf „Pflege und Erziehung“ ihres Kindes. Dieses Elternrecht wird gemäß Geist und Buchstaben des KJHG auch nicht durch die Fremdunterbringung eines Kindes außer Kraft gesetzt. Im Gegenteil, der Gesetzgeber legt Wert darauf, die Eltern als Anspruchsberechtigte, wenn nicht gar als „Kunden“ von Jugendhilfe als einer Dienstleistung anzusehen. Entgegen der früher üblichen eingriffs- und ordnungsrechtlichen Jugendhilfepraxis nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz sollen die Eltern nun von Beginn der Maßnahme an als Mitwirkende in den gesamten Hilfeprozess einbezogen, soll ihr „Wunsch und Wahlrecht“ respektiert werden. Dies unterstreicht die Subjektstellung der Eltern im Hilfegeschehen: Sie sollen nicht Spielball einer oftmals undurchschaubaren staatlichen und quasistaatlichen Machtausübung sein, sondern eine aktive und selbstbewusste Rolle bei der Gestaltung der Hilfemaßnahme spielen.

3. Eltern- und Familienarbeit als formelle Beteiligung von Eltern und Kind

Damit ist das Heim, aber auch das für die jeweilige Familie zuständige Jugendamt ver-

bindlich aufgefordert, Elternarbeit zunächst einmal in Form der Beteiligung der Eltern an der Ausgestaltung der Maßnahme im Rahmen eines formell geregelten Verfahrens zu betreiben. Maßgebliches Instrument zur Realisierung dieses Anspruches ist der Hilfeplan nach Paragraf 36 des KJHG, der die konsensuale Einigung aller Beteiligten, so auch Eltern und Kind, auf gemeinsame Ziele und Vorgehensweisen als Ergebnis einer partnerschaftlichen Beratung beinhaltet. Dieses Einbeziehen von Eltern und Kind in die Ausgestaltung der Maßnahme basiert auf der Erfahrung, dass nur das eine realistische Chance auf Umsetzung hat, was von allen Beteiligten mitgetragen wird, auch wenn es sich nur um einen unter Umständen mühsam ausgehandelten Kompromiss handelt. Fühlen sich die Eltern nicht als gleichberechtigte Gesprächspartner ernst genommen, so muss von einem Scheitern der Maßnahme ausgegangen werden. Mit anderen Worten: Die Mitwirkung der Betroffenen darf nicht primär als ein freundliches Entgegenkommen der Jugendhilfe den Eltern gegenüber, als ein freiwilliges Zurückweichen des Obrigkeitsstaates missverstanden werden, sondern berührt vielmehr die Frage der Effektivität der gesamten Maßnahme in elementarer Weise, ist somit auch und nicht zuletzt eine Kostenfrage.

4. Das systemökologische Paradigma als theoretischer Hintergrund einer familienorientierten Heimerziehung

Neben grundgesetzlichen, politischen und ökonomischen Erwägungen spielen bei der Elternarbeit jedoch auch solche fachlicher Art eine nicht unwesentliche Rolle. Angeregt durch die Familientherapie, haben seit den Achtzigerjahren Überlegungen in die Sozialpädagogik Einzug gefunden, wonach die Verhaltensauffälligkeiten eines Kindes sinnvollerweise nur in ihrem jeweiligen sozialen Kontext zu betrachten seien. Auch dort, wo sich das auffällige Kind scheinbar gegen seine Familie stellt und mit ihr eine zermürbende Dauerfehde austrägt, erweist es sich bei näherem Hinsehen – folgt man dem „systemökologischen Paradigma“ (Theunissen 1992) – als loyaler Delegierter eben dieser Familie, der durch sein auffälliges Verhalten auch die Übernahme einer selbstdestruktiven Rolle nicht scheut, um das gefährdete Gleichgewicht des Familiensystems zu retten, die drohende elterliche Trennung zu verhindern, den begangenen Inzest zu verschleiern oder den aus der Familie exkommunizierten leiblichen Vater stellvertretend wieder in die familiäre Gemeinschaft hereinzuholen. Als Konsequenz aus diesen Einsichten arbeitet eine moderne Jugendhilfe und damit auch Heimerziehung heute familienorientiert, das heißt, sie beschränkt ihre Bemühungen nicht auf die Arbeit mit dem Kind, sondern bezieht die früher vernachlässigte, ja sogar abgewertete

und abgewehrte Restfamilie des Kindes in die sozialpädagogische Arbeit mit ein, und dies nicht neben der eigentlichen Arbeit mit ihm, sozusagen nur als flankierende Maßnahme, sondern als einen zentralen Bestandteil davon. Zugespitzt ließe sich formulieren: Adressat von Erziehungshilfe ist nicht allein das auffällige Kind, sondern seine Familie im Ganzen.

5. Verbessertes Fallverstehen als Chance familienorientierter Heimerziehung

Das Verhalten des sozial auffälligen Kindes im Heim ist – auch für die Professionellen – zunächst einmal ärgerlich, es provoziert, erregt Anstoß, macht wütend. Das Kind selbst vermag auf Nachfragen in der Regel keine plausible Erklärung dafür zu geben, warum es sich so verhält und nicht etwa angepasst, freundlich, sozial verträglich. Es hat eben nun mal „Bock, Mist zu bauen“. Der Sinn seines gemeinschaftswidrigen Verhaltens liegt nicht in ihm als Individuum verborgen, ebenso wenig wie in der Person seines Vaters oder seiner Mutter, sondern nur im Zusammenspiel aller. Es ist die Beziehungs- und Interaktionsdynamik der Familie in ihrer Gesamtheit, die dem Verhalten jedes einzelnen ihrer Mitglieder eine Bedeutung verleiht. Die systemökologische, familienorientierte Sichtweise ermöglicht einen interpretativen Zugang zur Lebenswelt des Kindes und seiner Familie. Sie bietet die Möglichkeit, die verborgenen Intentionen des kindlichen Verhaltens zu entschlüsseln, es anders zu bewerten und anders darauf zu reagieren, als es eine individuumbezogene Betrachtungsweise zuließe. Daher ist es von großem diagnostischem Wert für die sozialpädagogische Arbeit, das im Heim lebende Kind mit seiner Familie gemeinsam zu erleben, gelegentlich Hausbesuche durchzuführen und mit allen Familienmitgliedern Gespräche über ihre Lebenssituation zu führen. Ader und Schrapper (2002) haben als Zwischenergebnis eines Koblenzer Forschungsprojektes herausgestellt, dass es oftmals mangelndes Verstehen der Dynamik des Familien- und Hilfesystems auf Seiten der Professionellen ist, das aus Kindern in Schwierigkeiten schwierige Fälle werden lässt. Die Qualität des Fallverstehens sei besonders im Umgang mit den so genannten Schwierigen von entscheidender Bedeutung, da Probleme und Situationen, die nicht verstanden werden, nicht nur ungelöst bleiben, sondern zusätzlich noch verschärft werden.

6. Vermeiden von Konkurrenz und Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zwischen Heim und Familie

Das KJHG sieht ausdrücklich vor, dass bei Fremdunterbringung eines Kindes darauf hingewirkt werden soll, „daß die Pflegeperson oder die in der Einrichtung für die Erzie-

hung verantwortlichen Personen und die Eltern zum Wohl des Kindes oder des Jugendlichen zusammenarbeiten“ (§ 37). Diese Rechtsvorschrift erwuchs aus der bitteren Erfahrung, dass es in der Vergangenheit zwischen dem Heim und der Familie des Kindes immer wieder zu offenen oder ungründigen Rivalitäten, ausgehend vom Streit um die Frage, wer von beiden die besseren Eltern seien, gekommen war. Die Eltern, ohnehin mit Schuld- und Versagensgefühlen belastet, fühlten sich von den Heimmitarbeiterinnen und -mitarbeitern oftmals abgewertet und von der Erziehung ihres Kindes ausgeschlossen. Die Eltern ihrerseits konterten, indem sie – offen oder verdeckt – gegen das Heim arbeiteten und es vor ihrem Kind schlecht machten. Das pädagogisch äußerst problematische Ergebnis war ein massiver Loyalitätskonflikt für das Kind, dessen Verhaltensauffälligkeiten sich dann meist gravierend steigerten.

Fachkräfte in einem familienorientiert arbeitenden Heim vermeiden derartige Rivalität schon im Ansatz dadurch, dass sie bereits im Vorstellungsgespräch signalisieren, die Eltern keinesfalls ersetzen zu wollen, sondern mit ihnen ein komplementäres Kooperationsverhältnis anstreben, das die Eltern in ihrer primären Verantwortung für ihr Kind belässt (Tischner 1994). Atmosphärisch wird aufkeimenden Ängsten und Rivalitätsgefühlen seitens der Eltern dadurch begegnet, dass ihnen die Heimmitarbeiterinnen und -mitarbeiter mit Wertschätzung und Offenheit begegnen.

7. Vermeiden von Brüchen in der Lebenswelt des Heimkindes und pädagogische Elternarbeit

Das Kind unterhält und entwickelt nicht nur (Loyalitäts)bindungen sowohl zu seinen Eltern als auch zu seinen Betreuerinnen und Betreuern im Heim, es lebt auch in zwei verschiedenen Welten: in der Welt der Familie und in der des Heimes. Damit ist es Teil von zwei verschiedenen Systemen, die unterschiedlich „funktionieren“, und stellt sozusagen ein Bindeglied zwischen ihnen dar. Je nachdem, wie beide Welten, beide Systeme sich zueinander verhalten, ob sie sich gegeneinander abschotten oder füreinander öffnen, ob sie gegeneinander oder miteinander arbeiten, erlebt das Kind seine Welt als eine einheitliche oder gebrochene. Nach Bronfenbrenner (1981) bilden Familie und Heim für das Kind jeweils „Mikrosysteme“, macht ihre Relation zueinander ein „Mesosystem“ aus. Er vertritt die Auffassung, dass für ein Kind das entwicklungsfördernde Potenzial eines Mesosystems dann am größten sei, wenn die es bildenden Mikrosysteme durch wechselseitige Kommunikation, persönlichen Austausch und gegenseitige Unterstützung miteinander verbunden sind.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es pädagogisch von großem Nutzen, wenn Heim und Familie sich über die kindbetreffenden Fragen gegenseitig informieren, sodass jede Partei weiß, was bei der anderen vor sich geht, sei es telefonisch, in Tür-und-Angel-Gesprächen, Übergabegesprächen anlässlich von Beurlaubungen, pädagogischen Elterngesprächen oder Hilfeplangesprächen. Für das Kind ist es wichtig zu wissen, dass beide Seiten gut übereinander informiert sind und vor allem dass sie pädagogisch an einem Strang ziehen. Bewährte Möglichkeiten des Brückenschlages zwischen Heim und Familie sind Familiennachmittage oder auch ganze Wochenenden, eine Einladung der Familie zum Sommerfest, Weihnachtsmarkt und so weiter.

8. Therapeutische Eltern- und Familienarbeit – ohne Auftrag?

Folgt man der systemökologischen Prämisse, so lassen sich die kindlichen Verhaltensauffälligkeiten nicht nachhaltig abbauen, ohne die Familie als System in die Arbeit des Heimes mit einzubeziehen; das familiäre Beziehungs- und Interaktionsgefüge im Ganzen bedarf der Veränderung. Die Familie muss dabei unterstützt werden, einen neuen Gleichgewichtszustand zu finden, ohne dabei ein Problemkind zu erzeugen. Das bedeutet, dass über die pädagogische, also ausschließlich auf das Kind und seine Erziehung bezogene Elternarbeit hinaus auch eine therapeutische Arbeit mit der Familie notwendig ist (Neumeyer 1996).

Für die Eltern ist bei der Unterbringung ihres Kindes jedoch meist klar, dass die Gründe für ihr erzieherisches Scheitern beim Kind liegen. Die Heimunterbringung bildet in der Regel den Abschluss einer Kette von Versuchen, mit Hilfe sozialpädagogischer und therapeutischer Maßnahmen die zermürbenden Auseinandersetzungen innerhalb wie auch außerhalb der Familie zu beenden. Danach verspüren die Eltern keinen Problemdruck mehr und haben daher häufig wenig Interesse, sich einer belastenden Familientherapie zu unterziehen; vielmehr herrscht oft der Wunsch nach Stabilisierung der Restfamilie vor. Die Eltern wollen dann verständlicherweise keine Beratung zu ihren Problemen, sie wollen vielmehr, dass ihr Kind erzogen wird. Vor diesem Hintergrund gilt es für die Heimmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, ihre Erwartungen im Hinblick auf therapeutische Eltern- und Familienarbeit sehr niedrig zu halten und sich zunächst auf eine längere Phase des Aufbaues eines Vertrauens- und pädagogischen Kooperationsverhältnisses einzurichten. Es erfordert viel Fingerspitzengefühl seitens der Fachkräfte, den Fokus der Aufmerksamkeit allmählich von den Problemen des Kindes hin zu jenen der Familie und

hier besonders der Eltern zu lenken. Dass diese Arbeit nicht immer von außerhalb des Gruppendienstes stehenden Fachleuten übernommen werden muss, sondern auch von entsprechend weitergebildeten Gruppenpädagoginnen beziehungsweise -pädagogen mit Erfolg bewerkstelligt werden kann, zeigt der sehr interessante Versuch von Schindler (1996).

9. Eltern- und Familienarbeit – ein Stiefkind der Heimerziehung

Wie auch jüngere Untersuchungen, zum Beispiel die JULE-Studie, zeigen (Bürger 1998), besteht nach wie vor eine erhebliche Kluft zwischen dem Anspruch vieler Einrichtungen, auch mit den Eltern und der Familie des Kindes zu arbeiten, und der Realität. Obwohl das KJHG in Paragraf 37 eine „begleitende Beratung und Unterstützung der Familie“ ausdrücklich vorsieht und es längst erwiesen ist, dass zwischen Eltern- und Familienarbeit und dem Erfolg eines Heimaufenthaltes ein signifikanter Zusammenhang besteht, wird eben diese Arbeit in den meisten Einrichtungen nicht nur aufgrund knapper Ressourcen weitgehend vernachlässigt. In der Tradition des geisteswissenschaftlichen Stammvaters der modernen Sozialpädagogik Herman Nohl und seiner Theorie des pädagogischen Bezugs befindlich, versteht man sich leider noch immer einseitig und parteilich als „Anwalt des Kindes“ und nicht auch seiner Familie (Thiersch 1997).

Literatur

Ader, Sabine & Schrapper, Christian (2002). Wie aus Kindern in Schwierigkeiten „schwierige Fälle“ werden. Forum Erziehungshilfen, 1, 27–34.

Bronfenbrenner, Urie (1981). Die Ökologie der menschlichen Entwicklung. Stuttgart: Klett-Cotta.

Bürger, Ulrich (1998). Die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den Eltern aus Sicht der Ergebnisse jüngerer Forschungsvorhaben. In Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern (Hrsg.), Erziehungshilfe in Zusammenarbeit mit den Eltern (S. 17–30). Stuttgart: Eigenverlag.

Mehring, Andreas (1982). Das Heimkind und seine Angehörigen. In A. Mehring, Heimkinder. Gesammelte Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der Heimerziehung (3., erweiterte Auflage) (S. 118–128). München: Reinhardt.

Neumeyer, Willibald (1996). Heimerziehung und Familienarbeit: Konzepte, Probleme, Lösungen. Unsere Jugend, 3, 120–150.

Neumeyer, Willibald (1998). Therapie ohne Auftrag? Zur systemischen Familientherapie in der stationären Jugendhilfe. Unsere Jugend, 4, 167–177.

Schindler, Hans (1996). Familientherapeutisch orientierte Arbeit im Heim. In H. Schindler (Hrsg.), Unheimliches Heim. Von der Familie ins Heim und zurück!?! (S. 37–53). Dortmund: verlag modernes lernen.

Schrapper, Christian (1998). Beratung und Begleitung statt Eingriff und Kontrolle? In R. Beinroth (Hrsg.), Familie und Jugendhilfe (S. 31–50). Neuwied: Luchterhand.

Theunissen, Michael (1992). Heilpädagogik und Soziale Arbeit mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen. Freiburg: Lambertus.

Thiersch, Hans (1997). Elternarbeit im Heim. In H. Thiersch, Lebensweltorientierte Soziale Arbeit (3. Auflage, S. 105–115). Weinheim: Juventa.

Tischner, Wolfgang (1994). Das Vorstellungsgespräch in der Heimerziehung. Ein aussagekräftiges systemisches Diagnoseinstrument und eine entscheidende Weichenstellung für die Zusammenarbeit mit der Familie. Unsere Jugend, 8, 352–368.

Thomas Rau
Gabriele Vierzigmann



Auf dem Weg zu einem neuen Stadtteil

*Der SOS-Gemeinwesentreffpunkt
in der Schalthaussiedlung in Merzig*

Zwischen den Häuserblocks in der Schalthaussiedlung breiten sich Rasenflächen aus, die früher ungenutzt brachlagen. Als der SOS-Gemeinwesentreffpunkt gerade entstanden war, forderten die Bewohnerinnen und Bewohner uns, also das Treffpunktteam (1), immer wieder auf, doch der Stadt Bescheid zu sagen, dass der Rasen wieder einmal gemäht werden müsste. „Das könnten die doch selber sehen, wenn die hier durchfahren, aber die Siedlung ist ja nichts wert“, sagten sie bitter. Inzwischen sind die Rasenflächen nicht wiederzuerkennen. Die Menschen haben die Flächen zwischen den Häusern aufgeteilt und mit Freunden und anderen Hausbewohnern zusammen Gartenhäuschen gebaut, Sträucher gepflanzt, Spielflächen für die Kinder geschaffen. Heute ist es keine Frage, dass jede Gartengemeinschaft ihren Rasen selbst mäht. Stolz zeigen die Bewohner ihren Besuchern die Beete und Grillplätze. Wie ist es zu dieser Veränderung gekommen? Die Sache mit dem Rasen ist ein gutes Beispiel dafür, dass Wertschätzung, Kooperationsangebote und viele kleine sichtbare und spürbare Veränderungen die Menschen ermutigen, die Gestaltung ihres Umfeldes nach und nach selbst in die Hand zu nehmen.

„Wir sind halt aus der Siedlung“

Eingeschnürt zwischen Umgehungsstraße, Bahnlinie, Umspannstation des Elektrizitätsunternehmens, von der sie ihren Namen hat, und zwei weiteren Industriebetrieben, liegt am Rande der Kleinstadt Merzig die Schalthaussiedlung, in der heute ungefähr dreihundertfünfzig sozial benachteiligte Menschen, darunter an die siebzig Kinder und Jugendliche, in beengten und dürftig ausgestatteten Wohnungen leben. Viele Alleinstehende und Familien, oft ganze Familienclans leben seit Generationen hier. Andere werden aufgrund ihrer Obdachlosigkeit in die Siedlung eingewiesen. Mit sehr wenig Geld auskommen, immer wieder arbeitslos sein und von der Stütze leben müssen ist für die Bewohner der Schalthaussiedlung ein gewohnter Zustand, mit dem sie sich mehr oder weniger arrangiert haben. Die Armut und die miserablen, unhygienischen Wohnverhältnisse ziehen eine ungesunde Ernährungsweise, Alkoholabhängigkeit und eine schlech-

te körperliche Verfassung nach sich. Ein direkter, oft rüder Umgangston, lautes Gebahren, mit Muskelkraft ausgetragene Auseinandersetzungen, aber auch zusammenhalten und sich gegenseitig unkompliziert unter die Arme greifen, wenn wieder einmal Not am Mann ist, sind typisch für die Bewohner der Schalthaussiedlung.

Wenn ein Sozialraum eine „gewachsene, gelebte Struktur innerhalb geografisch bestimmbarer Grenzen ist, in denen sich die Interaktions- und Deutungsmuster der Adressaten, professioneller Akteure und Einrichtungen jeweils spezifisch abbilden und der sich daher in den Strukturen von benachbarten Sozialräumen unterscheidet“ (Klawe 2000, S. 439), ist die Schalthaussiedlung in Merzig gewiss der Prototyp eines Sozialraumes im Kleinen. Wir haben hier viel Zusammenhalt und Unterstützung unter der Bewohnerschaft vorgefunden, aber auch Ausgrenzung in der Ausgegrenztheit miterlebt. Die Siedlung wurde lange behandelt wie der Mülleimer der Stadt: Diejenigen, die man anderenorts nicht haben wollte, wurden hierhin ausquartiert. An einem Freitagnachmittag im Februar 1997 fuhr eine junge alkoholranke Frau mit einem Kleinbus voller Habseligkeiten und Kleinmöbel vor unserem Fenster vor und wollte ihr Obdachlosenzimmer beziehen, das ihr von der Stadt zugewiesen war. Draußen schneite es, und es piff ein kalter Wind. In dem Zimmer stand nur ein Tisch. Möbel hatte die Frau mehr dabei, als sie unterbringen konnte, weil vom Gerichtsvollzieher ihre Wohnung geräumt worden war, aber sie besaß keinen Ofen. Ihr Erscheinen hatte Aufmerksamkeit erregt, und zehn Minuten, nachdem sich ihr Problem herumgesprochen hatte, waren von den Bewohnern aus einem Keller ein Holzofen und Holz organisiert und bis in ihr Zimmer getragen, damit die Frau übers Wochenende nicht erfrieren musste. Diese unkomplizierte Hilfeleistung hat uns sehr beeindruckt, aber wir wissen auch um die Kehrseiten. Denn die Menschen in der Siedlung machten sehr wohl Unterschiede zwischen denen, die dazu gehören, und denen, die ihrer Meinung nach noch eine Stufe tiefer stehen als sie selbst. Viele der alteingesessenen Familienclans sahen beispielsweise auf die neuen Bewohnergruppen, insbesondere auf die Aussiedlerfamilien und die männlichen Obdachlosen, herunter

und ließen diese ihre Ablehnung und Missachtung deutlich spüren.

Dieser Dynamik zum Trotz konnten wir hier die Identitätsentwicklung eines Stadtteiles beobachten und miterleben, wie sich die Bewohner dem Ruf, „ein sozialer Brennpunkt zu sein“, entgegengestemmt haben. Dabei wollten und wollen wir sie unterstützen, indem wir die Entwicklung von Individuen fördern und dadurch etwas für die Gemeinschaft bewirken und indem wir uns für die Gemeinschaft einsetzen und darüber individuelles Engagement und Verantwortung stärken. Unserer Ansicht nach geht es darum, dass Menschen ihre Rechte wahrnehmen und in Würde leben können – unabhängig davon, welchen Status und welches Ansehen sie haben.

Anspruch sozialraum- und gemeinwesenorientierter Ansätze ist es, über die Einzelfallhilfe hinaus etwas für das Gemeinwesen, für die Bewohner des Stadtteils und den Stadtteil selbst zu erreichen. Individuelle Problemlagen sollen in gesellschaftliche Zusammenhänge gestellt, „die Bewohner in einem Stadtteil sollen ermutigt und befähigt werden, ihre gemeinsamen Probleme zu erkennen und deren Lösung selbsttätig und öffentlich anzugehen“ (Teske und Gögercin 2000, S. 33). Als wir im Februar 1996 begannen, eine der maroden Wohnungen für uns herzurichten, und unsere Arbeit aufnahmen, sahen wir uns von diesem Anspruch noch weit entfernt: Die Bewohner hatten nämlich keineswegs die Absicht, sich von uns „aktivieren“ zu lassen. Ihre Probleme selbst in die Hand zu nehmen hatten sie des Öfteren versucht, waren damit aber nicht weit gekommen. Sie hatten einen Siedlungsrat e.V. gegründet und ein Gemeindehaus bewirtschaftet. Sie hatten sich über zwanzig Jahre lang immer wieder erfolglos um eine Sanierung und Modernisierung der Wohnhäuser bemüht. Aber statt Hilfe von der Stadt zu erhalten, erlebten sie eine zunehmende Stigmatisierung, denn um sie herum nahm die Lebensqualität der Menschen zu, sie aber wohnten nach wie vor in „Löchern“ und waren als das „Gesindel aus der Schalthausiedlung“ verrufen.

Dabei hatten die Bewohner eine lange Geschichte des Engagements ehrenamtlicher und professioneller Helferinnen und Helfer in der Schalthausiedlung hinter sich: Mitglieder der Kirchengemeinde setzten sich ein, über zehn Jahre lang versuchte eine hauptamtliche Kraft mit vielen freiwilligen Helfern im so genannten Schalthausbüro, die Wohnsituation und die Lebensbedingungen zu verbessern, ein Trägerverein für den Siedlungsrat wurde gegründet, von Kreis, Stadt und Kirche wurde eine befristete ABM-Stelle für den Aufbau von Freizeitaktivitäten für Kinder finanziert, es gab Versuche, eine Wärmestube und einen offenen Treff zu installieren, eine Anleiterin für eine BSHG-Maßnahme war in einer Bausache tätig. Nachdem der Siedlungsrat nicht zuletzt wegen mangelnder fachlicher Begleitung gescheitert, der Trägerverein aufgelöst, die ABM-Maßnahme wieder einmal beendet war, die Fluktuation unter den Helferinnen und Helfern kein Ende nahm und zugleich der öffentliche Druck ob der unhaltbaren Zustände in der Siedlung auf die Stadt Merzig wuchs, entschloss sich diese, die Gemeinwesenarbeit in die Hand eines Trägers zu legen, und übertrug dem SOS-Kinderdorf Saar (2) diese Aufgabe.

Tun, was auf der Hand liegt

Die Situation, die wir vorfanden, war desolat und für die Kinder und Jugendlichen besonders belastend: Vier Menschen in einer Zweiraumwohnung ohne Bad und Küche. Kein Platz zum Spielen, weder in der Wohnung noch außerhalb, kein Raum und keine Ruhe, um Hausaufgaben zu erledigen, keine Anregung und Beschäftigungsmöglichkeiten in der Freizeit, kaum Kontakt zu Kindern außerhalb der Siedlung. Dafür Lernstörungen, Schulschwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten und ein ganz schlechtes soziales Image.

Also tat das Treffpunktteam zunächst das, was auf der Hand lag: die Spielplatzsituation verbessern, Hausaufgabenbetreuung und Schülerhilfe anbieten, Freizeitangebote machen – alles Dinge, die dringend gebraucht wurden, und die sofort bewerkstelligt werden konnten. Die meisten Kinder kamen von Anfang an gerne und freiwillig in die Schülerhilfe, wo sie in mehreren Gruppen in Ruhe und unter kompetenter Aufsicht ihre Hausaufgaben erledigen konnten. Manchmal wurden sie auch von ihren Eltern geschickt, die erkannten, dass sie sich so entlasten konnten und die Kinder während der nachmittäglichen Arbeitszeit der Mütter versorgt waren. Das Angebot der Schülerhilfe reicht allerdings nicht für alle Kinder gleichermaßen aus. Kinder mit größeren Lerndefiziten und Konzentrationsschwächen benötigen mehr Zeit und Zuwendung durch die Betreuer als dies in einer Gruppe möglich ist. Diese Kinder holen in der Einzelförderung nach, was sie noch nicht können, beispielsweise lernen sie durch spielerische Übungen, sich besser zu konzentrieren. Unser Ziel ist es damals wie heute, Kinder so zu unterstützen, dass sie einen schulischen Abschluss schaffen, um sich so den Weg zu öffnen für eine Ausbildung und ein Leben in geringerer Abhängigkeit von öffentlichen Geldern wie Sozialhilfe und von Ansprüchen an die Arbeitsverwaltung. Die Förderung hierzu sollte bereits im Grundschulalter beginnen, deshalb ist uns die Schülerhilfe so wichtig (Kröger 2000).

Von Anfang an haben wir den Eltern die Sorge für den regelmäßigen Besuch von Schule, Schülerhilfe und Einzelförderung gelassen und sie diesbezüglich in die Pflicht genommen. Wir haben versucht, ihnen klarzumachen, dass ihre Unterstützung für die Kinder wichtig ist und dass eine enge Zusammenarbeit und ein Austausch zwischen ihnen und den Lehrerinnen beziehungsweise den Lehrern über die schulische und persönliche Entwicklung des Kindes ein notwendiger Baustein für den Schulerfolg der Kinder ist. Dem Lehrerkollegium der nahen Grundschule haben wir uns und unsere Arbeit vorgestellt und um ihre Bereitschaft zur Kooperation mit den Eltern geworben. Bald kam auch die erste Mutter mit einem Zettel in der Hand bei uns an, auf dem die schulische Situation ihres Kindes geschildert und ihr geraten wurde: „Bringen Sie den Jungen endlich in den Treffpunkt, er braucht die Unterstützung dringend und Ihnen würde die Entlastung doch auch gut tun“.

Dennoch sahen wir manchmal, dass diese offene Form der Jugendhilfe nicht ausreichte, um Kinder wie Familien wirklich sinnvoll zu unterstützen. Deshalb gründeten wir Ende 1999 im Kinderdorf eine sozialpädagogische Tages-

gruppe als eine intensivere Form der Familienunterstützung, die von Kindern aus der Schalthausiedlung ebenso wie von anderen Kindern besucht werden kann. Abgezielt wird zum einen auf eine Entlastung für Kinder und Herkunftssystem, indem die Kinder vom Schulende bis zum Abend gefördert und versorgt werden, und zum anderen auf die Veränderung der familiären Situation, damit die Hilfe nach absehbarer Zeit beendet werden kann. Zugleich setzen wir uns für einen Ausbau der Familienhilfe ein beziehungsweise in Einzelfällen für Sozialpädagogische Familienhilfe. Das Jugendamt vergibt Aufträge zur Erziehungs- und Familienberatung und zur Sozialpädagogischen Familienhilfe, auch für die Familien in der Schalthausiedlung, an verschiedene Träger. Wir haben die gewonnene Energie und Zeit in die Überwindung der Ghettoisolation gesteckt und zum Beispiel einmal in der Woche Sozialberatung im Stadtteil abgehalten und Gruppenaktivitäten für Kinder, Jugendliche und Bewohner aus dem Stadtteil angeboten.

An informelle Netze andocken

Durch Kontakte auf dem Spielplatz, Gespräche beim Abholen der Kinder im Treffpunkt und Beobachtungen beim Spazierengehen in der Siedlung bemerkten wir schnell, dass es zwischen den Frauen, die die Hauptlast der Versorgung und Ernährung der Familien trugen, enge Bezüge gab. Sie trafen sich informell und tauschten sich über ihre Alltagsprobleme aus, wobei Fragen der Kindererziehung und Wohnungsprobleme im Vordergrund standen. Wir versuchten, Zugang zu dieser bestehenden Gruppierung zu bekommen, und bis zur heute regelmäßig stattfindenden Frauengruppe war es letztlich kein großer Schritt mehr, zumal wir uns ja ohnehin schon um die Kinder kümmerten.

Die Frauen waren entnervt vom baulichen Zustand der Häuser und Wohnungen, und für uns war es ein Leichtes, für viele kleine Wohnungsprobleme schnelle Abhilfe anzubieten. Wir bewerkstelligten beispielsweise kleinere bauliche Veränderungen, wie das Einsetzen einer neuen Türe oder die Reparatur eines Schlosses. Die Frauen merkten auf einmal, da tut sich etwas, und wenn eine von ihnen zu uns sagt: „Hilfst du mir morgen das zerbrochene Oberlicht zu ersetzen, damit die Katzen endlich nicht mehr in den Flur pissen?“⁴, dann sind wir da mit Werkzeug und mit der Nachbarin, die eine Stehleiter hat, und einen Onkel, der sich mit Glaserarbeiten auskennt. Auf diese Weise begannen wir uns in das bis heute bestehende Netz der Bewohnerinnen einzuknüpfen, und gemeinsam mit ihnen bauten wir die gegenseitigen Hilfen zur Alltagsorganisation aus, bei Umzügen, bei der Beschaffung von Möbeln oder bei Ämtergängen und Mietangelegenheiten.

Die Position der Frauen im Stadtteil und in den Familien ist schwierig und zwiespältig. Sie erziehen die Kinder, versorgen den Haushalt und tragen häufig durch Nebenjobs zum Einkommen der Familie bei, denn die Arbeitsmöglichkeiten, die auf dem heutigen Arbeitsmarkt für Menschen ohne Qualifikationen offen stehen, sind meist auf Frauen ausgerichtet. Ihr Selbstverständnis aber ist im Traditionellen verfangen. Viele von ihnen kämen nie auf

die Idee, etwas gegen den Willen ihrer Männer zu unternehmen. Diese bestimmen, ob die Frau die Wohnung verlassen und abends beispielsweise an einem Gruppenangebot teilnehmen darf. Vor allem ältere Frauen für unsere Gruppenangebote zu gewinnen ist also ohne die Zustimmung der Männer gar nicht möglich.

Anders ist das bei den Jüngeren. Wir beobachten seit längerem eine Generation von jungen Frauen, die von den Maßnahmen des Treffpunktes besonders profitieren und an der Schwelle zu einer anderen Lebensperspektive stehen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Siedlung gibt es eine Generation von Frauen, die eine Ausbildung gemacht haben, berufstätig sind oder sein wollen und ein Leben außerhalb der Siedlung planen. Damit verlassen sie aber auch vertrautes Terrain, die Menschen, mit denen sie aufgewachsen sind, und setzen sich den Reaktionen und Maßstäben anderer Bevölkerungsgruppen aus. Diese Frauen tun sich schwer mit der neuen Rolle. Ihre sozialen Fähigkeiten hinken dem selbst gesetzten Anspruch hinterher, und ihre Aufstiegswünsche bringen sie in belastende Loyalitätskonflikte vor allem mit ihren Müttern: Entwerten sie dadurch nicht den Lebensweg der Mütter? Wie weit dürfen sie sich von deren Werten und Zielen entfernen, ohne die Beziehung zu ihnen zu gefährden?

Unser Weg, Zugang zu bereits bestehenden Gruppen in der Siedlung zu finden, war bei den Frauen der Siedlung einfacher zu beschreiten als bei den Männern. Die Männer hatten keine informellen Netze und waren sehr viel schwerer zu erreichen. Wenn sie Arbeit hatten, waren sie bis in den Abend hinein nicht in der Siedlung, hatten sie – wie meistens – keine, zogen sich viele von ihnen in einen Kokon aus verletztem Stolz und Minderwertigkeitsgefühlen zurück. Die Mehrzahl der männlichen Bewohner der Siedlung hat aufgrund fehlender beruflicher Qualifikation so gut wie keine Chancen auf eine Anstellung. Dementsprechend haben die Männer das Gefühl, ihr Leben in einer ständigen Warteschleife zu verbringen: Warten auf Arbeit, Warten auf eine ABM, Warten auf die Verlängerung, Warten auf den Bescheid, Warten auf das Ende der Wartezeit, bis vielleicht die nächste ABM beginnen kann. Die fehlenden Perspektiven, die Langeweile, der Überdruß fördern den Alkoholmissbrauch und die Selbstherrlichkeit im familiären Verhalten.

Ein männlicher Mitarbeiter des Treffpunktes war von Anfang an in der Siedlung präsent, unterhielt sich mit den Männern, trank ein Bier mit ihnen und war immer wieder sichtbar mit Tätigkeiten beschäftigt, auf die die Männer ihn ansprechen und bei denen sie mitmachen konnten. Weil er zuverlässig und zugewandt war, handwerklich geschickt und mit jedem reden konnte, erwarb er sich bald allgemeines Ansehen. Über kleine gemeinsam bewältigte Angelegenheiten wurde der Boden für Verbundenheits- und Zugehörigkeitsgefühle bereitet und ein Vertrauensverhältnis aufgebaut. Nach längerer Zeit war zu beobachten, dass etliche der Männer aktiver in der Siedlung wurden, Reparaturarbeiten übernahmen und sich an sozialen Veranstaltungen beteiligten.

Schwieriger noch war die Sache mit den jüngeren Männern. Unser Projekt hat die damals Fünfzehn- bis Sechzehnjährigen nicht mehr erreicht; für diese Altersgruppe

hätten es speziellere Angebote wie eine Begegnungsstätte, Treff- und Aktivitätsmöglichkeiten, geben müssen. Solche Angebote zumindestens für die nachwachsende Generation zu bewerkstelligen ist heute gelungen. Es gibt ein School-out-Cafe als Begegnungsstätte für Jugendliche im Stadtteil und einen regelmäßigen Jugendtreff für die Fünfzehn- bis Achtzehnjährigen in der Schalthausiedlung.

Die Männer sind für uns nach wie vor eine Schlüsselgruppe, wenn es darum geht, die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Die Nähe zu ihnen und die Kenntnis ihrer Situation halfen uns, uns präventiv und niedrigschwellig einzumischen, wenn wir beispielsweise beobachten, dass der Alkoholenuss überhand nimmt und Gewalttätigkeit wahrscheinlich wird. Aber es ist auch die Gruppe, deren Lebenssituation am schwierigsten zu beeinflussen ist.

Problemfelder entschärfen

Ein weiterer wichtiger Schritt bestand darin, auf die Stadt einzuwirken, damit sie ihre Belegungspolitik veränderte und nicht länger allein stehende männliche Obdachlose jeden Alters in einem zentral gelegenen Haus im alten Teil der Siedlung unterbrachte. Dieses Haus bildete einen ständigen Konfliktherd: Ältere Obdachlose wurden von den jüngeren drangsaliert, die Bewohner der nahe stehenden Häuser fühlten sich durch Lärm und Gestank belästigt und hatten Angst, sich in der Nähe dieses Hauses aufzuhalten. Alle Bewohner fürchteten die nächtlichen Eskalationen und hatten es satt, dass nahezu jeden zweiten Tag die Polizei in der Siedlung vorfuhr. In Zusammenarbeit mit den Betroffenen, dem Ordnungsamt und der Stadt als Wohnungseigentümerin ist es uns gelungen, den Abriss des „Obdachlosenblockes“ durchzusetzen und zu erreichen, dass die Belegung von Wohnungen und Häusern von da an bewusster vorgenommen wird und die Bedürfnisse und Probleme der Betroffenen dabei berücksichtigt werden. Damit hat sich die Situation in der Siedlung deutlich entspannt, trotzdem stellt uns dieser Personenkreis täglich vor neue Aufgaben. Wir versuchen, gezielte Angebote für die eingewiesenen Menschen zu machen, und stellen beispielsweise in unseren Räumen eine öffentliche Dusche und Waschmaschine kostenlos bereit.

Ein Obdachloser kam eine Zeit lang jeden Mittag zu uns, um sich eine Dose aufzuwärmen, denn sein Herd war kaputt. Vor allem aber suchte er Ansprache, um sich über seine schwierige Wohnsituation auslassen zu können; er lebte mit zwei jungen, lebhaften Männern in einer Wohnung, die um ihn herum jede Nacht zum Tage machten. Nachdem er eine eigene Einzimmerwohnung bezogen hatte, sein Herd repariert war und durch einen Münzstromzähler auch wieder Elektrizität zur Verfügung stand (der Preis war so eingestellt, dass mit jeder Mark auch Schulden getilgt wurden), brachte er uns eines Tages überraschend eine besondere Suppe, die er gekocht hatte, für unseren Mittagstisch: Wir hätten doch selten Zeit, in Ruhe etwas Warmes zu essen! So hatte die Perspektive gewechselt. Während wir vorher einen Beitrag zu seiner Verpflegung geleistet hatten, war nun er derjenige, der für uns sorgte.

*Josef Bals, 53 Jahre,
bohrt Fachträgerlöcher für ein
Möbel- und Regalsystem*





Sich einmischen und sich verbünden

Nachdem erste Fortschritte sichtbar geworden waren, sich unsere Angebote zur Unterstützung bei der Alltagsbewältigung herumgesprochen hatten und uns zugetraut wurde, dass wir Wertschätzung und Respekt nicht von der Automarke abhängig machen, begannen die ersten Bewohner, uns mit konkreten Anliegen aufzusuchen. Damals kam beispielsweise die Sache mit den Rasenflächen ins Rollen. Statt sich zum hundertsten Mal bei der Stadt zu beschweren, haben die Bewohner auf unsere Initiative hin überlegt, was sie gerne mit den Freiflächen in der Siedlung anfangen würden und wie sie ihre Ideen dazu umsetzen könnten. Die Bewohner kümmerten sich mit unserer Unterstützung darum, dass Gärten angelegt und Sitzplätze geschaffen wurden. Sie treiben bis heute die Außengestaltung weiter voran und finden Geldgeber, indem sie Patenschaften für Baumpflanzungen vermitteln. In Zusammenarbeit mit ehrenamtlich engagierten Managern der Ford-Werke entstand auf dem Gelände der Siedlung ein Bolzplatz, dessen hölzerne Tore bis heute stehen und nicht, wie geunkt worden war, in den Öfen der Bewohner verschwanden. Im Gegenteil, die Kinder mähen diesen Rasen selbst und erhalten sich die Bespielbarkeit ihres Platzes. Die Möglichkeiten für die Männer, sich im eigenen Wohngebiet nützlich zu machen, wurden ebenfalls ausgebaut. Etliche übernehmen die Gestaltung und Pflege der Grünflächen zwischen den Häusern, Gartenhäuser zum eigenen Nutzen entstehen. Der Anblick der Siedlung und die Atmosphäre entwickeln sich positiv, Stolz und Zufriedenheit der Menschen wachsen.

Die Bewohner machten sich also für die Durchsetzung gemeinsamer Interessen stark und akzeptierten uns als Verbündete. Sie mischten sich mit unserer Unterstützung wieder verstärkt bei Fragen der Sanierung der Wohnanlage und erreichten, dass 1999 endlich damit begonnen wurde. Durch intensive fachliche Zusammenarbeit zwischen Stadt und Gemeinwesentreffpunkt bei der Antragstellung ist es gelungen, dass die Schalthausiedlung im Bundesprogramm „Soziale Stadt“ zum Zielgebiet erklärt und für die Verbesserung der Bausubstanz erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt wurden. So ist inzwischen die Hälfte der Häuser neu isoliert und verputzt, Bäder wurden neu eingebaut oder renoviert, und erstmals gibt es Wohnungen mit eigener Heizung. Die Bewohner hielten es für sinnvoll und gerecht, dass mit den Häuserblocks begonnen wurde, deren Ausstattung auf dem untersten Niveau lag, und sie setzten dieses Anliegen gegen die ursprünglichen Pläne der Stadt durch. Auf ihr Betreiben hin hat auch eine gefährliche Kreuzung am Ausgang der Siedlung einen Zebrastreifen bekommen.

Bald entstand der Plan, wieder eine Bewohnervertretung ins Leben zu rufen. Allerdings waren die Jahre der Selbstverwaltung, die im Streit und gegenseitigen Misstrauen geendet hatten, noch gut in Erinnerung, und viele hatten zunächst Bedenken. Die Zusicherung, dass eine Mitarbeiterin des Treffpunktes den Wohnerrat regelmäßig begleiten würde, gab letztlich den Ausschlag für die Neugründung. Anlässlich einer Landtagswahl haben einige Bewohner und wir neben dem Wahllokal ein Zelt aufgeschlagen, wo der Wohnerrat gewählt werden konnte. Die Wahlbeteiligung hierbei schlug diejenige bei der Landtagswahl um Längen! Seit drei Jahren gibt es

jetzt die Bewohnervertreterinnen und -vertreter, die sich für die Belange der Menschen in der Siedlung einsetzen. Der Wohnerrat trifft sich mehrmals jährlich mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung unter der Leitung des Oberbürgermeisters der Stadt Merzig am runden Tisch, um Verbesserungen für die Schalthausiedlung zu besprechen. Ebenfalls vor drei Jahren wurde eine Wohnungsbaugesellschaft gegründet, mit deren Hilfe es möglich ist, Gelder in die Siedlung zurückzuführen. Während früher die Mieteinnahmen im allgemeinen Haushalt der Stadt verschwanden, werden sie heute von der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft vollständig für Renovierung, Instandsetzung und Erhalt der Wohnungen und Gebäude der Schalthausiedlung verwendet.

Selbstbewusstsein aufbauen und zeigen

Vieles konnte in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht werden, und viele Bewohner nehmen ihre Belange selbst in die Hand. Die Angebote des Gemeinwesentreffpunktes sind akzeptiert und werden gerne genutzt. Nicht nur die Polizeieinsätze in der Siedlung, sondern auch die Sonderschuleinweisungen von Siedlungskindern haben deutlich abgenommen. Das Wichtigste dabei ist für uns, dass die Bewohnerinnen und Bewohner ein neues Selbstbewusstsein zeigen. Das merken wir unter anderem daran, dass ihre Aktivitäten und ihre Präsenz außerhalb der Siedlung zugenommen haben. Die Frauen verkaufen beispielsweise selbst hergestellte Waren auf dem Merziger Weihnachtsmarkt. Sie bekommen dadurch nicht nur Kontakt zu anderen Menschen oder nehmen etwas Geld ein, sie zeigen sich vielmehr in der Öffentlichkeit als Personen, die ihre Fähigkeiten anderen zur Verfügung stellen und die etwas anzubieten haben. Dies gilt auch für die Kinder, die bei den Merziger Kindertagen in einem Zirkus von Kindern für Kinder mitmachen.

Mit solchen und ähnlichen Schritten gehen die Bewohner gegen ein Lebensskript („Das kann ich sowieso nicht“) und ein Image („Die sind doch nichts wert“) an, die sich wechselseitig bedingen. Das Überschreiten der Siedlungsgrenzen, das gemeinsame Engagement und dessen Wirkungen führen zu neuen Erfahrungen, die das Selbstbewusstsein stärken und bestenfalls ein neues Selbstbild entstehen lassen. Das ist besonders wichtig für die Kinder, die bislang kaum Kontakte nach außen geknüpft haben, weil sie erleben, dass ihre Adresse ihnen einen Stempel aufdrückt. Die Kinder „von außerhalb“ können ihre klischeehaften Vorstellungen vom Miteinander in der „Siedlung“ durch die Kontakte untereinander korrigieren. Unsere Aufgabe wird künftig noch mehr darin bestehen, Möglichkeitsräume zu schaffen (Keupp u.a. 1999), in denen stigmatisierende Bilder aufgebrochen werden und Eigenverantwortung und Eigensinn wachsen können. Wir sind dabei, Strukturen mit aufzubauen, die sich mehr und mehr selbst tragen.

Die neueste Errungenschaft, mit der wir vor allem auch die jungen Erwachsenen ansprechen, ist ein Internetanschluss im Gemeinwesentreffpunkt. Hier sind die saarländischen Gemeinwesenprojekte im „Quarter-Net“

untereinander vernetzt, sodass fachlicher Austausch entsprechend zeitnah und mit weniger Aufwand möglich ist. Vor allem aber dient der Zugang den Bewohnern während unserer Öffnungszeiten als so genanntes Stadtterminal. Mit der Devise „elektronische Alphabetisierung“ soll damit sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen der Zugang zu den neuen Informations- und Kommunikationstechniken, insbesondere zum Internet, ermöglicht werden.

Das Sich-selbst-bewusst-Werden und Sich-selbst-bewusst-Sein galten aber auch für uns Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Kinder, die Jugendlichen, die Erwachsenen haben immer wieder die Klärung unserer Rolle im Wohngebiet eingefordert. Sie wollten wissen, wer ihnen da begegnet und auf welche Art wir das tun. Mehr als einmal sind wir so zur Reflexion und zum Überprüfen eigener Vorstellungen und eigenen Verhaltens veranlasst worden. Typisch sind die ständigen Gratwanderungen zwischen „sich kümmern“ und „professionell tätig sein“, zwischen „authentisch in Beziehung treten“ und „sich kumpelhaft anbieten“.

Veränderung braucht langen Atem

Wie geschildert, haben wir uns über die Arbeit mit den Gruppen der Kinder und Jugendlichen, der Frauen, Männer und Obdachlosen an die feldbezogene Arbeit und das Gemeinwesen Schalthaussiedlung herangetastet und, als wir das Vertrauen vieler Bewohner hinter uns wussten, Vermittlungstätigkeiten zwischen Schalthaussiedlung, Wohnungsbaugesellschaft, Stadtverwaltung und anderen öffentlichen Institutionen aufgenommen. Handlungsleitend waren für uns stets die Interessen, die artikulierten Bedürfnisse und die Ressourcen der Bewohnerinnen und Bewohner. Insofern verorten wir unsere Arbeit in der Tradition der Gemeinwesenarbeit (Hinte 2001), auf Neudeutsch „Sozialraumorientierung“. Unser Weg, die Kinder in den Mittelpunkt zu stellen, hat sich sehr bewährt, denn zum einen bringen Angebote für die Kinder vom ersten Nachmittag an Entlastung für die Erwachsenen, zum anderen werden unserer Erfahrung nach dadurch die Einflussmöglichkeiten erhöht und eine längerfristige Arbeit unterstützt. Bis heute ist eines unserer Hauptanliegen, die Kinder und Jugendlichen gezielt zu fördern und ihnen so möglicherweise neue Perspektiven zu eröffnen.

Manchmal wollten wir viel zu viel auf einmal. Beispielsweise haben wir zu früh versucht, Kindern und Jugendlichen die Aufstellung von Aktionsprogrammen oder Angebotsplanungen zu übertragen. Im Nachhinein glauben wir, dass wir die Kinder damit überfordert und ihre Situation nicht richtig eingeschätzt haben. Wenn ein Kind kaum Spiele kennt, wenn nur selten jemand mit ihm zusammen etwas unternommen hat, dann ist es wenig in der Lage, eigene Ideen zu entwickeln. Wir mussten anfänglich sehr viel stärker als fachlich gewollt uns selbst einbringen, Vorschläge machen, damit etwas zustande kam, an dem dann viele mit Begeisterung teilnahmen. Diese Gratwanderung zwischen Initiierung und Durchführung von Aktivitäten einerseits und der Unterstützung von Selbstorganisationsprozessen andererseits hat länger gedauert als gedacht, erst nach etwa zwei Jahren entwickelten die Kinder und Jugendlichen mehr und mehr

eigene Ideen. Die Partizipation von Kindern, und wie man sie umsetzt, ist nach wie vor ein Anliegen, um das wir uns weiter bemühen.

Auch in der Zusammenarbeit mit den Erwachsenen hat sich unsere Rolle im Laufe der Zeit gewandelt. Wir zeigen den Menschen, dass wir sie annehmen, wertschätzen, ihnen Respekt entgegenbringen und etwas für sie bewirken. Aber die Art und Weise, wie wir das bewerkstelligen, ist heute differenzierter. Am Anfang haben wir viel mehr von uns aus eingegriffen, haben Einzelnen gezielt Unterstützungsmaßnahmen angeboten, haben unser Wissen eingebracht, Vorschläge gemacht und diese umgesetzt. Parallel dazu haben wir immer darauf geachtet, wo Dinge, auch wenn es Kleinigkeiten waren, von den Bewohnern selbst übernommen werden, wo Stärken und Fähigkeiten sichtbar werden, auf die weiter aufgebaut werden kann. Wir haben versucht, positive Erfahrungen im Gegensatz zu den bisherigen negativen zu vermitteln. Im Laufe der Zeit haben wir jeden kleinen Ansatz in Richtung Selbstorganisation und Eigenverantwortung bestärkt und vor allem solche Projekte unterstützt, die der Gemeinschaft aller Bewohner zugute kommen. Wir haben versucht, unsere Expertenmeinung zurückzuhalten, vor allem dann, wenn die Bewohner andere Lösungen für sich sahen als wir.

Um räumliche und innerpsychische Abgegrenztheiten dauerhaft zu überwinden, sind Wandlungen vonnöten, die wir nur zum Teil direkt beeinflussen können: Inwieweit sind Familienverhältnisse und Erziehungsbedingungen zu verbessern, wenn Väter und Mütter von der Erwerbsarbeit und der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind? Was können wir beitragen, um die perspektivlos erscheinende Situation junger Obdachloser zu verändern? Der Arbeitsmarkt mit immer weniger Arbeitsplätzen für gering oder gar nicht Qualifizierte läuft unseren Integrationsideen und -vorstellungen davon. Randständigkeit ist in unserer Gesellschaft in erster Linie ein ökonomisches Problem, das wir nicht allein sozialpädagogisch lösen können. Trotzdem liegt unserer Ansicht nach die Aufgabe der Professionellen in dem Transformationsprozess zwischen Individuum und Gemeinschaft.

Ohne politische Arbeit geht es nicht

Die Belastung der Menschen, die zwischen Arbeitswelt und Arbeitslosigkeit pendeln müssen, ist enorm. Die meisten Bewohner der Schalthaussiedlung wollen nicht auf der faulen Haut liegen, sie finden jedoch oft keine dauerhafte Beschäftigung. Wenn es geeignete Arbeitsplätze für sie gäbe, dann nähmen sie diese auch wahr. Sie haben viel bewirkt auf dem Weg zu einem neuen Stadtteil, aber sie sind immer noch benachteiligt, ihre familiäre Situation ist immer noch geprägt von der Arbeitslosigkeit, und ihre Möglichkeiten teilzuhaben sind immer noch beschränkt.

Aber auch randständige und unangenehm auffällige Menschen haben eine Würde, und sie haben rechtliche Ansprüche. Unsere Aufgabe als Fachkräfte sehen wir darin, diese gesellschaftspolitisch einzufordern und durchzusetzen.

zen. Bezogen auf die einzelnen Bevölkerungsgruppen, bedeutet das, für Schulabschlüsse, Berufsperspektiven und Beschäftigungsmöglichkeiten zu kämpfen. Bezogen auf das Gemeinwesen, geht es darum, die Selbstorganisation der Bewohner zu unterstützen, damit sie sich an den Belangen und der Entwicklung ihres Stadtteiles immer mehr beteiligen und sich Gestaltungsmöglichkeiten erschließen. Und auf der politischen Ebene wollen wir weitere Wohnumfeldverbesserungen, kontinuierliche Beschäftigungsmaßnahmen und vor allem Möglichkeiten persönlicher Weiterentwicklung und Bildung erreichen.

Anmerkung

1

Das Treffpunktteam besteht derzeit aus den Sozialarbeiterinnen Angela Wagner und Maria Geissel (beide Teilzeit), dem Sozialarbeiter Roland Kirsch und der Erzieherin Sabine Wahl. Thomas Rau, heute Leiter des SOS-Kinderdorfes Saar, hat den Treffpunkt von Anfang an mit aufgebaut und ihn bis Juli 2001 geleitet. Joachim Selzer hat seit August 2001 die Bereichsleitung unter anderem für den Treffpunkt übernommen.

2

Das Rohkonzept für den Gemeinwesentreffpunkt wurde bereits 1994 von Ekkehard Facklam, damals Leiter des SOS-Kinderdorfes Saar, und Bodo Strauch, Sozialarbeiter der Stadt Merzig, entwickelt. Ab 1. Februar 1996 übernahm SOS-Kinderdorf e.V. die Trägerschaft. Von den drei vollen Stellen des Treffpunktes ist eine von der Stadt und dem Kreis refinanziert; außerdem stellt die Stadt die Räumlichkeiten zur Verfügung und investiert pro Jahr mindestens 50000 Euro in die Siedlung.

Die Schalthaussiedlung stellt sich vor

Die ersten Häuser der Siedlung wurden 1928 bezogen, nach dem zweiten Weltkrieg wurden weitere Häuser gebaut. Die Wohnverhältnisse sind eng und die Ausstattung äußerst dürftig. Es gibt keine Duschen, nur Waschbecken, geheizt wird mit Holz- oder Ölöfen, die Toiletten befinden sich außerhalb der Wohnung. Die Mietkosten betragen zirka drei Euro pro Quadratmeter (sechs Euro pro Quadratmeter ist Merziger Durchschnitt).

Früher lebten hier 170, heute zirka 140 Haushalte, das heißt 350 Bewohner, davon etwa 70 Kinder und Jugendliche. Ein Fünftel sind allein stehende Personen, die sehr niedrige Renten haben (knapp über dem Sozialhilfeniveau), diese sind besonders angewiesen auf den billigen Wohnraum. Die meisten Bewohner erhalten Arbeitslosenhilfe und ergänzende Beihilfen, ohne öffentliche Zuschüsse leben im Höchstfall 20 Prozent der Bewohner. Nur 15 bis 20 Prozent der Männer sind in Beschäftigung, sehr viele Frauen gehen einer geringfügigen Beschäftigung auf 325 Euro Basis nach (Putzstellen am Nachmittag). Das Ausbildungsniveau ist niedrig, vor allem die Frauen sind ohne Berufsausbildung, es gibt viele Analphabeten.

Gelegentlich kommt es zu Kleinkriminalität, wie dem Klauen von Kosmetikartikeln und deren Verkauf in der Siedlung, harte Drogen werden selten konsumiert. Die Gewalt unter den Obdachlosen war früher ausgeprägter (bis hin zu Vergewaltigung und einem Meuchelmord), stellt aber immer noch ein Problem dar.

In der Nähe der Schalthaussiedlung liegt das Merziger Krankenhaus mit einer Psychiatriestation und der Forensik. Zwischen den Patienten dort und den Bewohnern der Schalthaussiedlung entstehen immer wieder Kontakte, die dazu führen, dass Patienten nach ihrer Entlassung in die Siedlung ziehen.

Der Treffpunkt im Überblick

Der SOS-Gemeinwesentreffpunkt bietet eine breite Palette an Unterstützungs- und Beratungsangeboten an:

- Schülerhilfe (Hausaufgabenhilfe, Lernhilfe, Einzelförderung)
- Freizeit- und Ferienaktivitäten für Kinder und Jugendliche, Jugendtreff
- Geschlechtsspezifische Angebote (Mädchengruppe)
- Gruppenübergreifende Angebote und Workshops (regelmäßige, offene Angebote; Internet-Bürgerterminal für Kinder und Erwachsene, Dreimonatsprogramm)
- Offener Treff von neun bis zwölf Uhr
- Treffpunktzeitung, einmal jährlich
- Information und Qualifikation (elektronische Alphabetisierung, Stadtteilterminal)
- Einzelgespräche
- Frauengruppen

- Sozialberatung
- Schuldenberatung
- Familienhilfe ähnlich Erziehungs- und Familienberatung und Sozialpädagogische Familienhilfe
- Bewohnervertretung (Organisation, Dokumentation, Beratung)
- Vermittlungstätigkeiten (Mediation, Außenkontakte zur städtischen Wohnungsgesellschaft)
- Kooperationen (Kindergärten, Schulen, andere Träger, zum Beispiel Schuldenberatung, Arbeitsamt, Wohnungsamt, Sozialamt, Ordnungsamt, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Christliche Erwachsenenbildung (CEB), zum Beispiel berufsvorbereitende Maßnahmen und außerbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten)
- Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit (Mitarbeit im Arbeitskreis der Gemeinwesenprojekte [„Quarter-Net“] des Saarlandes, Arbeitsgruppe von Frauen in den Gemeinwesenprojekten, Runder Tisch mit Stadtverwaltung und Oberbürgermeister, Einbindung in Sozialprogramme, zum Beispiel Bundesregierung: Soziale Städte, Organisation von Unterstützung durch Firmen, zum Beispiel Social Sponsoring und Bürgerschaftliches Engagement von Ford-Managern oder der Firma Globus).

Thomas Rau, Jahrgang 1955, Pädagoge M. A. und Mediator, seit 1985 Mitarbeiter im SOS-Kinderdorf Saar. Zehn Jahre unterstützte und begleitete er als Pädagogischer Mitarbeiter Kinderdorffamilien; von 1996 bis 2000 hat er zusammen mit drei Kolleginnen die Arbeit im Gemeinwesentreffpunkt in der Merziger Schalthausiedlung aufgebaut, war anschließend für ein Jahr Leiter des Bereiches „Gemeinwesen und Familienhilfe“ und ist seit April 2001 Gesamtleiter des SOS-Kinderdorfes Saar.

Gabriele Vierzigmann, Jahrgang 1958, Dr. phil., Diplompsychologin; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Sozialpädagogischen Institut im SOS-Kinderdorf e.V.; verantwortlich für den Aufgabenschwerpunkt Fachpublikationen; langjährig tätig in der Familienforschung und Familienberatung.

Literatur

Hinte, Wolfgang (2001). Sozialraumorientierung und das Kinder- und Jugendhilferecht – ein Kommentar aus sozialpädagogischer Sicht. In Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. (Hrsg.), Sozialraumorientierung auf dem Prüfstand (S. 125–156). München: SPI.

Keupp, Heiner u.a. (1999). Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Klawe, Willy (2000). Lebensräume wahrnehmen und gestalten. Konjunktur und Umsetzung sozialräumlichen Handelns in der Kinder- und Jugendarbeit. Deutsche Jugend, 10, 457–443.

Kröger, Rainer (2000). Mehr Chancen für Kinder und Jugendliche. Kongress 10 Jahre Kinder- und Jugendhilfegesetz, 4. bis 6. Oktober 2000 in Dresden. Unveröffentlichter Input zu Forum 5 „Neue Perspektiven und Konzeptionen im Feld der Hilfen zur Erziehung?“.

Teske, Irmgard & Gögercin, Süleyman (2000). Quartierarbeit als neue Herausforderung für Soziale Arbeit. Entwicklungen und Perspektiven in einem neuen Stadtteil. Sozialmagazin, 4, 32–37.

Wolfgang Hinte

Jahrgang 1952, Professor Dr.,
Diplompädagoge. Geschäftsführender Leiter des Instituts für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Essen; langjährige Beratungs- und Seminarpraxis sowie Organisationsentwicklung und Personalqualifizierung im sozialen und pädagogischen Bereich bei öffentlichen und freien Trägern; zahlreiche Veröffentlichungen zu Verwaltungsreform, Sozialraumbezug in der kommunalen Sozialpolitik sowie Lern- und Qualifizierungsprozessen in Aus- und Fortbildung. Das ISSAB fungiert als Träger in einer engen Kooperation mit der Stadt Essen für Stadtteil- und Gemeinwesenarbeitsprojekte, berät Kommunen bei Organisationsentwicklungsprozessen im Rahmen lebensweltbezogener Dienste und qualifiziert Professionelle bei kommunalen und freien Trägern für personenbezogene Tätigkeiten in der Jugendhilfe.

In den Sechzigerjahren wurde die Beschaulichkeit der bundesdeutschen Sozialen Arbeit durch einen US-amerikanischen Import vorübergehend erschüttert. Veröffentlichungen zur Gemeinwesenarbeit (GWA), wie die von Müller und Nimmermann (1973), Hauser (1971), Bahr und Gronemeyer (1974), aber auch die Praxis einiger Leuchtturmprojekte insbesondere in Obdachlosensiedlungen, dokumentiert unter anderem bei Aich und Bujard (1972), Kelm (1973) und Seippel (1976), stellten nicht nur sozialarbeiterische, sondern auch gesellschaftspolitische Selbstverständlichkeiten nachhaltig infrage. Da war die Rede von Widerstand, Betroffenenbeteiligung, Veränderung von Verhältnissen, Organisation einer Gegenmacht, Kampf gegen das Establishment, von außerparlamentarischer Organisation und von kollektiver Betroffenheit: Vokabeln, die das bundesdeutsche Bürgertum, aber auch die dadurch geprägte bürgerliche Soziale Arbeit nachhaltig irritierten. Gemeinwesenarbeiterinnen und -arbeiter initiierten Mieterinitiativen, Demonstrationen und Stadteifeste, sie skandalisierten unzumutbare Wohnverhältnisse, infrastrukturelle Mängel, unsinnige Prestigeprojekte oder korrupte Funktionsträger, sie organisierten öffentliche Foren und Pressekampagnen und sorgten auf vielfältige Weise dafür, dass sich verschiedenste Bevölkerungsgruppen im Wohnquartier artikulierten, engagierten und organisierten. Irgendwo zwischen Ignorieren und Verschweigen, Verteufeln und Bekämpfen sowie Umarmen und Vereinnahmen waren die Reaktionen des damaligen Establishments angesiedelt, mit denen man versuchte, dieser aufbegehrenden, basisdemokratischen und gesellschaftskritischen Bewegung zu begegnen.

Die GWA bot eine akzentuierte Sichtweise, die sich auf manifeste, in sozialen Räumen vorfindbare Erscheinungsformen gesellschaftlicher Ungleichheit, Unterprivilegierung, Ausgrenzung und ökonomischer beziehungsweise sozialer und psychischer Not richtete, gründend auf einem kritischen Konzept von Gesellschaft, Sozialer Arbeit und professioneller Interaktion, ohne jedoch darauf bezogene, in Institutionen realisierbare Strategien zu entwickeln. Ein bis heute wirkendes Verdienst der GWA besteht darin, den Blick für sozialräumliche und lebensweltliche Dimensionen sozialer Benachteiligung geschärft und entsprechende strategische und methodische Konsequenzen daraus gezogen zu haben – und zwar viele Jahre bevor die akademische Sozialpädagogik programmatisch nachziehen konnte (Mielenz 1981; Thiersch 1992). Ende der Siebziger- sowie in den Achtzigerjahren wurde die GWA mehr und mehr zu einem undifferenziert benutzten Begriff zur Präsentation angeblich fortschrittlicher Praxis. Zunächst war die GWA die „dritte Methode der Sozialarbeit“, dann dien-

te sie als Etikett für lokale Bürgerinitiativen und emanzipatorische Aufklärungsarbeit in Institutionen und Wohnquartieren, und schließlich prägten Boulet, Krauss und Oelschlägel (1980) das „Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit“ als durchgängige Blickrichtung für jedwedes soziale Berufsfeld. Angesichts der zunehmenden terminologischen Unschärfe, aber auch der uneinheitlichen und wenig systematischen Praxis von GWA-Projekten wurde zu Beginn der Achtzigerjahre in Essen die „Stadtteilbezogene Soziale Arbeit“ entwickelt (Hinte, Metzger-Pregizer und Springer 1982; ISSAB 1989). Unter ausdrücklichem Rückgriff auf die Tradition aktivierender GWA, aber auch unter Bezug auf erziehungskritische (Braunmühl 1975; Hinte 1980) und feld- und gestalttheoretische Ansätze (Lewin 1968) wurde der soziale Raum als zentrale Bezugsgröße aktivierenden sozialarbeiterischen Handelns propagiert (Ries, Elsen, Steinmetz und Homfeldt 1997).

Stadtteilbezogene Soziale Arbeit nahm einige Diskussionslinien und Erkenntnisse aus der GWA auf, etwa Organisation individueller und kollektiver Betroffenheit, Parteilichkeit für unter den Folgen repressiver Sozialpolitik leidende Bevölkerungsgruppen, kleinräumiger Lebensweltbezug und Aktivierung statt Betreuung. Diese Prinzipien wurden präzisiert, ergänzt und erweitert und in den Bezugsrahmen institutioneller Sozialer Arbeit gestellt. Stadtteilbezogene Soziale Arbeit bezieht sich – im Rahmen einer steuertechnisch vorgenommenen Konzentration auf einen institutionell definierten Sozialraum – auf die Verdichtungen der einzelnen von den Menschen definierten Sozialräume, die sich als Knoten von zahlreichen Einzelnetzen zeigen. Neben dieser geographischen Ausrichtung beinhaltet ein sozialraumbezogener Ansatz in der Tradition der GWA folgende methodische Blickrichtungen und Prinzipien (Hinte und Karas 1989):

- Orientierung an den geäußerten Interessen der Wohnbevölkerung: Die Fachkräfte denken nicht darüber nach, was die Menschen in einem Wohnquartier interessieren könnte, sondern fragen sie direkt: Was interessiert euch? Ansatz der Arbeit ist immer der Wille beziehungsweise die Betroffenheit einzelner Menschen oder Gruppierungen.
- Unterstützung von Selbsthilfekräften und Eigeninitiative: Die Fachkräfte tun möglichst nichts ohne und vermeiden Aktionen für die Leute. Vielmehr denken sie mit ihnen darüber nach, was diese selbst zur Verbesserung ihrer Situation tun können, und wenden sich erst in späteren Stadien mit betreuenden und programmorientierten Angeboten an die Wohnbevölkerung.
- Nutzung der Ressourcen der Menschen und des Sozialraumes: Die GWA richtet ihr Augenmerk immer auf die Stärken der Menschen, die sich oft sogar in den vermeint-

lichen Defiziten abbilden. Räume, Nachbarschaften, Plätze, Natur, Straßen, aber auch die vorhandene Unternehmens- und Dienstleistungsstruktur sind bedeutsame Ressourcen, die man nutzen und durch kluge Vernetzung effektiver machen kann.

– Zielgruppenübergreifender Ansatz: Die GWA sucht nach Kristallisationspunkten für Aktivitäten, an denen sich möglichst alle Bürgerinnen und Bürger beteiligen können. Dabei sind zielgruppenspezifische Aktionen nicht ausgeschlossen, aber die geschehen dann im Kontext anderer übergreifender Aktivitäten, die nicht eine bestimmte Zielgruppe stigmatisierend vorab definieren.

– Bereichsübergreifender Ansatz: Die GWA nutzt die Kompetenzen anderer Sektoren und sucht nach Anknüpfungspunkten für integrative Projekte.

– Kooperation und Koordination der sozialen Dienste: Über vielfältige Foren („Vernetzung“) werden im Wohnquartier tätige (professionelle und ehrenamtliche) Akteure aus verschiedenen Bereichen angeregt, Absprachen zu treffen und Kooperationen bezogen auf Einzelfälle, Gruppierungen und Aktionen abzusprechen und gemeinsame Projekte zu entwickeln und durchzuführen.

Die GWA sieht die Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers als tätige Subjekte, die zum Teil unter schwierigen Lebensbedingungen versuchen, das Beste für sich daraus zu machen. Es geht nicht darum, diese Menschen in irgendeiner Form zu „bessern“, sondern darum, ihre Lebensbedingungen zu verändern und neue Ressourcen zu schaffen. GWAlerinnen und GWAler lassen sich auf das Leben der Menschen ein, auf ihre Empfindungen, ihre Lebensdefinitionen, ihre Ängste und Handlungsmotive in ihrer ganzen Vielfalt, Brüchigkeit und Widersprüchlichkeit (Springer 1995; Treeß 1997). Das Wohnquartier wird als Lebens- und Lernort der Menschen gesehen und damit zum primären Handlungsfeld der Professionellen. Im Vergleich zur traditionellen Sozialen Arbeit im Rahmen der Jugendhilfe verliert der Einzelfall seine zentrale Bedeutung zu Gunsten des ihn prägenden sozialen Raumes. Stärkere Nutzung von Ressourcen des Wohnquartiers, weniger Sonderzuständigkeiten, keine abteilungsorientierte Zergliederung von ganzheitlichen Problemlagen in den Ämtern und die zunehmende Delegation begrenzter Entscheidungsbefugnisse auf lokale Ausführungsebenen sind seit den Neunzigerjahren engagiert diskutierte Konsequenzen für die Träger Sozialer Arbeit, speziell in der Jugendhilfe (Hinte, Litges und Springer 1999; Hinte, Lüttringhaus und Oelschlägel 2001).

Doch sozialraumorientierte Ansätze waren dem Mainstream der Sozialen Arbeit, insbesondere aber der Jugendhilfe, über lange Zeit

eher lästig. Die Jugendhilfe behandelte die GWA jahrelang wie ein ungeliebtes, verhaltensauffälliges Familienmitglied, das man am liebsten verschwiegen oder dauerhaft stationär untergebracht hätte. Entsprechend dürrig fällt so manche Rezeption der Geschichte sozialraumorientierter Ansätze in Deutschland seitens der Jugendhilfe aus: Sie werden allenfalls widerwillig vorgenommen und wirken eher oberflächlich und gequält (wie beispielsweise bei Merchel 2001). Verschwiegen wird konsequent, dass insbesondere in der GWA der Siebzigerjahre Haltungen und Methoden diskutiert und erprobt wurden, die heute unter stehenden Ovationen in der Jugendhilfe Einzug halten: etwa Empowerment, Ressourcenorientierung, systemische Sichtweisen oder Networking.

Zahlreiche Inhalte und Prinzipien aus der GWA finden sich mittlerweile auch in Bereichen außerhalb der Sozialen Arbeit – von der Psychomotorik (Treeß 2001) bis zur Stadt(teil)entwicklung. So werden im Bundesprogramm „Soziale Stadt“ geradezu inflationär, terminologisch unscharf und praktisch gelegentlich recht trivial Erfahrungen und Methoden aus der GWA diskutiert und praktiziert. Immer wieder wird die bloße Anwendung bestimmter Methoden, die die Beteiligung von Bürgern unterstützen (Planungszelle, Stadtteilworkshops, Bürgerversammlungen und so weiter), als GWA proklamiert. Ähnliches gilt auch für die Durchführung von Einzelprojekten, die Errichtung eines Spielplatzes unter der Beteiligung von Kindern oder eine Begrünungsaktion unter Beteiligung von Bewohnern: Dies sei – so ist vielerorts der Sprachgebrauch – Gemeinwesenarbeit oder (wahlweise) Stadtteilbezogene Soziale Arbeit. Um das klarzustellen: Stadtteilbezogene Arbeit in der Tradition von GWA bezeichnet einen projekt- und themenspezifischen Prozess einer (in der Regel) mehrjährigen Aktivierung der Wohnbevölkerung, der zwar einzelne Leuchtturmprojekte nicht ausschließt, sich jedoch vornehmlich über eine Vielzahl kleinerer Aktivierungsaktionen darauf richtet, anhand direkt geäußelter und durchaus wechselnder Interessen der Wohnbevölkerung gleichsam eine „Grundmobilisierung“ eines Wohnquartiers zu bewirken, die den Humus für größere Einzelprojekte darstellt. Die Konzentration auf Einzelprojekte ohne diese grundständige Mobilisierung gleicht eher einer „Aktivierung ohne Unterleib“, die in der Regel keine nachhaltigen Wirkungen auf das „unsichtbare Gemeinwesen“, also auf das soziale Klima eines Wohnquartiers sowie den alltäglichen Umgang der Menschen untereinander, zeitigt. Zunächst geht es also darum, herauszufinden, in welchen Bereichen die Menschen ohnehin schon aktiv sind: Themen im Stadtteil, die die Menschen beschäftigen, über die sie sich aufregen, über die sie sich freuen, die

im Gespräch sind. Die Erfahrung in zahlreichen Projekten zeigt, dass Menschen sich am ehesten um Kristallisationspunkte herum organisieren, um Themen also, die mit Betroffenheit oder Neugierde besetzt, nahe liegend, anschaulich, greifbar und erfolgversprechend sind. Solche Themen liegen nur selten auf der Straße, häufiger sind sie verborgen, gelegentlich nur für kleinere lokale Einheiten oder bestimmte Bevölkerungsgruppen relevant, nicht immer werden sie eindeutig benannt, und bisweilen konturieren sie sich erst im Laufe zahlreicher Gespräche oder anderer Zugangsformen.

Auf dieser Grundlage gilt es, gemeinsam mit den Menschen eine Lebenswelt umzugestalten, die von ihnen selbst als unzumutbar, erdrückend, einengend oder anregungsarm empfunden wird. Dass Menschen dabei eine Menge lernen, sich verändern, sich persönlich weiterentwickeln und ihr Verhaltensrepertoire erweitern, ist erfreulich; es handelt sich jedoch in der GWA nicht um gesteuerte Interventionen, die dazu dienen, Menschen erzieherisch zu verändern, sondern um vielschichtige Prozesse, die zum Ziel haben, durch die Gestaltung von Lebenswelten zu mehr Gerechtigkeit in Wohnquartieren beizutragen, und zwar unter aktiver Mithilfe der dort lebenden Bevölkerung. Fachkräfte aus der GWA fungieren zudem gelegentlich als „intermediäre Instanzen“ (Hinte 1994) – als Bindeglied zwischen der Lebenswelt im Stadtteil und der nach Sektoren geordneten Bürokratie, den Institutionen und Unternehmen, und zwar durch die systematische Zusammenführung von Geld, Menschen, Bedarfslagen und Ideen bei spezifischen Einzelprojekten. Intermediär agierende Menschen kennen die Pfade in Politik und Verwaltung und beschaffen sich nach Bedarf Kenntnisse, etwa in Wohnungs- oder Beschäftigungspolitik, lokaler Ökonomie sowie den laufenden Bemühungen zur Verwaltungsreform. Sie sind aber auch präsent im Stadtteil, sie fragen respektvoll nach Betroffenheit, Interessen und Ärgernissen der Menschen und organisieren immer wieder Dialoge (gelegentlich auch recht konflikt-hafte) zwischen Betroffenen innerhalb der Lebenswelt, zwischen Lebenswelt und Bürokratie sowie auch innerhalb der Bürokratie. Oft geht es darum, die zum Teil widerstreitenden Interessen zu benennen, diskussionsfähig zu machen, die Menschen an einen Tisch zu bringen, ohne dass sie aufeinander einschlagen: Kommunikation als Grundlage einer zivilen Gesellschaft zur Entwicklung und Klärung von Regeln, Ideen, Bedeutungen und Gesetzen (Luhmann 1997), auch in einem Wohnquartier.

Literatur

- Aich, Prodosh & Bujard, Otker (1972). Soziale Arbeit. Beispiel Obdachlose. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Alinsky, Saul D. (1984). Anleitung zum Mächtigkeitsein. Bornheim-Merten: Lamuv.
- Bahr, Hans-Eckehard & Grone-meyer, Reimer (1974). Konflikt-orientierte Gemeinwesenarbeit. Niederlagen und Modelle. Darmstadt: Luchterhand.
- Boulet, Jaak, Krauss, Jürgen & Oelschlägel, Dieter (1980). Gemeinwesenarbeit. Eine Grundlegung. Bielefeld: AJZ.
- Braunmühl, Ekkehard von (1975). Antipädagogik. Weinheim: Beltz.
- Hauser, Richard & Hauser, Heph-zibah (1971). Die kommende Gesellschaft. Handbuch für soziale Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit. München: Jugenddienst.
- Hinte, Wolfgang (1980). Non-direktive Pädagogik. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hinte, Wolfgang, Metzger-Pregi-zer, Gerd & Springer, Werner (1982). Stadtteilbezogene Soziale Arbeit – ein Kooperationsmodell für Ausbildung und berufliche Praxis. Neue Praxis, 4, 345–357.
- Hinte, Wolfgang & Karas, Fritz (1989). Studienbuch Gruppen- und Gemeinwesenarbeit. Neu-wied: Luchterhand.
- Hinte, Wolfgang, Litges, Gerd & Springer, Werner (1999). Vom Fall zum Feld. Berlin: Edition Sigma.
- Hinte, Wolfgang (1994). Interme-diäre Instanzen in der Gemeinwesenarbeit. Die mit den Wölfen tanzen. In M. Bitzan & T. Klöck (Hrsg.), Jahrbuch Gemeinwesen-arbeit 5 (S. 77–89). München: AG SPAK.
- Hinte, Wolfgang, Lüttringhaus, Maria & Oelschlägel, Dieter (2001). Grundlagen und Stan-dards der Gemeinwesenarbeit. Münster: Votum.
- ISSAB (Hrsg.) (1989). Zwischen Sozialstaat und Selbsthilfe. Essen: Klartext.
- Kelm, Wolfgang (Hrsg.) (1973). Fass ohne Boden? Wuppertal: Jugenddienst.
- Lewin, Kurt (1968). Die Lösung sozialer Konflikte: ausgewählte Abhandlungen über Gruppendy-namik. Bad Nauheim: Christian.
- Luhmann, Niklas (1997). Die Gesellschaft der Gesellschaft, 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Merchel, Joachim (2001). Bera-tung im „Sozialraum“. Eine neue Akzentsetzung für die Verortung von Beratungsstellen in der Erzie-hungshilfe? Neue Praxis, 4, 369–387.
- Mielenz, Ingrid (1981). Die Stra-tegie der Einmischung – Soziale Arbeit zwischen Selbsthilfe und kommunaler Politik. Neue Praxis, 6, 57–66.
- Müller, C. Wolfgang & Nimmer-mann, Peter (1973). Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit. Mün-chen: Juventa.
- Ries, Heinz A., Elsen, Susanne, Steinmetz, Bernd & Homfeldt, Hans G. (Hrsg.) (1997). Hoffnung Gemeinwesen. Innovative Gemeinwesenarbeit und Pro-blemlösungen in den Bereichen lokaler Ökonomie, Arbeitslosig-keit, Gesundheit, Benachteiligung. Neuwied: Luchterhand.
- Seippel, Alf (1976). Handbuch aktivierende Gemeinwesenarbeit, 2 Bände. Gelnhausen: Burck-hardthaus.
- Springer, Werner (1995). Alltag und sozialer Raum als Focus sozi-alpädagogischen Handelns. Neue Praxis, 3, 281–285.
- Thiersch, Hans (1992). Lebens-weltorientierte Soziale Arbeit. Weinheim: Juventa.
- Treeß, Helga (1997). Kinder- und Jugendhilfe als Gemeinwesen-arbeit. Widersprüche, 3, 57–75.
- Treeß, Helga (2001). Psychomo-torik und Gemeinwesenarbeit. Praxis der Psychomotorik, 4, 224–229.



Mädchenarbeit im Wandel

Die Entwicklungsgeschichte parteilicher Mädchenarbeit wird wesentlich bestimmt durch die Adressatinnen und ihre Lebenswelten, aber auch durch die theoretischen Diskurse in der Frauen- und Geschlechterforschung sowie durch die jeweils aktuellen frauen- und gleichstellungspolitischen Strategien (Weber 2002). In all diesen Bereichen haben seit Beginn der parteilichen Mädchenarbeit einschneidende Veränderungen und Weiterentwicklungen stattgefunden.

Geschlechterverhältnisse haben sich ausdifferenziert, was Zweifel aufkommen lässt, ob heute noch pauschal von einer durchgängigen Benachteiligung aller Mädchen und Frauen ausgegangen werden kann. In der feministischen Theorieentwicklung stehen nicht länger Ansätze der Patriarchatskritik wie in den Siebzigerjahren oder die Debatte um Differenz und Gleichheit zwischen Frauen und Männern aus den Achtzigern im Vordergrund, sondern es geht um die Konstruktion und Dekonstruktion von Geschlecht. Und in der Politik scheinen Begriffe wie „Frauenförderung“ oder „Gleichstellung“ nahezu anrüchig geworden zu sein, seit der Begriff vom „Gender Mainstreaming“ die Runde macht.

Was hat es mit diesen Entwicklungen auf sich? Löst sich die Kategorie „Geschlecht“ zunehmend auf, und gerät die Mädchenarbeit damit in Legitimationsnöte, wie einige Autorinnen vermuten (Meyer und Seidenspinner 1999; Rose 2000)? Oder sind aus dem Wandel in Gesellschaft, Theorie und Politik ganz andere Konsequenzen für die Mädchenarbeit zu ziehen?

Gesellschaftliche Individualisierung: Orientierung bieten

In den vergangenen dreißig Jahren sind die Möglichkeiten einer selbstbestimmten Lebensgestaltung – insbesondere für junge Frauen – rasant gewachsen. Dass auch Mädchen Anspruch auf eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung haben, dass Frauen ebenso erfolgreich im Beruf sind wie Männer und aus einer Vielzahl unterschiedlicher Lebensentwürfe wählen können, gilt mittler-

weile als selbstverständlich. Infolgedessen werden Unterschiede in den Lebensentwürfen und Lebenslagen unter jungen Frauen offensichtlicher, während diese gleichzeitig zwischen den Geschlechtern zurückzutreten scheinen: In ihren Schulabschlüssen haben die Mädchen die Jungen längst überholt, in der Freizeitgestaltung nähern sich die Vorlieben und Möglichkeiten an, und auch die Interaktionen zwischen Mädchen und Jungen sind stark von Partnerschaftlichkeit und Gleichheitsansprüchen geprägt (Oechsle 2000).

Dennoch ist bei der Verteilung gesellschaftlicher Chancen die Strukturkategorie „Geschlecht“ keinesfalls wirkungslos geworden, solange – wie Helga Krüger zu Recht feststellt – die Polarisierung und Hierarchisierung zwischen dem Männlichen und dem Weiblichen ungebrochen fortbesteht (Krüger 2000). Dass Mädchen trotz besserer Schulabschlüsse größere Schwierigkeiten beim Eintritt in den Arbeitsmarkt haben, dass bei sexueller Gewalt die Opfer zum überwiegenden Teil weiblich und die Täter fast ausnahmslos männlich sind, dass auch in der Jugendhilfe weniger Ressourcen unmittelbar für Mädchen als für Jungen aufgewandt werden, sind nur einige Belege für weiterhin vorhandene geschlechtsspezifische Ungleichheit. Und auch die Tatsache, dass sich Mädchen- und Frauenzusammenschlüsse nach wie vor vielfältigen Unterstellungen ausgesetzt sehen, wie zum Beispiel es handele sich um ein Kaffeekränzchen oder die Teilnehmerinnen hätten einen gewissen Nachholbedarf, zeugt von der nach wie vor vorherrschenden Abwertung des Weiblichen.

Was heißt das für Angebote parteilicher Mädchenarbeit? Auch zu Beginn des dritten Jahrtausends sind diese als aktiver Beitrag zur Realisierung von Chancengleichheit unverzichtbar, weil sie zum einen bewusst ihre Aufmerksamkeit und Ressourcen den Mädchen vorbehalten und damit der ungleichen Ressourcenverteilung zwischen den Geschlechtern in der Gesellschaft – und auch in der Jugendhilfe – entgegenwirken und weil sie zum anderen der fortbestehenden Abwertung des Weiblichen eine positive Definition von Mädchen- und Frausein entgegensetzen.

Angesichts des gesellschaftlichen Wandels gewinnen aber auch weitere Aufgaben an Bedeutung: Je stärker sich institutionalisierte Lebensläufe auflösen und die Gestaltung der Biografie zum individuellen Projekt wird, umso mehr gewinnen Fragen der Lebensplanung und Lebensführung an Bedeutung (Oechsle 2000). Wo vertraute Sicherheiten insbesondere für Mädchen und junge Frauen wegbrechen, suchen diese verstärkt nach Orientierung auf dem Weg zum Erwachsenwerden: Und sie suchen diese nicht nur, aber wesentlich auch in der Auseinandersetzung mit anderen Mädchen und erwachsenen Frauen, die ihnen als Modell dienen. Denn zumindest instinktiv spüren sie, dass die Startbedingungen für Frauen so lange andere sind als für Männer, solange der Zugang zum Arbeitsmarkt ihnen nicht gleiche Chancen bietet und solange sich scheinbar nur für Frauen die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt.

Mit Barbara Stauber begründet sich Mädchenarbeit heute deshalb verstärkt auch aus „den immer komplexeren Aufgaben des Übergangs zum Erwachsensein, [...] der individualisierungsbedingten Verlassenheit von Mädchen bei der Bewältigung dieser Aufgaben und [...] ihrer Angewiesenheit auf vielfältige, von ihnen selbst wählbare Formen von Unterstützung“ (Stauber 1999, S. 62). Dafür braucht es Pädagoginnen, die sich angesichts der fortbestehenden strukturellen Benachteiligung einerseits solidarisch und parteilich auf die Seite ihrer Adressatinnen stellen, die sich ihnen andererseits aber auch als „reales Gegenüber“ (ebd.) anbieten und über ihre eigenen Erfahrungen, Standpunkte und Meinungen sprechen.

Lebenswelten von Mädchen: Ambivalenzen zulassen und sichtbar machen

Die heutige Generation junger Frauen ist mit der durch die Frauenbewegung aufgebauten Infrastruktur von Frauenbüros und Gleichstellungsbeauftragten, von Frauenhäusern und Mädchentreffs aufgewachsen. Frauenpolitik und Mädchenarbeit sind damit selbstverständlicher Bestandteil ihres Lebens, auf den siebenundsiebzig Prozent der Sechzehn- bis Neunundzwanzigjährigen nicht verzichten wollen, wie eine aktuelle Studie des Instituts für Demoskopie in Allensbach feststellt.

Entsprechend selbstbewusst definieren sich junge Frauen heute als Mädchen und Frau. Lucilectrics „Weil ich ein Mädchen bin“, die Identifikation mit den No Angels, Britney Spears und den Heldinnen der Soapoperas, aber auch der hohe Stellenwert privater Mädchencliquen (Bütow 2000) sind nur einige Beispiele dafür, dass Mädchen ihr Mädchensein in positiver Weise erfahren und füllen. Ihre Freizeit organisieren sie sich ebenso in geschlechtshomogenen wie in geschlechtsgemischten Räumen: Sie schätzen das Zusammensein mit Jungen, und dennoch bleibt die Freundin nach wie vor die bevorzugte Freizeitpartnerin, mit der auch real die meiste Zeit verbracht wird. Der Mädchenarbeit bieten sich hier zahlreiche Anknüpfungspunkte, die Interessen und Bedürfnisse von Mädchen aufzugreifen.

Parallel ist festzustellen, dass Mädchen und Frauen sich der Bezugnahme auf ihr Geschlecht in anderen Kontexten aber offensiv verweigern. Selbstbewusst bringen sie zum

Ausdruck – was ihnen gesellschaftlich weithin suggeriert wird –, dass ihnen alle Wege offen stehen und das Geschlecht für ihren Lebensweg keine Rolle mehr spiele. Sie haben Sorge, dass ein Sichfestlegen auf ihr Mädchen- und Frausein zum Bumerang für ihre Ansprüche auf gleiche Chancen, Rechte und Fähigkeiten wie Jungen und Männer wird. Instinktiv spüren sie, dass Frausein gesellschaftlich noch immer mit Einschränkungen und Abwertungen verbunden ist, denen sie auf diese Weise zu entkommen versuchen. Hinzu kommt, dass es in einer individualisierten Gesellschaft, in der strukturelle Ursachenzusammenhänge weitgehend ausgeblendet werden, immer schwieriger wird, Erfahrungen geschlechtsspezifischer Zurücksetzung und Diskriminierung zu thematisieren, laufen Mädchen doch Gefahr, dass ihnen diese als individuelle Defizite angelastet werden. „Wer es nicht schafft, ist eben selber schuld!“ ist die Kehrseite der Individualisierung.

Die Lebenswelten von Mädchen sind – das machen diese Beispiele deutlich – von widersprüchlichen Anforderungen, vielfältigen Ambivalenzen und Ungleichzeitigkeiten geprägt: Sie definieren sich offensiv als Mädchen – und wollen sich nicht einseitig auf eine eingeschränkte Definition von Weiblichkeit festlegen lassen. Sie erheben Ansprüche auf Gleichheit unter den Geschlechtern – und spüren tagtäglich Differenzen. Sie behaupten sich selbstbewusst im Alltag – und tauschen auf dem Nachhauseweg von der Disko das bauchfreie Top gegen den Schlapperpulli. Je nach Situation und Zusammenhang aktivieren Mädchen unterschiedliche Darstellungsmodi und verhalten sich dabei durchaus der jeweiligen Situation angemessen.

Parteiliche Mädchenarbeit braucht deshalb eine umfassende Kenntnis und Wahrnehmung der komplexen Lebenswelten von Mädchen. Wenn aber selbst Kennerinnen der Mädchenarbeit, wie Lotte Rose (2000) und Dorit Meyer (1999), aus vereinzelt, aus dem Kontext gelösten Selbstäußerungen von Mädchen pauschal schließen, Mädchen würden sich heute nicht mehr als Mädchen definieren wollen und damit einer vordergründigen Ideologie aufsitzen, zeigt das, dass es in Zukunft noch stärker als bisher Aufgabe der Mädchenarbeit sein muss, Vereinseitigungen in Mädchenbildern entgegenzutreten, Ambivalenzen zuzulassen, Verdecktes sichtbar zu machen, Zwischentönen nachzuspüren und das Sowohl-als-auch zu denken: Sowohl die starken und selbstbewussten Anteile von Mädchen wahr- und ernst zu nehmen als auch ihnen Raum für die Thematisierung von Schwierigkeiten, Problemen, Widersprüchen und Ambivalenzen zu eröffnen, darin liegt eine wesentliche Anforderung für die Zukunft parteilicher Mädchenarbeit.

(De)konstruktivismus: Reflexion von Mädchenbildern

Auch in der feministischen Theorie ist einiges in Bewegung: Neuere, dekonstruktivistische Ansätze in der Geschlechterforschung gehen von der Erkenntnis aus, dass jegliche Wahrnehmung – selbst das Körperempfinden – auf sozialen Konstruktionen beruhe und das derzeit vorherrschende Konstrukt, dass es zwei und nur zwei Geschlechter gibt, die Vielfalt möglicher Identitäten auf



*Renate Schuler, 45 Jahre,
baut Pumpenteile für Großküchengeräte
zusammen*

unzulässige Weise einschränke. Die Protagonistinnen dieser Ansätze, wie zum Beispiel Judith Butler, wenden sich deshalb gegen jegliche Bezugnahme auf die Kategorie „Geschlecht“, weil diese zwangsläufig – selbst in der Kritik – die Anerkennung der Geschlechterdifferenz voraussetze und damit die Konstruktion von Geschlechterstereotypen verfestige, statt sie aufzulösen.

Welche Konsequenzen und neuen Perspektiven ergeben sich daraus für die Mädchenarbeit? Im Sinne einer geschlechterpolitischen Vision enthalten die dekonstruktivistischen Ansätze neue, radikale Denkanstöße für eine Mädchenarbeit, die sich seit Beginn offensiv gegen jede Beschränkung weiblicher Lebensmöglichkeiten durch normative Vorgaben und Stereotypen gewandt hat. Durch Parodie zum Beispiel – wie von Butler vorgeschlagen – herrschende Vorstellungen und Bilder eindeutiger Geschlechtszugehörigkeit zu irritieren und auf diese Weise die Polarisierung zwischen den Geschlechtern aufzuweichen (Butler 1991) kann auch als Methode in der Mädchenarbeit eingesetzt werden. Eine pädagogische Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen muss aber zuvorderst an deren realen Erfahrungen, Bedürfnissen und Zwiespälten anknüpfen. Bis heute wachsen Mädchen in einer „Kultur der Zweigeschlechtlichkeit“ auf, in der als quasi naturhaft gilt, dass es zwei und nur zwei Geschlechter gibt. Unter solchen Bedingungen ist es für ein stabiles Selbstbild nicht nur existenziell wichtig, sich selbst eindeutig als einem Geschlecht zugehörig zu fühlen, sondern auch, von anderen eindeutig als Mädchen oder Junge erkannt und in ihrer Geschlechtsidentität bestätigt zu werden (Hagemann-White 1984). Für eine lebensweltorientierte Arbeit ist und bleibt die Berücksichtigung der Kategorie „Geschlecht“ deshalb ein unverzichtbarer Qualitätsstandard.

Je mehr wir Wirklichkeit aber als soziale Konstruktion und Geschlecht als sozial hergestellte Kategorie begreifen, umso mehr wird sich die Aufmerksamkeit in der Mädchenarbeit auch auf die Frage richten müssen, wie nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die Mädchenarbeit selbst – durch Konzepte, durch Pädagoginnen – an der Konstruktion von Geschlecht beteiligt ist, welche Bilder und Vorstellungen über Mädchensein und Mädchenleben sie transportiert. Zu Recht machen die dekonstruktivistischen Ansätze zum Beispiel darauf aufmerksam, dass die Bezugnahme auf die Differenz im Sinne einer vermeintlichen „natürlichen (oder sozialisierten) Andersartigkeit“ von Mädchen und Frauen droht, Mädchen und Frauen wiederum auf bestimmte Stereotypen festzuschreiben, und damit dem Ziel von Mädchenarbeit, Autonomie, Selbstbestimmung und Vielfalt zu ermöglichen, entgegenläuft. Für die weitere Zukunft und konkrete Praxis der Mädchenarbeit bedeutet dies, „in mädchenpolitischen Forderungen und Begründungen konsequent auf klischierte Mädchenbilder zu verzichten. [...] Die Legitimität mädchenpolitischer Forderungen darf sich nicht auf dieser Ebene (das ‚starke‘ Mädchen, das ‚arme‘ Mädchen, M.W.) entscheiden.“ (Stauber 1999, S. 62). Mädchenarbeit hat vielmehr die Aufgabe, die Pluralität in der Geschlechterdualität (Rose 2000), das heißt die Vielfalt von Mädchenleben, in all seinen Facetten und auch unterschiedlichen Ausprägungen sichtbar zu machen.

Gender Mainstreaming: Mädchenpädagoginnen als Expertinnen

Das Prinzip des Gender Mainstreamings, das 1997 durch den Amsterdamer Vertrag für alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) verpflichtend gemacht wurde, geht zurück auf die Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking (Stiegler 2000 und 2001). Dort kamen Frauen weltweit übereinstimmend zu der Erkenntnis, dass die bisherige Frauenförderung überwiegend von der Frauenbewegung als Basisbewegung und den von ihr eingeforderten Institutionen, wie zum Beispiel Gleichstellungsbeauftragten, umgesetzt und vorangetrieben wird, dass sich in den gesellschaftlich Verantwortung tragenden Institutionen und Organisationen aber wenig bewegt. Entsprechend forderten sie, die so genannte Bottom-up-Strategie der Frauenbewegung durch eine „Top-down-Strategie“ zu ergänzen. Insbesondere die Leitungs- und Führungskräfte in den Verwaltungen sollten in die Verantwortung genommen werden, das gesellschaftspolitisch verbindliche Ziel der Chancengleichheit der Geschlechter umzusetzen. Das Gender Mainstreaming zielt darauf, Geschlechterfragen ähnlich wie zum Beispiel Kosten-Nutzen-Abwägungen zum integralen Bestandteil des Denkens und Handelns von Verwaltungen und Entscheidungszentren zu machen. Ausgehend von der Erkenntnis, dass Einschränkungen durch die Geschlechtsrolle beide Geschlechter treffen, Frauen wie Männer, zielt das Gender Mainstreaming zunächst auf die Betrachtung beider Geschlechter. Auf diese Weise soll Tendenzen entgegengewirkt werden, Frauen als Sondergruppe zu betrachten und die Auseinandersetzung mit der Kategorie „Geschlecht“ auf ein vermeintliches Frauenthema zu reduzieren.

Mädchenprojekte erleben derzeit eine merkwürdige Verkehrung des Gender-Mainstreaming-Prinzips: Der Verweis darauf wird zum Teil dazu missbraucht, Unterschiede zwischen Frauen und Männern nun erneut zu tabuisieren oder aber die Existenzberechtigung reiner Frauen- und Mädchenprojekte infrage zu stellen. Solche Gleichmacherei ist unzulässig. Die EU hat unmissverständlich festgestellt, dass die Lebenslagen von Frauen im Vergleich zu denen der Männer nicht nur andere sind, sondern dass sie nach wie vor durch strukturelle Benachteiligung gekennzeichnet sind und dass Gender Mainstreaming entsprechend eine Ergänzung und keinesfalls ein Ersatz bisheriger Frauenförderinstrumente, wie zum Beispiel Gesetzesvorgaben, Quotierung, oder der autonomen Praxis von Frauen- und Mädchenarbeit ist.

Unter dieser Prämisse befreit das Gender Mainstreaming die Mädchenpädagoginnen aus der Rolle der Bittstellerin, auf die sie bislang häufig verwiesen wurden. Ihre Anregungen und Erfahrungen müssten spätestens jetzt der Verwaltung und dem Jugendumfeld willkommen sein, damit sie ihrer originären Verpflichtung zur Umsetzung des Gender Mainstreamings nachkommen können (Stiegler 2001). Helga Krüger weist darauf hin, dass Mädchenprojekte sowohl ein wichtiger Beitrag zur Herstellung von Chancengleichheit als auch „Dreh- und Angelpunkt sind, um in der Kinder- und Jugendhilfe [...] selbst modern denken zu lernen“ (Krüger 2000, S. 49).

Differenzierung tut not

Als Ende der Sechzigerjahre die Koedukation von Mädchen und Jungen bundesweit eingeführt wurde, lag dem die Annahme zugrunde, dass mit gleichem Zugang zum Bildungssystem die Chancengleichheit der Geschlechter realisiert sei. Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen zu thematisieren galt entsprechend als rückschrittlich. Es waren die Mädchenarbeit und Mädchenforschung, die diese Einschätzung – gegen vielfältige Anfeindungen – als Illusion entlarvt haben. Einer solch täuschenden Illusion sollten wir heute nicht erneut aufsitzen. Deutlich geworden ist, dass sich die Bedeutung der Kategorie „Geschlecht“ nicht verflüchtigt, aber auf vielfältige Weise verändert hat und entsprechend einer differenzierten Betrachtung und Analyse bedarf. Wir müssen lernen, Unterschiede zwischen jungen Frauen verstärkt zu beachten: Frau ist nicht gleich Frau. Wir müssen lernen, geschlechtsspezifische Benachteiligungen und Diskriminierungen differenziert nach Bereichen zu betrachten: Unterschiede in den Startchancen von Mädchen und Jungen stellen sich in der Schule anders dar als zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt oder in der Familie. Und wir müssen lernen, dass die Benennung von Differenzen zwischen den Geschlechtern immer auch Gefahr läuft, Stereotypen zu verfestigen und die Polarisierung der Geschlechter fortzusetzen.

Inwieweit es der Jugendhilfe insgesamt gelingen wird, im Sinne des Gender Mainstreamings die entsprechende Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Lebenswelten sowohl als Querschnittsaufgabe als auch in spezifischen Angeboten für Mädchen (und für Jungen) zu realisieren und Mädchen (und Jungen) damit die gleichberechtigte Wahl zwischen koedukativen und geschlechtshomogenen Räumen zu eröffnen – daran wird sich die Zukunft der Mädchenarbeit maßgeblich entscheiden.

Monika Weber, Jahrgang 1963, Dr. phil., Projektleiterin der Koordinationsstelle „Frauen und Gesundheit“ im Internationalen Zentrum für Frauengesundheit gGmbH, Bad Salzuflen; verantwortliche Redakteurin der Fachzeitschrift „Betrifft Mädchen“. Arbeitsschwerpunkte: Mädchen in der Jugendhilfe, Frauen und Gesundheit, Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Literatur

- Bitzan, Maria & Claudia Daigler (2001). Eigensinn und Einmischung. Einführung in Grundlagen und Perspektiven parteilicher Mädchenarbeit. Weinheim: Juventa.
- Butler, Judith (1991). Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hagemann-White, Carol (1984). Sozialisation: weiblich – männlich? Opladen: Leske + Budrich.
- Krüger, Helga (2000). Unterschiedliche Lebenswelten von Mädchen und Jungen. Vortrag bei der Eröffnung des 11. Deutschen Jugendhilfetags in Nürnberg. Forum Jugendhilfe, 2, 45–50.
- Kuhlmann, Carola (2000). „Doing gender“ – Konsequenzen der neueren Geschlechterforschung für die parteiliche Mädchenarbeit. Neue Praxis, 5, 226–259.
- Meyer, Dorit & Seidenspinner, Gerlinde (1999). Mädchenarbeit – Plädoyer für einen Paradigmenwechsel. In Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) (Hrsg.), Einheit der Jugendhilfe: 50 Jahre Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (S. 58–71). Bonn: AGJ.
- Oechsle, Mechthild (2000). Gleichheit mit Hindernissen. Herausgegeben vom Sozialpädagogischen Institut, Stiftung SPI, Bundesmodell „Mädchen in der Jugendhilfe“. Berlin: Sozialpädagogisches Institut, Stiftung SPI.
- Rose, Lotte (2000). Mädchenarbeit und Jungenarbeit in der Risikogesellschaft. Neue Praxis, 5, 240–255.
- Stauber, Barbara (1999). Starke Mädchen – kein Problem? Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Mädchen zwischen patriarchalen Zuschreibungen und feministischen Ansprüchen, 51, 55–65.
- Stiegler, Barbara (2000). Wie Gender in den Mainstream kommt: Konzepte, Argumente und Praxisbeispiele zur EU-Strategie des Gender Mainstreaming. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Stiegler, Barbara (2001). Wenn Gender das Mädchen schluckt. Gender Mainstreaming und die Mädchenarbeit. Forum Erziehungshilfen, 2, 68–75.
- Weber, Monika (2002). Mädchenarbeit. In W. Schröder, N. Struck & M. Wolff (Hrsg.), Handbuch der Kinder- und Jugendhilfe. Weinheim: Juventa.



Petra Loderer
Sozialpädagogin
des Stadtjugend-
amtes München

Mein Kind ist im Heim – Petra Loderer berichtet über ihre Arbeit mit Eltern, deren Kinder fremduntergebracht sind

Ein Interview

Die Güte der Zusammenarbeit mit der Herkunftsfamilie fremduntergebrachter Kinder gilt heute als ein wichtiges Qualitätsmerkmal pädagogischer Arbeit in der Heim-erziehung. Besondere Bedeutung kommt dabei der „Notwendigkeit einer akzeptierenden und achtungsvollen Grundhaltung gegenüber der Herkunftsfamilie“ zu, die „sich primär aus dem Wissen und der Erkenntnis darüber ableitet, welche bedeutende Rolle vor allem die leiblichen Eltern für Kinder und Jugendliche spielen – zum Beispiel für das existenzielle Gefühl familiärer Zugehörigkeit, für die physische und psychische Entwicklung, für die Identitätsentwicklung, für Selbstakzeptanz und für ein stabiles Selbstwertgefühl“ (SOS-Kinderdorf e.V. 2002, Rahmenvorgabe zur Zusammenarbeit mit dem Herkunftssystem im Kontext stationärer Unterbringung). Dieser generellen Anforderung steht häufig noch eine Zurückhaltung in der Umsetzung realer Angebote zur Zusammenarbeit mit den Eltern entgegen. Zwar installieren mehr und mehr stationäre Einrichtungen systematische Formen der Zusammenarbeit, vor allem familienorientierte Angebote, die auf die Dynamik des Familiensystems insgesamt abzielen. Die Angebote für die Eltern selbst aber sind mager. Und so gut wie gar nicht berücksichtigt werden in diesem Zusammenhang deren Perspektive und Wünsche. Wie fühlen sich die Eltern fremduntergebrachter Kinder, was bewegt sie, mit welchen Schwierigkeiten haben sie zu kämpfen, welche Verhaltensweisen, Einstellungen und Angebote seitens der Fachkräfte erachten sie als hilfreich, welche eher nicht?

Wir stellen in diesem Beitrag Petra Loderer, Sozialpädagogin des Stadtjugendamtes München, vor, die zusammen mit ihren Kolleginnen spezielle Gesprächsgruppen für Eltern, deren Kinder fremduntergebracht sind, anbietet und über ihre eigene Sicht als Expertin hinaus von den Erfahrungen und Vorstellungen der Eltern berichten kann (1) (2).

Wie reagieren Eltern, wenn ihr Kind stationär untergebracht wird? In den ersten Gruppensitzungen wird sehr viel geweint und sehr viel gesprochen (3). Ich bin immer wieder erstaunt, mit welchem Druck und mit wie viel Emotionalität die ganze Geschichte plötzlich herausbricht. Mein Eindruck ist, dass die Eltern in ihrem Lebensumfeld meist überhaupt nicht über die Unterbringung sprechen. Den Nachbarn wird irgendetwas von einem Internat oder Ähnliches erzählt, an der Arbeitsstelle weiß gar niemand Bescheid. Die Eltern leben über Monate oder Jahre hinweg mit ihrem Geheimnis und können mit niemandem darüber reden, wie sehr es sie belastet, dass sie ihr Kind weggeben mussten. Und falls sie doch einmal etwas andeuten, machen viele Eltern die Erfahrung, dass sie dadurch nur noch weiter stigmatisiert werden. Die Eltern sind so erfüllt von Gefühlen der Schuld und Scham, dass es sie sprachlos macht. Diese Gefühle erschweren oftmals auch, dass sich die betroffenen Eltern auf den Weg machen, um an ihrer Situation etwas zu ändern und sich beispielsweise auf die angebotene Elternarbeit einzulassen. Da stecken viele lieber den Kopf in den Sand, ein Verhalten, das oftmals über Generationen erlernt ist: Viele Eltern fühlen sich hilflos und einer fremden Macht ausgeliefert, die ihnen einen Schicksalsschlag nach dem anderen aufgebürdet und schließlich auch noch das Kind genommen hat. Sie fühlen sich allein gelassen und versuchen zu verstehen, was passiert ist. Bei den meisten Eltern kommt auch die eigene Geschichte hoch, sie erinnern sich an ihre Kindheit – viele haben Ausgrenzung, Armut, Gewalt und Missbrauch erfahren, etliche waren als Kind selbst im Heim. Die Eltern haben ein großes Bedürfnis, über ihre eigenen Kindheitserfahrungen zu sprechen, eine Sache, die ihnen gut tut, aber auch enorm schwer fällt. In den Gruppengesprächen werden viele schlechte Erinnerungen wieder wach, aber auch Gutes, manche sagen: Im Heim habe ich eine Erzieherin kennen gelernt, die hat mit mir geredet, das war meine Rettung. In jedem Fall sind unsere Gruppen ein Forum, wo das alles erst einmal ausgesprochen werden kann, und da gibt es, wie gesagt, oft sehr viele Tränen.

Was brauchen Eltern in dieser Situation? Die Eltern, die zu uns kommen, erleben in den Gruppen oftmals Situationen, in denen sie sich durch die anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer angenommen und unterstützt fühlen. Die meisten Eltern empfinden gerade die Phase vor der Unterbringung als sehr schlimm. Die emotionale Belastung ist sehr hoch, und sie finden niemanden, der sie unterstützt. Aber auch wenn die Unterbringung erfolgt ist, ist es für die Eltern enorm wichtig, Unterstützung zu erfahren und über ihre Situation und ihre Gefühle sprechen zu können. Und dafür brauchen sie die geeigneten Angebote. Natürlich gibt es eine ganze Reihe von Angeboten verschiedener Beratungseinrichtungen oder der Eltern- und Familienbildung, aber die sind oftmals stark mittelschichtorientiert, da werden Regelmäßigkeit erwartet, Offenheit und Redegewandtheit, und das bringen viele unserer Eltern nicht mit, auch wenn sie es sich ein Stück weit erarbeiten können. Wenn es um das Thema „Fremdunterbringung“ geht und ich mich so sehr schäme deswegen, da gehe ich nicht in irgendeine Müttergruppe, in der die anderen Frauen alle möglichen Probleme im Umgang mit ihrem Kind diskutieren, und sage fröhlich: Übrigens, mein Problem ist, dass mein Kind gar nicht bei mir lebt. Das tue ich nicht, da brauche ich einen anderen Rahmen.

Was Eltern ganz bestimmt nicht brauchen, ist, dass sie noch mehr demoralisiert werden, als sie es ohnehin schon sind. Sie brauchen Menschen, die ihnen nicht von oben herab begegnen und die in der Lage sind, sich in sie hineinzusetzen, die Verständnis aufbringen und vermitteln können. Ich denke, unsere Haltung den Eltern gegenüber ist etwas sehr Wichtiges, und an der müssen wir arbeiten. Jeder von uns hat Werte und Normen im Kopf, und die werden manchmal ganz schön durcheinander gewirbelt, wenn wir auf Eltern treffen, die poltern, laut sind und manchmal so gar nicht unserem Ideal entsprechen. Hinter das zu blicken, wie sie sich uns präsentieren, und die Seiten zu entdecken, die sich förderlich auf die Entwicklung des Kindes auswirken, darauf kommt es an. Es ist unser Job, eine solche Haltung zu entwickeln und entsprechend dieser Haltung zu handeln.

Ein weiterer wichtiger Punkt in der Zusammenarbeit mit Eltern ist meiner Meinung nach, sie nicht aus dem Erziehungsalltag auszuschließen. Schließlich sind es die Eltern, die mit den Kindern zusammengelebt haben und am besten über sie Bescheid wissen. Manche Einrichtungen arbeiten mit einer entsprechenden Haltung und nutzen das Wissen der Eltern sehr stark: Wenn es Schwierigkeiten mit dem Kind gibt, wird sofort bei den Eltern angerufen und darüber gesprochen. Da fühlt sich die Mutter nicht außen vor, hat die Möglichkeit, sich zu äußern, etwas beizutragen und auch im Kontakt mit dem Kind auf die Schwierigkeiten einzugehen. Und die Kinder wissen: Mama weiß sofort Bescheid, wenn hier irgendetwas danebenläuft. Das ist eine weitere Facette einer professionellen Haltung, die hilfreich für die Zusammenarbeit mit den Eltern ist. Man muss an dem Wissen der Eltern andocken, denn sie wissen wirklich viel über ihre Kinder, auch wenn in ihrem Zusammenleben einiges gehörig schief gegangen ist.

Inwieweit ist Eltern klar, was während einer Unterbringung und danach in der stationären Einrichtung selbst abläuft? Wie bei dem Thema insgesamt ist es wichtig zu differenzieren, denn jede Unterbringung ist anders. Es gibt Eltern, die von sich aus zum Jugendamt gehen und um Hilfe bitten. In einem solchen Fall kann man planen, hat mehr Zeit, in Ruhe eine Einrichtung zu suchen, und die Eltern können gut einbezogen werden. Oft aber ist es notwendig, das Kind sofort unterzubringen. Dann wird es schwierig für die Eltern. Meist bekommen sie von dem ganzen Prozess der Suche und der Auswahl der Einrichtung kaum etwas mit, das läuft an ihnen vorbei. Viele Eltern werden deshalb zynisch oder böse, wenn von ihrem Wunsch- und Wahlrecht die Rede ist. Wenn laut fachlicher Einschätzung nur die eine Einrichtung infrage kommt oder sowieso nur eine einzige Einrichtung einen Platz frei hat und die Eltern lediglich das Ergebnis mitgeteilt bekommen, wo bitte bleibt da das Wunsch- und Wahlrecht? Auf der anderen Seite gehört es jedoch auch zur Arbeitsrealität der Jugendämter, dass nur eine begrenzte Zahl an Einrichtungen zur Verfügung steht. Im Sinne der Elternarbeit ist es jedoch wichtig, dies möglichst transparent zu machen.

Auch die klassischen Hilfeplangespräche, die einmal im Jahr stattfinden und vor denen man sich nicht sieht und danach auch nicht, werden von manchen Eltern als etwas Furchtbares erlebt. Für sie schaut es so aus, als hätten sich Jugendamt und Einrichtung zusammengetan und abgesprochen – was oft ja auch stimmt und im Hinblick auf eine gute Zusammenarbeit und Vorbereitung auf die Gespräche wichtig ist. Das heißt, Eltern erleben einen undurchschaubaren und einschüchternden Vorgang, zugleich aber werden von ihnen Mitsprache und Entscheidungen erwartet. Was in diesem Zusammenhang auch oft kritisiert wird, ist die Sprache, der sozialpädagogische Fachjargon, mit dem man Eltern ganz schnell hinausskippen kann. Was dann oft passiert, hat vermutlich jede von uns schon erlebt: Das Hilfeplangespräch ist nach zwei Stunden vorbei, die Mutter hat unterschrieben, geht weg, am nächsten Morgen ruft sie an und stellt die besprochenen Inhalte noch einmal infrage.

Was Eltern auch oft an den Hilfeplangesprächen beziehungsweise den Gesprächen in den Einrichtungen kritisieren, ist, dass es ausschließlich um das Kind geht. Natürlich sind der Hilfeplan und die Einrichtung für das Kind da, aber das, was Eltern in dieser Situation brauchen für sich selbst und auch, um ihre Familiensituation zu verbessern, das wird zu wenig berücksichtigt. Im Hilfeplan gibt es die Sparte „Kind“ und die Sparte „Eltern“ und in der Regel erarbeitet man viele schöne Ziele und Förderungsmöglichkeiten für das Kind. Bei den Eltern steht oft nur, was sie tun müssen: die Besuchskontakte einhalten, regelmäßig zu den Elterngesprächen ins Heim kommen. Aber was sie wirklich brauchen, um diese Vorgaben überhaupt erfüllen und wieder stabil dastehen zu können, das ist nicht Thema.

Am Anfang sieht man meist nur die Spitze des Eisberges, je intensiver man mit den Eltern arbeitet, desto mehr Probleme kommen zum Vorschein. Zum Beispiel ist dann plötzlich von zweihunderttausend Euro Schulden die Rede. Wenn ich so viele Schulden habe, dann denke ich an ganz andere Sachen als an meine Erziehungsfähigkeit.



Peter Sanktjohanser, 35 Jahre, besorgt Material für Wasserfixgeräte und montiert Adapter

Da habe ich einfach eine andere Notlage. Die Eltern sind oft so gelähmt, dass sie nicht in der Lage sind, jetzt auch noch zum Allgemeinen Sozialdienst (ASD) zu gehen und zu sagen, bitte gebt mir eine Schuldnerberatung. Solche Dinge müssen unbedingt im Hilfeplan stehen, müssen in die Hand genommen und koordiniert werden.

Wenn man will, dass die Eltern mitarbeiten, muss man sich die Mühe machen, ihnen zu erklären, worum es geht, und zwar so konkret wie möglich. Was zum Beispiel sollen Eltern mit der Aussage anfangen, sie müssen ihre Erziehungsfähigkeit verbessern?! Womit sie etwas anfangen könnten, wären anschauliche Hinweise und Beispiele, was sie tun sollen und was nicht: Es ist nicht gut, den Vater vor dem Kind abzuwerten; mit einem dreijährigen Kind schaut man nicht stundenlang in den Fernseher; wenn man einem achtjährigen Kind von den eigenen Partnerproblemen erzählt, überfordert man es; Jugendliche brauchen nicht das ganze Wochenende bei ihren Eltern auf dem Sofa zu sitzen, damit der Wochenendbesuch als erfolgreich gelten kann. Man kann nicht voraussetzen, dass die Eltern wissen, wie man altersangemessen mit dem Kind spricht, spielt, umgeht. Wenn es für die Eltern so einfach wäre, dies alles im Alltag umzusetzen, hätte das Kind wahrscheinlich nicht untergebracht werden müssen.

Was ist Eltern in der Zusammenarbeit mit Einrichtungen wichtig? Ich bin immer wieder erstaunt, wie wenig Eltern das Jugendamt wahrnehmen. Für sie ist ganz klar die Einrichtung der wichtigere Ansprechpartner. Sie schreiben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtungen sehr viel Macht zu, diese bestimmen in ihren Augen, was Sache ist. Deshalb ist es ganz entscheidend, wie den Eltern dort begegnet wird. Information und Erklärungen seitens der Fachleute wirken gegen das Gefühl der Hilflosigkeit und des Ausgeschlossenenseins. Für die Eltern sind Erklärungen enorm wichtig, auch wenn sie im Nachhinein erfolgen. Da ist ihr Kind jetzt in dieser Einrichtung, und kein Mensch hat gesagt, warum das so schnell gehen musste. Die Gründe dafür und wie alles gelaufen ist, kann man auch hinterher noch aufzeigen und auch zugeben, dass es einem selbst nicht gut geht, wenn eine Unterbringung so schnell gehen muss. Ganz wichtig ist auch, die Eltern über Abläufe und Regeln in der Einrichtung zu informieren. Das sollte man nicht vernachlässigen, auch wenn man es schon hundertmal zu Eltern gesagt hat, für die Mutter, die gerade vor einem steht, ist es wiederum neu und bedeutsam. Warum darf sie nur einmal in der Woche abends anrufen? Weil wir um sechs Uhr zu Abend essen, weil das den ganzen Ablauf durcheinander bringt und ich als Erzieherin mit acht Kindern dasitze, die keinen Bissen hinunterbekommen, wenn ständig das Telefon klingelt. Jede Mutter weiß, gerade wenn sie ein schwieriges Kind zu Hause hat, wie kompliziert Essenssituationen sind, und hat Verständnis dafür, wenn jemand sagt, das ist nicht gegen sie gerichtet, aber ich muss mit acht Kindern ein Abendessen hinkriegen.

Für Eltern ist das Heim eine fremde Welt, mit der sie erst lernen müssen zurechtzukommen. Beispielsweise ist die Übergabesituation, wenn die Eltern das Kind aus der Einrichtung abholen oder zurückbringen, meist sehr

schwierig für die Eltern. Das Kind steht da mit seinem Rucksack, wird ihnen mehr oder weniger in die Hand gedrückt. Eigentlich möchten sie noch etwas fragen, aber das scheint jetzt überhaupt nicht zu passen. Auch beim Zurückbringen ist es hektisch, weil sieben weitere Kinder ebenfalls gerade einlaufen. Die Eltern kommen sich in solchen Situationen komisch vor und wissen nicht, was sie tun sollen. Auf der einen Seite würden sie vielleicht gerne etwas loswerden, was bei dem Wochenendbesuch zu Hause passiert ist, auf der anderen Seite sehen sie, dass sie hier jetzt fehl am Platze sind und dass die Erzieher eigentlich gern hätten, dass alles möglichst schnell seinen gewohnten Gang geht. Sind sie also gute Mütter, wenn sie noch zehn Minuten bleiben, oder machen sie es den Erzieherinnen recht, wenn sie so schnell wie möglich wieder gehen, damit im Heim der Alltag wieder einkehren kann?

Eltern möchten regelmäßig Informationen über ihr Kind erhalten. Wenn der Informationsfluss zwischen Einrichtung und Eltern nicht stimmt, fühlen sich die Eltern regelrecht hinauskatapultiert. Es gibt da wirklich extreme Beispiele. Das Kind liegt im Krankenhaus, hat sich einen Arm gebrochen, und die Eltern wissen das nicht. Das Kind bekommt einen Schulverweis, und die Eltern werden nicht informiert. Solche Vorkommnisse kränken und schmerzen die Eltern: Wenn es nicht mehr wichtig ist, mir so etwas mitzuteilen, wofür bin ich dann überhaupt noch gefragt? Das führt dazu, dass sie sich künftig ganz aus dem Geschehen heraushalten. Oder die Eltern beginnen, hinter allem und jedem her zu sein, weil sie Panik haben, überhaupt nichts mehr mitzukriegen. Beide Varianten erzeugen Druck oder Unwillen bei der Einrichtung, die das wiederum die Eltern spüren lässt. Damit schließt sich der Kreis. Das alles kann nicht passieren, wenn die Einrichtung das Recht der Eltern, informiert zu werden, anerkennt und danach handelt.

Der Umgang mit der Konkurrenz zwischen Eltern und Erziehern ist ein weiteres wichtiges Thema, auch wenn es dazu leider kein Patentrezept gibt. Eltern können dieses Gefühl, „die machen es besser und ich bin ja eh nichts wert“, nicht so leicht abschütteln. Da kommen automatisch die eigenen Unzulänglichkeiten, Sehnsüchte und Bedürftigkeiten hoch. Den Fachleuten in den Einrichtungen sollte bewusst sein, dass es ohne Konkurrenzgefühle nicht geht und dass Eltern Unterstützung für sich selbst brauchen.

Unserer Ansicht nach erleichtert eine bestimmte professionelle Haltung den Zugang zu den Eltern, nämlich dass die Fachkräfte die Eltern brauchen, um mit dem Kind arbeiten zu können. Den Eltern sollte vermittelt werden, „ich brauche dich, du musst mich nicht mögen, aber ich brauche dich, damit es mit dem Kind weitergehen kann“. Dabei ist es wichtig herauszufinden, was zu der jeweiligen Mutter oder dem jeweiligen Vater passt und auf welche Art und Weise man sie ins Boot holen kann. Es gibt Situationen, in denen Eltern erst einmal nicht zusammenarbeiten können, weil sie erst verkraften müssen, dass nun das Schlimmste passiert und das Kind untergebracht worden ist. Dann sollte man Eltern auch ein Stück weit gehen lassen, ein bisschen Zeit verstreichen lassen und sich dann wieder anbieten.

Den Eltern ist es ganz wichtig, dass es ihrem Kind gut geht und es sich wohl fühlt. Wenn sie das Gefühl haben, ihr Kind kommt mit der Erzieherin gut zurecht und diese ist nett zu ihm, ist die halbe Miete schon gewonnen.

Welche Themen bringen die Eltern in den Elterngruppen zur Sprache? In unseren Gruppen orientieren wir uns stark an den Themen, die die Eltern selbst einbringen. Einmal im Jahr machen wir eine Auswertung darüber, welche Inhalte und Themen in allen unseren Gruppen besprochen wurden. Wir konnten vier große Themenkomplexe herausarbeiten, die immer wieder eine Rolle spielen. Zu einigen dieser Themen bieten wir mittlerweile auch gezielt Gesprächsgruppen an.

Alle Eltern haben ein großes Informationsbedürfnis und viele Fragen rund um die Heimunterbringung. Wie läuft das überhaupt ab, wer ist woran beteiligt, wer sind eigentlich die ganzen Leute? Vor allem große Jugendämter und Einrichtungen sind sehr verwirrend für die Eltern. Wer ist vom Amt, wer von der Einrichtung, was ist ein Bereichsleiter, wer spricht warum mit mir? Alle diese Personen und Zuständigkeiten zuzuordnen ist schwierig für die Eltern. Auch die rechtliche Seite einer Unterbringung ist Neuland. Viele Eltern nehmen beispielsweise an, wenn ihr Kind in der Einrichtung ist, dann geht das Sorgerecht an die Einrichtung über. Oft ist auch das ein Grund dafür, dass sie sich zurückziehen und meinen, sie hätten sowieso nichts mehr zu sagen. Um solche Fragen zu beantworten und Informationsdefizite ein Stück weit abzubauen, haben wir eine regelmäßige Veranstaltung zum Thema „Hilfeplanung und Sorgerecht“ eingeführt, die gut angenommen wird.

Ein Standardthema ist die Wochenend- und Ferienbeurlaubung. Für die Eltern ist es enorm schwierig, so ein Wochenende zu gestalten. Sie wissen nicht, was sie tun sollen, sind schon nervös, wenn das Kind ankommt, oder wollen es gar nicht abholen, weil sie denken, das kann nur schief gehen. Solche Besuche konfrontieren die Eltern mit ihren altbekannten Erziehungsschwierigkeiten, ihren Schuld- und Schamgefühlen (Was soll ich dem Kind sagen, wenn es fragt, warum es in der Einrichtung sein muss?), mit den Loyalitätskonflikten des Kindes (Ist es okay, wenn ich mich in der Einrichtung wohl fühle? Was sagt meine Erzieherin dazu, dass ich lieber zu Hause bleiben würde?). Oft entstehen dann Situationen, in denen die Eltern gar keine Grenzen mehr setzen, weil sie das Bedürfnis haben, etwas wieder gut machen zu wollen (Es tut mir so leid, dass meine Tochter in der Wohngruppe sein muss, da kann ich ihr doch nicht auch noch vorschreiben, wann sie nach dem Diskobesuch nach Hause kommen soll). Einrichtungen sollten darauf achten, die Kinder nicht kommentarlos in ein Wochenende bei den Eltern zu schicken. Eigentlich ist diese Situation wunderbar dafür geeignet, mit den Eltern ins Gespräch zu kommen und sie ganz konkret dabei zu unterstützen, wie sie das Wochenende gestalten und wie sie mit den widersprüchlichen Gefühlen umgehen können.

Ein weiterer umfangreicher Themenkomplex in unseren Gruppen sind die eigene Herkunftsfamilie und die eigene Partnerschaft. Wie schon angesprochen, gab es meist schon in der Kindheit der Eltern die ganze Bandbreite an

Problematiken (sexueller Missbrauch, Misshandlungen, Alkohol- und Drogenprobleme). Viele Eltern haben sehr wenig und bisweilen überhaupt keine Möglichkeiten gehabt, das in irgendeiner Art und Weise zu bearbeiten, und insofern ist es nicht verwunderlich, dass es in der nächsten Generation genauso weitergeht. In unseren Gruppen nehmen diese belastenden Familiengeschichten großen Raum ein, es wird viel über die eigenen Eltern, über entwürdigende Erziehungsmethoden und über eigene Heimerfahrungen gesprochen. Auch wird Traurigkeit darüber spürbar, dass sie es nicht geschafft haben, ihre Erziehungsvorstellungen umzusetzen.

Ein Thema in diesem Zusammenhang ist die jetzige Partnerschaft beziehungsweise die Partnerschaft, aus der das Kind entstanden ist. Wir haben es in unseren Gruppen häufig mit allein erziehenden Müttern und auch Vätern zu tun. Alleinerziehende haben oft neue Partner, sie haben komplizierte Familienverhältnisse zu bewältigen. Aus den früheren Partnerschaften sind tiefe Verletzungen übrig geblieben, die das Verhältnis zum Vater oder zur Mutter der Kinder belasten. Insbesondere Mütter haben Angst, dass die Kinder, vorrangig die Jungen, den gleichen Weg einschlagen könnten wie ihr „schlimmer“ Vater. Manchmal wird dann so viel Energie dafür aufgebracht, den Vater außen vor zu halten, dem Kind zu erklären, was für ein übler Typ er ist, dass das Kind sich schon aus lauter Loyalität – natürlich unbewusst – auf die Seite des Vaters stellt und sich sagt: Jetzt erst recht. Wir arbeiten in den Gruppen viel daran, dass die Eltern zwischen Elternschaft und Partnerschaft unterscheiden lernen.

Ein vierter Themenkomplex könnte überschrieben sein: Die Dinge passieren mir einfach, ich kann nichts dazu, damit muss ich leben. Bei vielen Eltern ist wenig Einsicht darüber vorhanden, welches ihr eigener Anteil an den Geschehnissen ist und was sie eventuell verändern könnten. Zwar ist es tatsächlich nicht ihre Schuld, in eine Familie hineingeboren worden zu sein, in der sie schreckliche Dinge erlebt haben. Aber dann geht es weiter: Der erste Mann war Alkoholiker und hat sie geschlagen. Der nächste Mann ist wieder Alkoholiker, und es passiert dasselbe. Es passiert ihnen, dass ihr Kind unausstehlich ist und dass sie es schlagen. Es passiert ihnen, dass der ASD eine Heimunterbringung vorschlägt, und es passiert, dass sie auch noch ausgerechnet das schlimmste Heim in ganz Deutschland abkriegen. Diese Haltung sorgt für Entlastung, macht zugleich aber auch unzufrieden und hilflos, indem sie verhindert, dass die betroffenen Eltern Verantwortung übernehmen und Eigeninitiative ergreifen. In den Gruppen versuchen wir, die mit dieser Haltung einhergehenden Verhaltensweisen, die sich über viele Jahre hinweg eingeschliffen und in gewissem Sinne auch bewährt haben, in kleinen Schritten zu verändern.

Inwiefern profitieren Eltern von der Teilnahme an den Elterngruppen? Gruppenarbeit bietet gerade für die Zusammenarbeit mit Eltern viele Möglichkeiten. Sie finden hier einen geschützten Rahmen, in dem sie offen über ihre Erlebnisse und Gefühle sprechen und ihre Sichtweise des Erlebten loswerden können. Sowohl in den Gruppenleiterinnen als auch in den anderen Teilneh-

merinnen und Teilnehmern haben sie Ansprechpartner, die sie als Person, nicht nur als Mutter oder Vater von Anne oder Tom, wahrnehmen, die sich voll auf sie und ihre Probleme konzentrieren und die ihnen Hilfestellung anbieten, damit sie die Lösung ihrer Probleme wieder selbst in die Hand nehmen können. Da die Gruppe über ein halbes Jahr zusammen ist, muss nicht alles in der ersten Stunde ausgesprochen werden, sondern zunächst kann Vertrauen aufgebaut werden, das die Basis für die Bearbeitung tiefer gehender Probleme oder die Bereitschaft, weitergehende Unterstützung anzunehmen, bildet.

Wir versuchen in den Gruppen schrittweise zu reflektieren, was bei der Unterbringung abgelaufen ist, was im Laufe der Zeit anders geworden ist, wie die Situation jetzt ist und was die Eltern befürchten, beispielsweise auf eine künftige Rückführung bezogen. Dabei geht es nämlich oft um sehr konkrete Fragen und Ängste: Ist der Platz in der heilpädagogischen Tagesstätte organisiert? Wie wird das mit der Schule gehen? Was ist mit den Geschwistern zu Hause, wenn der Bruder wiederkommt? Wird jetzt wirklich alles stabil bleiben – man hat ja auch viel gearbeitet und viel erreicht –, oder wird es gleich wieder eine Enttäuschung geben und nach den Sommerferien erneut die Unterbringung anstehen?

Ganz wichtig ist auch, dass das Zusammensein mit anderen Betroffenen die Isolation der Eltern aufhebt. Die Gruppenmitglieder können sich untereinander über ihre Erfahrungen austauschen und sich wechselseitig unterstützen. Die Eltern finden es sehr hilfreich, etwas über andere Einrichtungen zu erfahren und zu erkennen, was es an Ähnlichkeiten, aber auch an Unterschieden gibt. Beispielsweise dass vierzehntägige Besuchskontakte durchaus gang und gäbe sind und nichts mit einer Ablehnung ihrer Person zu tun haben müssen. Oder dass andere Eltern vierzehntägig Gespräche in der Einrichtung haben, aber sie selbst dürfen nur vierteljährlich zu Besuch kommen – so etwas kann ein starker Motor sein, sich für die eigenen Interessen einzusetzen und für die eigenen Rechte einzutreten.

Die Eltern sind aber oft auch sehr streng miteinander und lassen sich nichts durchgehen. Wenn jemand beispielsweise seine Geschichte so erzählt, dass man denkt, das gibt es doch nicht, warum ist denn das Kind eigentlich untergebracht?, sagt bestimmt eine andere Mutter, he, erzähl mir doch nichts, das kann einfach nicht sein, jetzt sag einfach mal, was Sache ist. Oder wenn jemand über eine Besuchssituation mit seinem Kind berichtet und zu hören bekommt: Wenn du so mit deinem Kind redest, dann ist mir völlig klar, warum das so reagiert.

Unsere Gruppenarbeit bietet vielfältige Möglichkeiten, um Verhaltensweisen zu hinterfragen und zu verändern. Beispielsweise üben wir mit den Eltern Hilfeplangespräche in Rollenspielen, in denen die Eltern nicht nur ihre eigene Rolle übernehmen, sondern auch in die eines Erziehers oder eines Jugendamtmitarbeiters schlüpfen können. Die Angst machenden Situationen können durchgespielt, reflektiert und neue Verhaltensweisen können ausprobiert werden.

Dieser Austausch unter Betroffenen und das wechselseitige Feedback bringen bei vielen Eltern etwas in Bewe-

gung, da es oft viel einfacher ist, Kritik oder Ratschläge von einer anderen Mutter anzunehmen als von einer Fachkraft.

Bei der Evaluation der Arbeit des Pflegekinderdienstes des Stadtjugendamtes München hat sich herausgestellt, dass durch Gruppenarbeit mit den Pflegeeltern die Pflegeverhältnisse stabilisiert werden können, das heißt zum Beispiel, es kommt zu weniger Abbrüchen. Seit zirka fünf Jahren wird auch den Herkunftseltern von Kindern, die in Pflegefamilien leben, Gruppenarbeit angeboten. Die Rückmeldungen der betreuenden Kolleginnen und Kollegen sind ebenfalls durchwegs positiv: Bei Eltern, die an der Gruppenarbeit teilnehmen, kommt es beispielsweise zu weit weniger Krisengesprächen als bei Eltern, die dieses Angebot nicht wahrnehmen. Ähnliches kann ich für unsere Gruppenarbeit derzeit nicht nachweisen, da die Kolleginnen und Kollegen in den Jugendämtern und Einrichtungen dazu noch nicht befragt wurden.

Ein Effekt unserer Arbeit besteht jedoch sicherlich darin, dass die Eltern stabiler und mit klareren Positionen in ein Hilfeplangespräch hineingehen. Das spart Zeit und Geld. Wenn oft die gelungene Rückführung als Kriterium für erfolgreiche Elternarbeit genommen wird, ist das viel zu eng gedacht. Gute Elternarbeit kann auch bedeuten, daran zu arbeiten, dass die Eltern loslassen können und akzeptieren, dass das Kind nicht mehr bei ihnen leben wird, sie aber trotzdem die Eltern bleiben. Auch wenn Eltern beispielsweise aus unserer Gruppe hinausgehen und eine Familientherapie machen, sind wir hoch zufrieden. Man kann das nicht immer alles in so kurzen Distanzen rechnen, in zehn Minuten kann nicht die Bahn verändert werden, auf der sich eine Familie schon seit drei Generationen befindet.

Wie können Eltern für eine Zusammenarbeit motiviert werden? Was die Motivation der Eltern angeht, war ich, ehrlich gesagt, auch verwundert. Ich dachte mir, wir haben ein tolles Angebot, München ist groß, wir haben viele untergebrachte Kinder und viele Eltern dazu und die kommen alle. Dem war aber nicht so. Der Bedarf ist da, das zeigen die vielen Anmeldungen, die wir haben. Aber es gibt eine enorme Diskrepanz zwischen der Anzahl der Anmeldungen und der der Eltern, die tatsächlich in eine Gruppe kommen. Unsere Gruppen sind trotzdem voll, aber wir kennen Eltern, die sich jetzt schon zum sechsten Mal für eine Gruppe angemeldet haben und es einfach nicht schaffen zu kommen. Man kann nicht voraussetzen, dass die Eltern für eine Zusammenarbeit bereit sind. Deshalb ist für uns die Motivationsarbeit der erste Schritt von Elternarbeit überhaupt.

Wenn sich Eltern bei uns angemeldet haben und wir ihren Namen kennen, bemühen wir uns wirklich um sie, wir telefonieren mit ihnen im Vorfeld des ersten Gruppentreffens, wir bieten Einzelgespräche an, wir kommen auch bei ihnen vorbei, um uns vorzustellen und so den Einstieg zu erleichtern. Die Eltern können auch bei uns vorbeischaun. Wir haben das monatliche Elternfrühstück, ein ganz niedrigschwelliges Angebot, an dem die Eltern völlig unverbindlich teilnehmen können. Wenn Eltern einmal in der Gruppe dabei waren und das nächste Mal nicht mehr kommen, versuchen wir in Kontakt zu

bleiben, rufen beispielsweise an und fragen, was los ist. Ich erlebe oft, dass die Eltern dann sagen, wir sind euch ja anscheinend tatsächlich wichtig, und dass ihnen unser Engagement gut tut.

Wir haben auch versucht, gezielt bestimmte Elterngruppen anzusprechen. Beispielsweise wollten wir dem hohen Anteil ausländischer Kinder, die fremduntergebracht werden, gerecht werden, und haben eine türkische Müttergruppe mit einer türkisch sprechenden Leiterin initiiert. Das hat nicht funktioniert, wir haben nur eine einzige Rückmeldung bekommen. Wir haben daraus unter anderem gelernt, dass wir die Kolleginnen und Kollegen in den Jugendämtern und Einrichtungen dafür gewinnen müssen, für uns zu werben und unser Angebot zu erläutern. Wir kennen die Eltern ja nicht persönlich und sind darauf angewiesen, dass die Kolleginnen und Kollegen Motivationsarbeit für uns betreiben. Die müssen zu den Eltern sagen, die Frauen dort kenne ich, die sind nett, die machen gute Sachen, da können Sie schon hingehen, das wird Ihnen helfen. Sonst ist es schwierig für die Eltern, sie sind nicht die Klientel, die sagt, da gibt es ein Gruppenangebot, toll, da gehen wir hin!

Letztlich läuft alles darauf hinaus zu erkennen, was den Eltern wichtig ist, und darauf einzugehen. Eine ganze Reihe von Punkten, die dazu beitragen, dass die Eltern zufrieden sind, habe ich schon angesprochen: dass man Zeit für sie hat, dass transparent ist, was im Heim eigentlich passiert, dass sie informiert werden, dass eine vertrauensvolle Beziehung zu ihnen aufgebaut wird, die es ermöglicht, zu kooperieren und schwierige oder persönliche Themen, wie das Konkurrenzverhältnis oder Partnerprobleme, besprechbar zu machen. Für die Kinder jedenfalls ist es ganz wichtig, dass sich Betreuer und Eltern auf einer Erwachsenenenebene begegnen, ihr Erziehungsverhalten absprechen, mit den Schwächen des anderen, mit Loyalitätsfragen und mit Konkurrenzgefühlen umgehen können. Wenn es da ein wechselseitiges Interesse gibt (In welcher Stimmung wurde das Kind in den Zug nach Hause gesetzt? Was war los während des zweiwöchigen Ferienaufenthaltes?) und einen einheitlichen Tenor (einmal McDonalds pro Woche ist okay), kann das Kind davon nur profitieren.

Ich habe eine Mutter vor Augen, die hat vier Kinder, eines davon ist untergebracht in einer Einrichtung ungefähr eineinhalb Stunden von München entfernt. Dort finden regelmäßig Elterngespräche statt. Ich kenne die Mutter seit drei Jahren, die Frau „wächst“, wird stabiler, es tut ihr sehr gut, die regelmäßigen Kontakte zu haben, und es tut ihr auch gut, wenn der Psychologe der Einrichtung sagt, ja, Frau X., ich sehe schon, jetzt geht es gerade nicht, dass Sie zu uns kommen, den nächsten Termin machen wir bei Ihnen in München. Sie müssen nicht immer zu uns rauskommen. Das erlebt die Mutter als sehr wertschätzend und entgegenkommend. Sicherlich gibt es auch Eltern, die sagen, auf keinen Fall kommt mir einer von euch in meine Wohnung, da fühle ich mich noch mehr bevormundet. Aber viele Eltern sind sehr offen für solche Angebote. Ich war selbst einmal bei einem Hausbesuch, der sich aus einer Gruppensituation heraus ergeben hatte, und bei dieser Gelegenheit sagte die Mutter zu mir: Sie sind die erste, die bei uns vorbeischaute. Mir

ist es so wichtig, dass Sie sehen, dass es bei uns nicht dreckig ist, dass aufgeräumt ist und dass das Kinderzimmer schön aussieht. Viele Eltern haben die Vorstellung, dass man sowieso nichts Gutes über sie denkt und sie alles verkehrt machen, was sie nur verkehrt machen können.

Unser Anliegen ist es, dass die Eltern verstärkt an den Prozessen der Jugendhilfe beteiligt werden. Hilfe für Kinder und Jugendhilfe heißt immer auch Elternarbeit, das gehört dazu und muss ebenso eingeplant und vorbereitet werden wie andere Maßnahmen auch.

Anmerkungen

1

Der Beitrag ist eine verdichtete und gekürzte Fassung des Interviews, das mit Petra Loderer anlässlich der internen Tagung des SOS-Kinderdorf e.V., „Qualitätsstandards für die Zusammenarbeit mit dem Herkunftssystem im Kontext stationärer Unterbringung“, geführt wurde. Auf dieser Tagung wurden die von einer Arbeitsgruppe entwickelten Rahmenvorgaben vorgestellt und deren Umsetzung diskutiert. Teilgenommen haben die Bereichsleiterinnen und Bereichsleiter aller stationären Einrichtungen des SOS-Kinderdorf e.V.

2

Das Stadtjugendamt München bietet seit 1999 Gruppen für Eltern an, deren Kinder in Heimen, Wohngruppen oder anderen stationären Einrichtungen leben. Dafür stehen zwei halbe Planstellen zur Verfügung. Die Gruppen finden vierzehntägig wahlweise vormittags oder am Abend statt und dauern jeweils ungefähr zwei Stunden. Jede Gruppensitzung wird von zwei Sozialpädagoginnen geleitet, die der Schweigepflicht unterliegen. Es werden maximal zehn Personen in eine Gruppe aufgenommen, in der Regel nehmen sechs bis acht Personen teil. Meist kommen die leiblichen Eltern, es werden jedoch auch andere Verwandte des Kindes aufgenommen. An den Gruppen nehmen Eltern aus sämtlichen Schichten der Bevölkerung teil. Ein hoher Anteil sind Alleinerziehende, meist Mütter. Manche Eltern verfügen über das volle elterliche Sorgerecht, bei manchen liegt eine Einschränkung oder auch ein kompletter Entzug vor. Insofern spiegelt die Zusammensetzung der Gruppen die Statistik zu stationären Unterbringungen gut wider. Es werden thematisch nicht festgelegte Gruppen, themengeleitete Gruppen (zum Beispiel zum Thema „Rückführung“ oder „Wochenend- und Ferienbesuche“), Informationsveranstaltungen („Hilfeplan und Sorgerecht“) und unverbindliche Elternfrühstücke am Sonntagvormittag angeboten. Für die Herkunftseltern von Pflegekindern wird ebenfalls eine Gruppe durchgeführt. Außer den Informationsveranstaltungen findet keine Veranstaltung im Jugendamt statt, sondern in verschiedenen Räumlichkeiten im Stadtgebiet.

3

Die Inhalte des Interviews basieren auf der im Jahr 2001 erfolgten Auswertung der Gruppenarbeit mit Herkunftseltern.

Petra Loderer, Jahrgang 1967, Diplomsozialpädagogin (FH), Paar- und Familientherapeutin; arbeitet seit fünf Jahren im Stadtjugendamt München, zunächst im Pflegekinderbereich, seit 1999 schwerpunktmäßig in der Planung und Durchführung von Gruppenangeboten für Eltern, deren Kinder in Heimen, Wohngruppen oder ähnlichen Einrichtungen leben.



Moritz Bader, 39 Jahre, arbeitet in der Hauptverwaltung am Computer